Substanzielles Protokoll 19. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 28. Oktober 2026, 17.00 Uhr bis 22.44 Uhr, im Rathaus Hard in Zürich-Aussersihl

---

Vorsitz: Präsident Ivo Bieri (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Sofia Karakostas (SP)

Substanzielles Protokoll: Nina-Lou Frey, Lea Schubarth

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Sabine Koch (FDP), Xenia Voellmy (GLP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1.			Mitteilungen	
2.	2026/545	* E	Postulat der SP-, FDP-, GLP-, Grüne-, AL- und Die Mitte-Fraktion vom 30.09.2026: Stärkung und Ausbau der bestehenden Angebote im Bereich der psychosozialen Beratung und Unterstützung für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt	VS
3.	2026/546	* E	Postulat der SP-, FDP-, GLP-, Grüne-, AL- und Die Mitte-Fraktion vom 30.09.2026: Förderung und Ausbau von Angeboten zur Sicherstellung einer mittel- bis langfristig sicheren Unterkunft für Opfer von häuslicher Gewalt sowie Prüfung weiterer Angebote für kurzfristige Wohnmöglichkeiten in Akutsituationen	VS
4.	2026/547	* E	Postulat der SP-, FDP-, GLP-, Grüne-, AL- und Die Mitte-Fraktion vom 30.09.2026: Sicherstellung und Förderung von Angeboten zur beruflichen (Re-)Integration für Opfer von häuslicher Gewalt	VS
5.	2026/212	!	Weisung vom 06.05.2026: Postulat der GLP-Fraktion betreffend Ermöglichung von Teilzeitarbeit bei der Stadtpolizei im Frontdienst, Bericht und Abschreibung	VSI
6.	2026/315	!	Weisung vom 24.06.2026: Stadtspital Zürich, Standort Triemli, Verstetigung der Robotertransporte, neue wiederkehrende Ausgaben	VGU

7.	2025/544	A	Motion der AL-Fraktion vom 19.11.2025: Garantie des Rechts auf Barzahlung bei städtischen Betrieben und bei Betrieben, die von der Stadt unterstützt werden oder auf öffentlichem Grund stehen, Änderung der Gemeindeordnung (GO)	STP
8.	2026/5	E/A	Postulat der GLP-, AL-, Grüne- und SP-Fraktion vom 07.01.2026: Festlegung des Aufwands der Dienstabteilung Kultur auf mindestens zwei Prozent des städtischen Gesamtaufwands sowie Verwendung der zusätzlichen Mittel für die Kulturförderung	STP
9.	2026/6	E/T	Postulat von Leah Heuri (SP), Dr. Jonas Keller (SP) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 07.01.2026: Einführung eines Online-Gebärdensprachdolmetschdienstes an analogen Schaltern	STP
10.	2026/157	E/A	Postulat von Stephan Iten (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 08.04.2026: Eingrenzung der Anzahl städtischer Abstimmungsvorlagen sowie zeitgleiche Publikation mit den kantonalen Vorlagen	STP
11.	2026/303	E/A	Postulat von Dr. Emanuel Tschannen (FDP) und Serap Kahriman (GLP) vom 17.06.2026: Konzentrierung der Friedensrichterämter an einem zentralen Standort	STP
12.	2026/351	E/A	Postulat von Alice Kohli (SP), Yves Henz (Grüne) und Tanja Maag (AL) vom 01.07.2026: Verbesserung des Zugangs zum Einbürgerungsprozess für in Zürich lebende ausländische Personen	STS
13.	2026/352	E/A	Postulat von Tanja Maag (AL), Alice Kohli (SP) und Yves Henz (Grüne) vom 01.07.2026: Ausländerinnen- und Ausländerbeirat, Umbenennung und wirksamere Einbindung in politische Prozesse	STP
14.	2026/374	E/A	Postulat von Christoph Riedweg (GLP), Serap Kahriman (GLP) und Rahel Hofstetter (GLP) vom 08.07.2026: Erhöhung der Stimmbeteiligung bei Abstimmungen durch gezielte Massnahmen	STP
15.	2025/500	E/A	Postulat der Grüne-Fraktion vom 29.10.2025: Unterstützung der nationalen Strategie zum Myalgische Enzephalomyelitis/Chronische-Fatigue-Syndrom	VGU
16.	2025/501	E/A	Postulat von Marco Denoth (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) und 58 Mitunterzeichnenden vom 29.10.2025: Verbesserung und Sicherstellung der Gesundheitsversorgung für trans Personen	VGU

17.	2025/520	E/A	Postulat von Nadina Diday (SP), Tanja Maag (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 05.11.2025: Umsetzung des Modells «Community Health Workers (CHWs)» zur Verbesserung der psychischen Gesundheitsversorgung für Menschen mit Migrationshintergrund	VGU
18.	2026/2	A/P	Motion von Oliver Heimgartner (SP), Anna Graff (SP), Dominik Waser (Grüne) und 10 Mitunterzeichnenden vom 07.01.2026: Abgabe eines Gutscheins für einen Interrail Global Pass für 7 Reisetage auf den 18. Geburtstag	VGU
19.	2026/3	A/P	Motion von Dominik Waser (Grüne), Anna Graff (SP), Oliver Heimgartner (SP) und 10 Mitunterzeichnenden vom 07.01.2026: Auf- und Ausbau von konkurrenzfähigen Flugalternativen im internationalen Zug- und Busverkehr zur Vermeidung von Flugreisen	VGU

* Keine materielle Behandlung

! Behandlung in reduzierter Debatte

M i t t e i l u n g e n

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Persönliche Erklärung(en):

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zu den Protesten in verschiedenen europäischen Städten.

Johann Widmer (SVP) hält eine persönliche Erklärung zu einer am 20. November 2026 geplanten Demonstration.

Sven Sobernheim (GLP) hält eine persönliche Erklärung zur Passerelle Thurgauerstrasse.

837. 2026/570
Motion von Martina Zürcher (FDP) und Andreas Egli (FDP) vom 21.10.2026: Aufwertung und Ausbau der bestehenden Unterführungen an der Rosengarten-Achse

Martina Zürcher (FDP) *beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Bei der Rosengarten-Achse stehen wir wieder am Anfang. Wir verlangen mit der Motion zeitnah umsetzbare Verbesserungen für den Fuss- und Veloverkehr im Quartier, damit die hindernisfreie Querung endlich Realität wird. Es braucht dringlich Sofortmassnahmen.*

Der Rat wird über den Antrag am 4. November 2026 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

G e s c h ä f t e

838. 2026/545
Postulat der SP-, FDP-, GLP-, Grüne-, AL- und Die Mitte-Fraktion vom 30.09.2026: Stärkung und Ausbau der bestehenden Angebote im Bereich der psychosozialen Beratung und Unterstützung für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

839. 2026/546
Postulat der SP-, FDP-, GLP-, Grüne-, AL- und Die Mitte-Fraktion vom 30.09.2026: Förderung und Ausbau von Angeboten zur Sicherstellung einer mittel- bis langfristig sicheren Unterkunft für Opfer von häuslicher Gewalt sowie Prüfung weiterer Angebote für kurzfristige Wohnmöglichkeiten in Akutsituationen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

840. 2026/547
Postulat der SP-, FDP-, GLP-, Grüne-, AL- und Die Mitte-Fraktion vom 30.09.2026: Sicherstellung und Förderung von Angeboten zur beruflichen (Re-)Integration für Opfer von häuslicher Gewalt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

841. 2026/212
Weisung vom 06.05.2026:
Postulat der GLP-Fraktion betreffend Ermöglichung von Teilzeitarbeit bei der Stadtpolizei im Frontdienst, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

Das Postulat GR Nr. 2021/459 der GLP-Fraktion wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat:

Valentina Fazlija (FDP): *Im Dezember 2021 hat der Gemeinderat das Postulat der GLP zur Ermöglichung der Teilzeitarbeit im Frontdienst der Stadtpolizei dem Stadtrat überwiesen. Ziel war vor allem, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu verbessern. Im Jahr 2025 beantragte der Stadtrat die Abschreibung des Postulats. Der Gemeinderat lehnte den Antrag im Juli 2025 ab und verlangte den Bericht innerhalb von zwölf Monaten. Mit dieser Weisung vom 6. Mai 2026 kommt der Stadtrat diesem Auftrag nach. Der Bericht zeigt, welche Massnahmen zur Förderung der Teilzeitarbeit bei der Stadtpolizei bereits bestehen und welche neu geschaffen wurden. Seit dem Jahr 2019 werden alle Stellen mit einem Beschäftigungsgrad von 80 bis 100 Prozent ausgeschrieben, unabhängig von Funktion und Kaderstufe. Kleinere Pensen gibt es ebenfalls. Im uniformierten Aussendienst der Sicherheitspolizei sind Teilzeitanstellungen ab 40 Prozent möglich. Die Zürcher Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB) bietet schon seit dem Jahr 2015 Pensen ab 25 Prozent an. Seit Anfang 2026 gibt es auch im uniformierten Innendienst Pensen ab 20 Prozent. Weitere Massnahmen sind Jobsharing und Co-Leitungsmodelle bspw. im Rechtsdienst sowie Springerpools für Teilzeitmitarbeitende. Neu ist das Arbeitszeitmodell Optima mit dem Sechser-Turnus, das am 1. Januar 2026 eingeführt wurde. Das Modell ermöglicht eine flexiblere Dienstplanung und berücksichtigt ausdrücklich die Teilzeitarbeit im Schichtbetrieb. Mit diesen Angeboten will die Stadtpolizei als Arbeitgeberin attraktiver werden und Mitarbeitende langfristig halten. Die Sachkommission Sicherheitsdepartement/Verkehr (SK SID/V) hat die Weisung an mehreren Sitzungen behandelt. Sie fragte unter anderem, wie die Teilzeitangebote genutzt werden, wie sich die Teilzeitpensen entwickeln und was das für die Einsatzplanung und den Personalbestand bedeutet. Ein weiteres Thema waren die Erfahrungen mit Optima und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, vor allem bei der Rückkehr aus dem Mutterschaftsurlaub. Ich danke der Verwaltung für die Beantwortung der Fragen in den Beratungen und zusätzlich schriftlich. Aus formellen Gründen hat die Kommission einstimmig einen Änderungsantrag beschlossen, denn im Antrag des Stadtrats fehlte die Kenntnisnahme des Berichts. Das Dispositiv wird dafür um eine neue Ziffer 1 ergänzt. Die vom Stadtrat beantragte Abschreibung des Postulats wird damit zur Dispositivziffer 2. Ich beantrage im Namen der einstimmigen Kommission, dem Änderungsantrag zuzustimmen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen und das Postulat als erledigt abzuschreiben.*

Weitere Wortmeldungen:

Roman Mörgeli (SVP): *Die SVP nimmt den Bericht zur Teilzeitarbeit bei der Stadtpolizei zur Kenntnis. Im Jahr 2021 hat die GLP Teilzeit als wirksamer für die Work-Life-Balance dargestellt als zusätzliche Stellen. Für diesen Vergleich fehlt in der Antwort eine messbare Auswertung. Das macht Teilzeit aber nicht nutzlos, denn die Verwaltung berichtet von besserer Planbarkeit und Verfügbarkeit im Sechser-Turnus. Gegen den Personalmangel braucht es laut Sicherheitsdepartement (SID) aber auch zusätzliche Polizeistellen. Darum sage ich der GLP klar: Wer Teilzeit befürwortet, muss auch der Aufstockung der Polizeistellen zustimmen. Gute Arbeitsbedingungen und genügend Personal gehören zusammen, denn die Bevölkerung braucht eine einsatzfähige Polizei.*

Véronique Wavre (Grüne): *Die Gleichstellung ist uns wichtig. Zu den Massnahmen für mehr Gleichstellung in der Arbeit gehört die Teilzeitarbeit, weil sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert. Sie kann dazu beitragen, dass Väter mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen und sich an der Kinderbetreuung und «Mental Load» beteiligen, die heute weitgehend Frauen tragen. Teilzeitarbeit kann auch verhindern, dass es zu einem Karriereausfall oder einer Kündigung kommt, wenn die familiären Aufgaben zu viel werden. Zudem macht sie die Arbeitsplätze bei der Polizei attraktiver und kann die Fluktuation verringern. Teilzeitarbeit ist aber kein Allheilmittel gegen alle Geschlechterungleichheiten. Der Weg bis zur Gleichstellung in den Berufsfeldern der Polizei ist noch lang. Teilzeit schafft zwar theoretisch Zeit für die Care-Arbeit und ein Gleichgewicht zwischen Beruf und Privatleben, doch die Überrepräsentation von Frauen in der Teilzeitarbeit zeigt, dass die Gleichstellung noch nicht erreicht ist. Teilzeitarbeit ist derzeit immer noch ein Hindernis für Karriere und Gehaltsentwicklung. Ausserdem festigt sie stereotype Familienmodelle, in denen Männer nach der Geburt eines Kindes weiter zu 100 Prozent arbeiten und Frauen auf 60 oder 40 Prozent reduzieren. Die Grünen sind also für diese Massnahme, es muss aber mehr geschehen, damit sich Männer vermehrt angesprochen fühlen. Wir appellieren an die Stadtpolizei, dranzubleiben.*

Patrick Stählin (GLP): *Als einreichende Partei sind wir froh, dass das Thema mit dem Bericht dokumentiert wird. Besonders erfreulich ist, dass die Eltern nach der Geburt wieder den Einstieg finden, obwohl die Geschlechterverteilung noch nicht unseren Vorstellungen entspricht. Teilzeit hält auch an der Front Einzug. Wir hoffen nicht nur, sondern fordern, dass die Teilzeitpensen weiter ausgebaut werden. Das ist auf gutem Weg. Die Stadtpolizei hat aufgezeigt, dass der neue Sechser-Turnus mehr Flexibilität bringt. Dass das Modell an der Front noch nicht so beliebt ist, ist verständlich, denn Neues schreckt ab. Wir vertrauen darauf, dass in ein paar Jahren niemand mehr dem Fünfer-Turnus nachtrauert. Wir verlassen uns nicht nur auf Versprechen, sondern fordern weiter regelmässige Zahlen. Die Stadtpolizei muss als moderne Arbeitgeberin flexibler werden, sonst können weder die vom Stadtrat geforderten noch die vom Gemeinderat bewilligten Stellen besetzt werden. Wir danken der Stadtpolizei für die Arbeit hinter den Kulissen.*

Anna Graff (SP): *Der SP ist wichtig, dass Polizistinnen und Polizisten Teilzeit arbeiten können. Das leistet einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und anderer Lebensbereiche. Im Schichtbetrieb der Uniformpolizei kann sie zudem die Gesundheit entlasten. Die Stadtpolizei hat in der Beratung ausgeführt, dass Teilzeit die Rekrutierungschancen verbessert, die Personalfluktuation senkt und das Fachwissen von Mitarbeitenden erhält, die damit trotz veränderter Lebenssituation bei der Stadtpolizei bleiben. Die SP beurteilt die Umsetzung, wie sie im Bericht und in der Kommissionsberatung dokumentiert ist, positiv. Teilzeitpensen werden bei Frauen und Männern und auf verschiedenen Funktionsstufen als Bedürfnis wahrgenommen und ermöglicht. Die Zahlen zeigen glaubhaft, dass Teilzeit dazu beiträgt, Frauen nach der Mutterschaftszeit im Polizeiberuf zu halten. Teilzeit kann auch zu mehr Gleichstellung beitragen, wenn Männer ihr Pensum reduzieren und mehr Care-Arbeit übernehmen. Wir sind gespannt auf die Weiterentwicklung und die Beurteilung der kürzlich ergriffenen Massnahmen – wie Kleinstpensen, den Springerpool und das flexiblere Arbeitszeitmodell Optima – durch das Personal in neueren Umfragen. Die SP-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Ich danke für die anerkennenden Worte. Die Stadtpolizei unternimmt viel für die Teilzeitarbeit an der Front, auch im Schichtdienst. Das ist mir ein sehr wichtiges Anliegen. Die Bemühungen wirken. Die Teilzeitanstellungen in der Frontabteilung sind in den letzten zehn Jahren stark gewachsen, teils haben sie sich verdoppelt bis verdreifacht. Alle Stellen – auch Führungspositionen – bei der Stadtpolizei werden*

grundsätzlich mit Teilzeitmöglichkeit ausgeschrieben. Falls möglich, wird Job- und Topsharing angeboten. Seit dem 1. Januar 2026 gilt das flexiblere Arbeitszeitmodell Optima mit dem Sechser-Turnus. Es unterstützt Teilzeit durch weniger Dienste, fixe freie Tage oder bedarfsorientierte Pläne. Neu gibt es zudem einen Springerpool für Teilzeitmitarbeitende, der ihre Integration in die Ablösungen erleichtert. Im uniformierten Aussendienst ist Teilzeit ab 40 Prozent möglich, für Einsatzleiterinnen und Einsatzleiter im Schichtdienst der ZAB sogar ab 25 Prozent. Umfragen zeigen, dass die deutliche Mehrheit der Befragten mit ihrem Pensum zufrieden ist. Angebot und Nachfrage stimmen also überein. Kaum jemand hat die Stadtpolizei verlassen, weil er oder sie nicht wie gewünscht Teilzeit arbeiten konnte. Dank der Teilzeitmöglichkeiten ist die Stadtpolizei attraktiv auf dem Arbeitsmarkt, kann ihre Mitarbeitenden halten und neue Kräfte für den Polizeiberuf ansprechen. Dieses Jahr durften wir viele Korpsübertretende als neue Polizistinnen und Polizisten begrüssen, an der letzten Vereidigung allein wurden 17 vereidigt. Das zeigt, dass die Stadtpolizei ein modernes, attraktives Korps ist.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 1

Die SK SID/V beantragt folgende neue Dispositivziffer 1 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 2):

1. Vom Bericht zum Postulat GR Nr. 2021/459 der GLP-Fraktion betreffend Ermöglichung von Teilzeitarbeit bei der Stadtpolizei im Frontdienst wird Kenntnis genommen.

Zustimmung: Referat: Valentina Fazlija (FDP); Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Reis Luzhnica (SP), Vizepräsidium; Nina Eggenschwiler (SP), Niyazi Erdem (SP) i. V. von Anna Graff (SP), Stephan Iten (SVP), Severin Meier (SP), Roman Mörgeli (SVP), Urs Riklin (Grüne) i. V. von Fabian Stieger (Grüne), Michael Schmid (AL), Patrick Stählin (GLP), Karin Stepinski (Die Mitte) i. V. von Karin Weyermann (Die Mitte), Dr. Véronique Wavre (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über die neue Dispositivziffer 1

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur neuen Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Referat: Valentina Fazlija (FDP); Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Reis Luzhnica (SP), Vizepräsidium; Nina Eggenschwiler (SP), Niyazi Erdem (SP) i. V. von Anna Graff (SP), Stephan Iten (SVP), Severin Meier (SP), Roman Mörgeli (SVP), Urs Riklin (Grüne) i. V. von Fabian Stieger (Grüne), Michael Schmid (AL), Patrick Stählin (GLP), Karin Stepinski (Die Mitte) i. V. von Karin Weyermann (Die Mitte), Dr. Véronique Wavre (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2 (bisher Antrag des Stadtrats)

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Valentina Fazlija (FDP); Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Reis Luzhnica (SP), Vizepräsidium; Nina Eggenschwiler (SP), Niyazi Erdem (SP) i. V. von Anna Graff (SP), Stephan Iten (SVP), Severin Meier (SP), Roman Mörgeli (SVP), Urs Riklin (Grüne) i. V. von Fabian Stieger (Grüne), Michael Schmid (AL), Patrick Stählin (GLP), Karin Stepinski (Die Mitte) i. V. von Karin Weyermann (Die Mitte), Dr. Véronique Wavre (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Vom Bericht zum Postulat GR Nr. 2021/459 der GLP-Fraktion betreffend Ermöglichung von Teilzeitarbeit bei der Stadtpolizei im Frontdienst wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat GR Nr. 2021/459 der GLP-Fraktion wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 4. November 2026

842. 2026/315
Weisung vom 24.06.2026:
Stadtspital Zürich, Standort Triemli, Verstetigung der Robotertransporte, neue wiederkehrende Ausgaben

Antrag des Stadtrats

Für die Robotertransporte am Stadtspital Zürich, Standort Triemli, werden ab 1. Januar 2027 neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich Fr. 303 000.– bewilligt (Preisstand Mai 2026, Zürcher Index der Konsumentenpreise).

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat:

Yves Peier (SVP): *Es geht um die Verstetigung des Robotertransports am Standort Triemli des Stadtspital Zürich (STZ). Seit Anfang 2023 fahren vier selbstständige Transportroboter durchs Triemli und übernehmen in der Nacht schwere, sich ständig wiederholende und wenig beliebte Arbeiten. Sie versorgen 19 Ambulatorien und fünf Büroetagen mit Verbrauchsmaterial und übernehmen im Bettenhaus einen Teil der Textilversorgung. Dabei transportieren sie Wagen mit einem Gewicht von bis zu 200 Kilogramm. Das Pilotprojekt hat sich in der Praxis bewährt. Der Transport funktioniert zuverlässig, Material und Textilien stehen am Morgen rechtzeitig bereit. Weil die Roboter hauptsächlich nachts unterwegs sind, entlasten sie tagsüber Korridore und Lifte – und vor allem die Mitarbeitenden in der Logistik, die die schweren Wagen nicht mehr selbst durchs Spital schieben müssen. Die vier Roboter sind bisher noch nicht ausgelastet. Deshalb konnte der Pilotbetrieb auf das Bettenhaus ausgeweitet werden, ohne zusätzliche Roboter anzuschaffen. Es gibt also noch Kapazitäten für weitere Einsätze. Beantragt werden wiederkehrende Ausgaben von 303 000 Franken pro Jahr. Davon sind 250 000 Franken für die Miete der vier Roboter vorgesehen, 25 000 Franken für kleinere Anpassungen bei der Route, Liftsteuerung, Bodenmarkierung oder den Sensoren und 28 000 Franken als Reserve. Die Roboter sollen weiterhin gemietet und nicht gekauft werden. Das ist sinnvoll, weil sich die Technik schnell weiterentwickelt; die Miete stellt auch die Wartung sicher. Nicht enthalten sind einmalige Ausgaben, etwa von rund 900 000 Franken für 14 zusätzliche Transportwagen und allfällige Anpassungen bei einem Anbieterwechsel. Diese Ausgaben werden separat bewilligt. Der vierjährige Pilot hat gezeigt, dass die*

Technologie funktioniert. Die Roboter entlasten Mitarbeitende und Infrastruktur, verbessern die Abläufe und haben noch freie Kapazitäten. Die Sachkommission Gesundheits- und Umweltdepartement (SK GUD) beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

Susan Wiget (AL): *Wir haben mit der SK GUD die vier autonomen, mobilen Roboter im Triemli besichtigt. Der Projektleiter hat uns den logistischen Ablauf gut nachvollziehbar erklärt. Die Roboter sind weniger futuristisch, als ich sie mir vorgestellt hatte. Es sind gewöhnliche Transportwagen, die andere Wagen transportieren – aber sie funktionieren einwandfrei. Sie bringen die Ware in der Nacht an den richtigen Ort, das ist eine grosse Entlastung für das Spitalsystem. Wir haben gefragt, ob durch die Robotik Personal eingespart wird. Das wurde verneint. Auf die Frage, was es kosten würde, wenn Menschen diese Arbeit tagsüber verrichteten, hiess es im Rahmen von 350 000 Franken, eine Detailkalkulation sei aber nicht einfach. Tagsüber ist die logistische Versorgung wegen der hohen Lift-Benutzungsfrequenz nicht möglich, und Nachtarbeit in der Logistik gehört nicht zur Arbeitskultur am Stadtspital, was wir unterstützen. Wir finden die jährliche Ausgabe von 303 000 Franken deshalb angebracht und stimmen der Weisung zu. Offen bleibt bei solchen technologischen Errungenschaften aber die grundsätzliche Frage, wer am Schluss vom Gewinn profitiert, wenn Einsparungen gemacht werden.*

Anthony Goldstein (FDP): *Die SVP hat alles gesagt. Die FDP unterstützt die Vorlage.*

Sven Sobernheim (GLP): *Die Antwort, Susan Wiget (AL), ist simpel: Es gibt keinen Gewinn, sondern einfach weniger Verlust im Stadtspital.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Das STZ wird, was den Standort Waid betrifft, bald in der Gewinnzone sein. Das ist ein riesiger Meilenstein. Mir ist es ein Anliegen, dass wir am Stadtspital auch in der Logistik, die immer mehr an Bedeutung gewinnt, eine führende Rolle übernehmen. Der Pilotversuch hat das aufgezeigt, und auch andere Spitäler im In- und Ausland interessieren sich für unser Konzept. Wir gehen hier voran. Es geht nicht darum, Leute einzusparen, sondern Leute von einer Arbeit zu entlasten, die alles andere als angenehm ist. Es sind schwere Arbeiten, die bis jetzt gemacht werden mussten. Es geht auch um das Thema Sicherheit. Der Pilotversuch hat gezeigt, dass das System tadellos funktioniert: Niemand ist zu Schaden gekommen und die Materialien sind pünktlich dort, wo sie sein müssen. Ich danke für die Zustimmung. Wir freuen uns auf die Verstetigung, insbesondere der Roboterchef des Stadtspitals, der auf der Tribüne sitzt.*

Schlussabstimmung

Die SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung:	Referat: Yves Peier (SVP); Janina Flückiger (Grüne), Xenia Voellmy (GLP) i. V. von Florine Angele (GLP), Markus Weidmann (SVP), Susan Wiget (AL)
Enthaltung:	Nadina Diday (SP), Präsidium; Oliver Heimgartner (SP), Karin Saxer (SP)
Abwesend:	Thomas Hofstetter (FDP), Vizepräsidium; Vera Çelik (SP), Anthony Goldstein (FDP), Pascal Lamprecht (SP), Brenda Mäder (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Robotertransporte am Stadtspital Zürich, Standort Triemli, werden ab 1. Januar 2027 neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich Fr. 303 000.– bewilligt (Preisstand Mai 2026, Zürcher Index der Konsumentenpreise).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 4. November 2026 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 4. Januar 2027)

843. 2025/544
Motion der AL-Fraktion vom 19.11.2025:
Garantie des Rechts auf Barzahlung bei städtischen Betrieben und bei Betrieben, die von der Stadt unterstützt werden oder auf öffentlichem Grund stehen, Änderung der Gemeindeordnung (GO)

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Stadtpräsident namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Tanja Maag (AL) *begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 5427/2025): Die Motion verlangt eine Änderung der Gemeindeordnung (GO) mit dem Ziel, das Recht auf Barzahlung zu erhalten. Viele von uns, wenn nicht die meisten, zahlen zunehmend mit Karte oder Smartphone. Nur noch wenige haben überhaupt Bargeld dabei und Münzen hat niemand mehr. Das beklagen auch Menschen in Zürich, die auf der Strasse um Kleingeld bitten. Es gibt einige Gründe, Barzahlung vorzuziehen: finanzielle Not, technische Überforderung, unklare Rechtsverhältnisse oder persönliche Gründe. Wer kein Bankkonto oder Twint hat, ist in einer bargeldlosen Welt schlicht ausgeschlossen. Diese Menschen sind die Leidtragenden, wenn niemand mehr Bargeld hat und sie nicht mehr bar zahlen können. Die Möglichkeit, weiterhin mit Bargeld zu zahlen, respektiert die individuelle Wahlfreiheit und auch den Wunsch nach Anonymität. Etwas zu kaufen, ohne dass es andere einsehen oder nachverfolgen können, gehört zur digitalen Integrität. Die Wahl des Zahlungsmittels soll uns auch vor dem Überwachungskapitalismus schützen. Wir wollen nicht alle gläsern sein und den Big-Tech-Konzernen noch Gebühren bezahlen. Zuletzt hinterfragen wir, ob Kinder wirklich mit einer Bankkarte oder einem Smartphone ausgestattet werden müssen, damit sie sich eine Kleinigkeit kaufen können. Der Bedarf, die Barzahlung in der Stadt Zürich zu erhalten, hat sich im letzten Herbst an mehreren Beispielen gezeigt. Besonders stossend war die Absicht des Kunsthauses Zürich, denn die Institution wird substanziell mit öffentlichen Geldern unterstützt. Auch der neu gestaltete Weihnachtsmarkt Polarzauber begrüsste zu Beginn nur Besucherinnen und Besucher mit Bankkarte oder digitalen Zahlungsmitteln. Beide, sowohl Kunsthaus als auch Weihnachtsmarkt, sind auf öffentlichen Druck hin zurückgekrebst. Die AL-Fraktion ist der Ansicht, dass städtische Betriebe, von der Stadt direkt unterstützte Betriebe und Betriebe auf öffentlichem Grund, wie ihn auch der Weihnachtsmarkt nutzt, so aufgestellt sein sollen, dass die Bezahlung für alle gleichermassen zugänglich ist. Zur Antwort des Stadtrats gibt es zuerst einen unterstützenden Punkt: Der Stadtrat führt die bundesrechtliche Ebene aus. Das Bundesrecht sieht grundsätzlich eine Annahmepflicht für Bargeld vor oder lässt sie zu. Die öffentliche Hand kann sie festschreiben oder davon abweichen, was aber zu Konflikten mit Grundrechten führen könnte. Der Stadtrat findet aber, er habe das Anliegen mit dem Postulat GR Nr. 2025/548 der SVP bereits aufgenommen und wolle deshalb keine weiteren Vorstösse entgegennehmen. Er lehnt die Motion ab. Uns ist aber wichtig, das Recht auf Barzahlung verbindlich zu sichern. Eine Annahmepflicht in der GO ist für uns keine zu hohe Regelungsstufe für eine Zielbestimmung. Der anspruchsvollste Punkt ist die Forderung, dass die Pflicht auch für Betriebe auf öffentlichem Grund gilt. Das ist nicht ganz unkompliziert, das ist uns bewusst. Man*

muss es in Bewilligungen oder Verträge einbetten, um zum Ziel zu kommen.

Namens des Stadtrats nimmt stellvertretend für den Stadtpräsidenten der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Der Stadtrat hat schon beim diskussionslos überwiesenen Postulat GR Nr. 2025/548 gesagt, dass er es entgegennimmt und prüfen will. Das ist aus unserer Sicht der richtige Ansatz. Mit dieser Motion fordern Sie einen Eintrag in der Gemeindeordnung. Das ist nicht der richtige Weg. Wir müssen pragmatisch vorgehen und schauen, wo Bargeld zwingend nötig ist und wo vielleicht nicht, weil praktisch niemand mehr bar zahlt. Die Motion ist streng, auch mit der Textänderung. Macht es Sinn, in jedem Kulturbetrieb, der auch nur einen Franken von der Stadt erhält, ein Zahlungsmittel vorzuschreiben, das über die bundesrechtlichen Bestimmungen hinausgeht? Und zwar ohne Wenn und Aber, ohne jede Möglichkeit zum Augenmass? Das ist aus unserer Sicht keine gute Politik. Beim Kunsthaus und beim Weihnachtsmarkt hat der öffentliche Druck gewirkt, beide haben das Bargeld wieder eingeführt. Die Betriebe sind heute so sensibilisiert, dass sie sich gut überlegen können, ob sie Bargeld entgegennehmen. Gehen Sie es pragmatisch an. Das Postulat wird geprüft, die Motion bitten wir abzulehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

Sofia Karakostas (SP) *stellt folgenden Textänderungsantrag: Die SP-Fraktion unterstützt die Motion mit einer Textänderung, auf die ich gleich zu sprechen komme. Bargeld ist für viele Menschen in unserer Stadt keine Option unter mehreren, sondern die einzige Möglichkeit zu zahlen. Wer – sei es aus Alters-, finanziellen oder Gründen des Aufenthaltsstatus – kein Bankkonto, keine Kreditkarte oder kein Smartphone mit der passenden App hat, ist auf Bargeld angewiesen. Wenn öffentliche und öffentlich finanzierte Institutionen Bargeld ausschliessen, schliessen sie einen Teil der Bevölkerung von ihrem Angebot aus. Das ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, nicht der Zahlungslogistik. Der Stadtrat verweist in seiner Ablehnung auf drei wesentliche Punkte. Erstens werde das Anliegen bereits mit dem Postulat GR Nr. 2025/548 geprüft, zweitens sei die Gemeindeordnung die falsche Regelungsstufe und drittens sei eine Pflicht für Betriebe auf öffentlichem Grund unverhältnismässig und tangiere die Wirtschaftsfreiheit. Ein Postulat verpflichtet den Stadtrat zur Prüfung, nicht zum Handeln. Er kann nach der Prüfung immer noch zum Schluss kommen, nichts zu unternehmen. Wenn der Stadtrat aber signalisiert, dass er das Anliegen inhaltlich teilt, sehen wir keinen Grund, warum man es nicht verbindlich umsetzen sollte. Darum braucht es eine Motion, das Postulat genügt nicht. Bei der Regelungsstufe sind wir anderer Meinung als der Stadtrat. Die GO enthält bereits diverse Grundsätze und Zielbestimmungen, bspw. Klimaziele oder die Förderung der lokalen Wirtschaft. Eine Bestimmung, die den diskriminierungsfreien Zugang zu städtischen Leistungen sichert, fügt sich tadellos in diese Systematik ein. Der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen ohne Diskriminierung ist mindestens so verfassungswürdig wie das Ziel, die lokale Wirtschaft zu fördern. Bei der Wirtschaftsfreiheit hat der Stadtrat einen berechtigten Einwand, darum beantragen wir eine Textänderung. Die ursprüngliche Motion verlangt die Pflicht auch für private Betriebe auf öffentlichem Grund wie Marktstände oder die Boulevardgastronomie. Hier sehen wir ein Spannungsfeld zur Wirtschaftsfreiheit der oft sehr kleinen Betriebe, das wir nicht überstrapazieren möchten. Deshalb möchten wir die Passage «und/oder auf öffentlichem Grund stehen» streichen. Der Motionstext würde damit lauten: «Der Stadtrat wird beauftragt, eine Änderung der Gemeindeordnung vorzulegen, die das Recht der Stadtbevölkerung auf Barzahlung bei städtischen Betrieben und bei solchen, die von der Stadt Zürich direkt unterstützt oder subventioniert werden, garantiert.» Damit bleibt der Kern der Motion vollständig erhalten. Städtische Betriebe und Institutionen, die von der Stadt namhaft finanziert werden, müssen sich unbestritten an das Grundrecht halten, Diskriminierung ist dort*

nicht erlaubt. Der Stadtrat hat dazu keine substanziellen Einwände vorgebracht. Wir nehmen also den rechtlich heikelsten Teil heraus und stärken die Erfolgsaussichten der Motion. Ich bitte um Annahme der Textänderung und Zustimmung zur Motion.

Karin Weyermann (Die Mitte): *Die Die Mitte begrüsst, dass man weiterhin mit Bargeld bezahlen kann. Wir denken z. B. an Kinder auf dem Weihnachtsmarkt, die ihr Erspartes für ein Geschenk für Mutter oder Vater einsetzen möchten und das nicht mit der Karte können. Auch im Bereich der Bildung sehen wir es als sinnvoll an. Es ist wesentlich intuitiver und einfacher, den Umgang mit Geld zu lernen, wenn man es in der Hand hat und nicht einfach per Karte zahlt. Dann weiss man gar nicht mehr, wie viel noch auf dem Konto ist. Damit endet die Übereinstimmung mit der Motion aber auch schon. Wir teilen die Auffassung des Stadtrats, dass die Motion zu weit geht und Augenmass und Pragmatismus fehlen, auch mit der Textänderung der SP. Sie streicht zwar den öffentlichen Grund und gewährt damit die Wirtschaftsfreiheit besser. Aber dass bei direkt unterstützten Betrieben kein Spielraum besteht und jeder, der auch nur im kleinsten Teil unterstützt wird, der Pflicht untersteht, sehen wir als nicht zielführend. Wir sind überzeugt, dass der Stadtrat im Rahmen des Postulats nicht nur prüft, sondern bereit ist zu handeln – ohne dass die GO angepasst werden muss. Die Die Mitte lehnt die Motion daher ab.*

Stefan Urech (SVP): *Die SVP ist stolz und zufrieden mit dem, was unser Vorstoss ausgelöst hat. Er war unsere Antwort auf die Absicht des Kunsthauses, nur noch digital und mit Karte zahlen zu lassen. Es gab einen Medienbericht und eine sehr grosse öffentliche Zustimmung. Aus diesem Vorstoss ist das Anliegen entstanden. Ein SVP-Vertreter kann, was selten vorkommt, fast alles unterschreiben, was Tanja Maag (AL) gesagt hat. Während sie von kapitalistischer Überwachung sprach, kann es auch die staatliche Überwachung sein, vor der man sich fürchtet. Von Links bis Mitte wurden viele Gründe genannt, warum man das Anliegen unterstützt und die Möglichkeit der Barzahlung erhalten oder mindestens den Trend zum Zahlen mit Karte oder Handy nicht noch staatlich befeuern will. Der pädagogische Effekt, den die Die Mitte erwähnt hat, ist auch spannend. Man könnte ihn in der Budgetdebatte ins Feld führen, wenn wir Millionen verteilen, ohne sie plastisch vor uns zu haben. Uns ist die Wirtschaftsfreiheit ein grosses Anliegen. Darum unterstützen wir den Textänderungsantrag der SP. Es ist sehr erfreulich, dass es eine so breite Zustimmung gibt, die Möglichkeit der Barzahlung zu erhalten, auch wenn sie im Moment nicht im Trend ist. Aber wer weiss, wie sich das entwickelt.*

Serap Kahriman (GLP): *Die GLP lehnt die Motion ab: Wir sind der Meinung, dass wir bei gesetzlichen Regelungen so viel wie nötig und so wenig wie möglich regeln sollten.*

Dr. Emanuel Tschannen (FDP): *Wir verstehen unter Zahlungen auch die Barzahlung. Meine Tochter ist grundsätzlich mit Bargeld unterwegs, aber sie hat auch eine Karte. Es gibt also auch junge Menschen, die mit Karte zahlen können. Für uns Ältere ist das teils unangenehmer, aber es funktioniert und gehört auch zur Erziehung. Die FDP ist der Auffassung, dass die Betriebe selbst entscheiden sollen, wie gezahlt wird. Jeder Betrieb muss selbst wissen, ob er Bargeld, Twint oder nur Kartenzahlungen annehmen will. Es ist nicht am Staat, das vorzuschreiben. Die Textänderung der SP macht die Motion ein bisschen akzeptabler. Vom Grundsatz her glauben wir aber nicht, dass es dafür einen staatlichen Auftrag oder Bevormundung braucht. Darum lehnt die FDP die Motion ab.*

Yves Henz (Grüne): *Stellen Sie sich vor, es ist Advent. Ein Grossvater steht mit seinem Enkel am Weihnachtsmarkt, nimmt seine 20-Franken-Note aus dem Portemonnaie und will dem Enkel etwas kaufen. Dann heisst es: «Tut mir leid, du kannst nur noch digital zahlen.» Das ist nicht erfunden. Genau das wollte der Polarzauber letzten Winter, und das Kunsthaus wollte in die gleiche Richtung gehen. Erst der öffentliche Druck hat beide zurückkrebsen lassen. Man könnte meinen, das Bundesrecht reiche aus. Aber der*

Stadtrat schreibt selbst: «Die Annahmepflicht im Währungsgesetz ist dispositiv.» Das bedeutet, dass ein Schild beim Eingang mit «nur noch bargeldlos» das Recht auf Barzahlung wieder aufhebt. Ein Recht, das man mit einem A4-Blatt abschaffen kann, ist kein Recht. Diese Motion hilft, dass es wieder mehr zum Recht wird. Laut einer Umfrage der Nationalbank sagen drei Viertel der Betriebe, dass Bargeld wegen der hohen Kartengebühren günstiger als Kartenzahlung ist. Im Gastgewerbe nehmen laut derselben Umfrage 95 Prozent Bargeld entgegen. Wer die Motion ablehnt, schützt also nicht die kleinen Betriebe, sondern den Gewinn der Kartenfirmen. Die eigentliche Frage lautet: Wer gewinnt, wenn das Bargeld verschwindet? Es ist nicht die Grossmutter und nicht der Glacéstand, sondern es sind die Firmen, die an jeder Zahlung mitverdienen, jede Zahlung mitlesen und so ihren Überwachungskapitalismus profitabel ausbauen. Bargeld ist das einzige Zahlungsmittel in der Schweiz, das noch echten Datenschutz sicherstellt. Und wer verliert? Laut Nationalbank sind es vor allem alte Menschen und Leute mit kleinen Einkommen, die überdurchschnittlich bar zahlen. Zudem sagen 95 Prozent der Bevölkerung in Umfragen, dass das Bargeld bleiben soll. Im März 2026 haben Volk und Stände die Bargeldversorgung in der Bundesverfassung festgeschrieben. Die Schweiz garantiert also, dass es Bargeld gibt. Wir garantieren mit der Motion, dass man in der Stadt Bargeld auch verwenden darf. Es geht um Datenschutz, Zugänglichkeit, Souveränität, Solidarität und gerechten Zugang zu Dienstleistungen. Wir stimmen der Motion zu.

***Tanja Maag (AL)** ist mit der Textänderung einverstanden: Es braucht keinen öffentlichen Druck, um den Zugang zu einer von der Stadt Zürich finanzierten Institution wie dem Kunsthaus zu gewährleisten. Es kann nicht sein, dass es zuerst öffentlichen Druck braucht, bis das Kunsthaus akzeptiert, Bargeld wieder anzunehmen. Es geht auch nicht darum, ob die Umsetzung streng wird. Das interessiert uns wenig und ist sicher kein Grund, die Motion abzulehnen. Es ist auch keine Bevormundung der Betriebe. Wir verbieten nichts, sondern fordern nur, dass ein Betrieb auch Bargeld akzeptiert, also alle Zahlungsmöglichkeiten weiterhin anbietet. Ich danke der SP für ihre Ausführungen, die unterstreichen, dass man das Anliegen verbindlich umsetzen sollte, auch wenn bereits ein Prüfauftrag unterwegs ist. Eine verbindliche Umsetzung ist mit der Motion gewährleistet. Wir nehmen die Textänderung an. Weil die Umsetzung für Betriebe auf öffentlichem Grund der heikelste Punkt ist, sind wir bereit, ihn zu streichen. Die Wirtschaftsfreiheit sehe ich aber nicht eingeschränkt, weil kleine Anbieterinnen und Anbieter in ihren Zahlungsoptionen nicht eingeschränkt werden. Sie sollen nur die Barzahlung ergänzen.*

***Samuel Balsiger (SVP):** Es ist wunderbar, dass die linke Seite im Prinzip das Gleiche erzählt, was wir seit Jahren sagen: Wie wichtig Souveränität und Unabhängigkeit sind. Wie wichtig es ist, sich vor den fremden Augen des Staats – oder wie Sie sagen, des Kapitalismus – zu schützen. Beachten Sie das auch bei grösseren Beträgen und nicht nur beim Kaffee am Weihnachtsmarkt. Die Souveränität des Bürgers muss viel mehr in den Mittelpunkt gestellt und der Überwachung durch den Staat entzogen werden.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Änderung der Gemeindeordnung vorzulegen, die das Recht der Stadtbevölkerung auf Barzahlung bei städtischen Betrieben und bei solchen, die von der Stadt Zürich direkt unterstützt oder subventioniert werden ~~und/oder auf öffentlichem Grund stehen~~, garantiert.

Die geänderte Motion wird mit 73 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

844. 2026/5
Postulat der GLP-, AL-, Grüne- und SP-Fraktion vom 07.01.2026: Festlegung des Aufwands der Dienstabteilung Kultur auf mindestens zwei Prozent des städtischen Gesamtaufwands sowie Verwendung der zusätzlichen Mittel für die Kulturförderung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Stadtpräsident namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Serap Kahriman (GLP) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5659/2026): Die Menschen brauchen mehr als günstige Wohnungen, Velowege und Trams. Das ist alles wichtig, aber ich bin immer wieder erstaunt, wie wir auch in diesem Rat Menschen auf ihre materiellen Bedürfnisse reduzieren. Als wäre eine lebenswerte Stadt schon erreicht, wenn wir ein Dach über dem Kopf haben und uns von A nach B bewegen können. Menschen brauchen Widerspruch, Begegnung, Schönheit und Irritation – also Kunst und Kultur. Während der Corona-Pandemie haben wir alle erlebt, was es bedeutet, wenn das kulturelle und gesellschaftliche Leben weitgehend stillsteht: kein Konzert, kein Theater, kein Kino, kein Quartierfest und kaum gemeinsame Erlebnisse. Eine repräsentative Langzeitstudie der Hochschule Luzern hat damals gezeigt, dass die Bevölkerung die wachsende zwischenmenschliche Distanz und das Auseinanderdriften der Gesellschaft wahrgenommen hat. In den vergangenen Jahren haben wir über Beitragserhöhungen für die grossen Häuser wie das Kunsthaus Zürich, die Tonhalle Zürich oder das Zürcher Kammerorchester (ZKO) diskutiert und teilweise entschieden. Diese Institutionen sind für die Stadt und den Kulturkosmos wichtig. Die steigenden Kosten sind real. Aber was ist mit den kleinen Bühnen, den freien Ensembles und den Kulturschaffenden in unseren Quartieren? Wir verlangen im Gemeinderat faire Löhne und Nachhaltigkeit im Kulturbetrieb. Dann müssen wir auch bereit sein, die Voraussetzungen zu schaffen. Gleichzeitig brechen die privaten Fördergelder weg. Die Swiss Re AG hat bspw. angekündigt, ihre Unterstützung für das Zürcher Theater Spektakel im sechsstelligen Bereich zu kürzen oder zu beenden, ebenso für das Museum Rietberg. Die Tonhalle und das Opernhaus Zürich will sie weiterhin unterstützen. Das zeigt, wie verletzlich gerade kleine und mittelgrosse Kulturinstitutionen sind. Wir dürfen die Kulturpolitik nicht nach dem Prinzip «first come, first served» ausrichten. Die Grossen stellen ihre Gesuche früh genug, bekommen das Geld – und am Schluss ist für die kleinen Institutionen nichts mehr übrig. Das will das Postulat verhindern. Wir verlangen, dass der Stadtrat prüft, wie der Aufwand der Dienstabteilung Kultur von bisher rund 1,5 bis 1,7 Prozent auf mindestens 2 Prozent des städtischen Gesamtaufwands angehoben werden kann. Die zusätzlichen Mittel sollen der Kulturförderung zugutekommen, vor allem den kleinen Institutionen und freien Kulturschaffenden. Es geht nicht darum, die grossen Häuser gegen die kleinen auszuspielen. Alle Institutionen sollen eine Zukunft haben. Eine lebenswerte Stadt muss nicht nur funktionieren, sie muss auch inspirieren und Menschen aller Couleur zusammenbringen.*

Roger Suter (FDP) *begründet den von Yasmine Bourgeois (FDP) namens der FDP-Fraktion am 21. Januar 2026 gestellten Ablehnungsantrag: Johann Wolfgang von Goethe sagte: «In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister.» Das spricht mir aus dem Herzen: mit wenig finanziellen Mitteln Grosses leisten. Wer einfach Geld bekommt, muss sich nicht einschränken und kann Unsinn produzieren. «Der Herr gibt es den Seinen im Schlaf», wie es so schön heisst. Genau darum geht es. In den nächsten Wochen haben wir die Budgetdebatten. Es ist kein Geheimnis, dass das Budget der Stadt Zürich nicht so gut aussieht, wie wir es gerne hätten. Leider fehlt uns ein Mäzen wie etwa Solomon Guggenheim. Zürich hat bereits sehr viel Kunst, auch aus der alternativen Szene – von der Roten Fabrik bis zu Opernhaus und Tonhalle. Vielleicht produzieren die freien Kunstschaffenden am Markt vorbei. Vielleicht hat auch das Schauspielhaus Zürich am Markt vorbei produziert und musste deshalb den Kurs ändern. Das zu beurteilen, liegt nicht an*

mir. Wer Kunst bedingungslos fördert, erzieht sie zur Unselbstständigkeit. Dahin sind wir unterwegs. Die fetten Jahre sind vorbei. Kunstförderung ja, und zwar wie bisher und nicht mit festgeschriebenen Prozenten. Ich fördere die Kunst gerne, aber Zürich kann sich das zurzeit nicht leisten. Darum lehnen wir den Vorstoss ab.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): *Dass Sie an dem Vorstoss festhalten, zeigt, wie ernst Sie Ihren eigenen Stadtrat nehmen. Der SP-Stadtpräsident und der grüne Vorsteher des Finanzdepartements sind vor Kurzem gemeinsam vor die Medien getreten, um zu zeigen, wie ernst die finanzielle Lage ist. Sie antworten ein paar Wochen später mit: «Wir wollen die Ausgaben für Kultur einfach mal aufs Geratewohl steigern.» Wir haben es auch von Serap Kariman (GLP) gehört: Man gehe davon aus, dass die privaten Sponsoren früher oder später alle abspringen, darum übernehme man. Sie wollen die totale Staatskunst und fördern sie auch. Wenn Sie im Voraus sagen «Wir zahlen es dann schon», ist es kein Wunder, dass die privaten Sponsoren immer mehr abspringen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel von gestern Abend. Ich war wie die ganze Spezialkommission Präsidialdepartement, Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD) beim ZKO eingeladen. Es war ein wunderschöner Abend. Ich empfehle Ihnen allen, hinzugehen. In der Rede am Anfang hat man aber gespürt, wie es heute ist: Als Erste wurden der Stadtpräsident und die anwesenden Stadträte begrüsst. Es gab tobenden Applaus, als hätten die Stadträte auch nur einen Franken an das Ganze bezahlt. Sie haben nichts bezahlt, sie verteilen nur. Danach wurden die anwesenden Gemeinderäte und Kantonsräte begrüsst. Auch ich habe nichts beigetragen, wir verteilen das Geld der Steuerzahlenden und der grossen Firmen, die die Steuern zahlen. Erst an dritter oder vierter Stelle kam die AMAG Group AG an die Reihe – für sie blieb keine Zeit mehr für Applaus. Dabei unterstützt sie zusätzlich zu den Steuern das ZKO mit rund 200 000 Franken. Wenn man so mit privaten Sponsoren umgeht, ist es kein Wunder, dass sie abspringen. Private Sponsoren helfen vielleicht noch einmal in der Not. Sie sprechen von Vielfalt, von Kultur und Bühnen, die Menschen zusammenbringen. Laut Ihrem Vorstoss ist das aber zweitrangig. Im Vordergrund steht die ökologische Nachhaltigkeit, die neu im Kulturkonzept gefördert werden soll. Vielleicht können die Nachredner erklären, was Sie damit genau meinen, und auch, was Sie unter fairen Löhnen verstehen. Zu diesem Thema kommen wir bald im Gemeinderat. «Spoiler alert»: Man hat die Kulturschaffenden selbst gefragt, was sie fair finden. Das ist weltfremd und verfolgt ein klares Ziel: Sie wollen die Kultur staatlich übernehmen.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Die Die Mitte hat Ablehnung beschlossen, das kann ich vorwegnehmen. Wir haben einen Textänderungsantrag diskutiert, denn 2 Prozent hätten wir noch als akzeptabel erachten können, allerdings ohne das Wort «mindestens». Eine Rechnung hat aber gezeigt, dass sich das nicht lohnt. Mit dem nun vorliegenden Budget ist erst recht klar, dass wir ablehnen. Wir haben kein Geld zum Verteilen. Schon bei der Debatte über das Förderkonzept Tanz und Theater haben wir gesagt, dass wir es unterstützen, aber nur unter der Bedingung, dass nicht einfach mehr Geld in die Kultur fliesst. Man soll prüfen, was es braucht, wo es gebraucht wird und wie allenfalls neu verteilt werden kann. Uns ist bewusst, dass wir bei Streichungen teilweise auch fanden, sie träfen die Falschen. Diese Diskussion wird es immer geben, auch bei einer Festlegung auf mindestens 2 Prozent. Der Verteilkampf wäre auch dann nicht beendet. Wir können der Erhöhung bei der aktuellen Finanzlage der Stadt nicht mit gutem Gewissen zustimmen.*

Urs Riklin (Grüne): *Wenn Roger Suter (FDP) schon mit Goethe kommt, antworte ich mit Johann Peter Hebel: «Der Geizige rafft Geld und Gut zwecklos zusammen. Der Verschwender bringt das zwecklos durch. Geiz ist die Wurzel allen Übels. Verschwendung ist ein Baum voller bitterer Früchte.» Ich freue mich sehr über diesen Vorstoss. Bei der Diskussion zum Kulturleitbild 2024–2027 haben die Grünen am 17. April 2024 gefordert,*

dass die Kulturausgaben eher bei 2 Prozent als beim jetzigen Stand liegen sollten. Ein Mitglied der GLP hat diese Forderung in einen Vorstoss gefasst, den eine breite Allianz unterstützen kann. Dieser Vorstoss ist kulturpolitisch wichtig. Zwar ist es nur ein Postulat und fährt wie eine Draisine hinterher, nachdem der Intercity der Subventionserhöhung für die grossen Kulturinstitutionen und das Kulturleitbild längst durchgefahren sind. Es geht jetzt darum nachzuholen, was bisher nicht möglich war. Es geht um eine substanzielle Erhöhung der Mittel für kleine Kulturinstitutionen und freischaffende Kulturschaffende. Wie Serap Kahriman (GLP) ausgeführt hat, sollen die zusätzlichen Mittel nicht beliebig eingesetzt werden, sondern der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit im Kulturschaffen dienen. Wenn die Politik fordert, dass keine prekären Arbeitsbedingungen herrschen und dass Kulturbetriebe mithelfen, dass wir das Netto-Null-Ziel in vernünftiger Zeit erreichen, muss sie das auch finanziell hinterlegen. Kulturbetriebe sollen sich, wo nötig, professionalisieren können und Planungssicherheit sowie stabile Arbeitsverhältnisse haben, damit es weniger prekäre Situationen gibt. Ganz beseitigen werden wir sie auch mit diesem Vorstoss nicht. Die Kulturfördermittel sind in der Stadt Zürich ungleich verteilt: Drei Kulturinstitutionen beanspruchen knapp zwei Drittel der Gelder. Wer nicht nur eine lebendige und vielseitige Kulturlandschaft will, sondern auch Raum für Kreativität und Innovation, muss dafür sorgen, dass die öffentliche Hand genug Mittel zur Verfügung stellt; gerade wenn sich private Stiftungen und Firmen aus der Kulturunterstützung zurückziehen. Es geht nicht darum, Geld blind auszugeben. Die Mittel werden zielgerichtet eingesetzt. Es geht nicht, wie sich die SVP das ausmalt, um eine Machtergreifung im Kulturbereich.

Liv Mahrer (SP): *Kultur ist überall: wenn ein Kind in der Bibliothek ein Buch ausleiht, ein Dirigent ein Orchester zum gemeinsamen Spiel anleitet, eine Künstlerin ein Bild malt oder Menschen sich zu einem Fest treffen. Immer geht es um Kultur. Kultur ist Leidenschaft, Lebenskraft, Gestaltung und Auseinandersetzung. Sie prägt uns als Individuen und als Gesellschaft, baut Brücken, stiftet Identität und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit Kultur setzt sich der Mensch kreativ mit der Welt und mit sich selbst auseinander. Neues und Anderes kommt dazu und bereichert uns. Kulturelle Vielfalt ist der Schlüssel zum Verstehen des Eigenen und zum Respekt gegenüber dem Anderen. Kultur erzeugt Herkunft, widerspiegelt Traditionen und erzeugt Utopien. Sie sprengt Normen, provoziert Diskussionen über gesellschaftliche Werte und hält uns in Bewegung. Die Freiheit des kulturellen Schaffens ermöglicht erst die kritische Auseinandersetzung mit der Gesellschaft. Wir streben an, dass alle an der Kultur teilhaben können, unabhängig von Herkunft, Portemonnaie, Bildung, Alter oder Geschlecht. Das ist nur mit viel Engagement zu erreichen. Darum stehen Staat und Gesellschaft in der Pflicht, ihren Beitrag zu einer vielfältigen Kultur zu leisten und das kulturelle Bewusstsein zu schärfen. Wir fordern und fördern Kultur. Auch die SP dankt für die Unterstützung des Postulats.*

Sophie Blaser (AL): *«Der Herr gibt's den Seinen im Schlaf» – das beschreibt das Vorgehen der FDP bei der Weisung GR Nr. 2023/390 recht genau. Damals hat die FDP-Fraktion beantragt, den Beitrag für das Zurich Jazz Orchestra nicht um 70 000 Franken zu erhöhen, sondern direkt um 113 000 Franken. Ein grosser Teil der Erhöhung ist direkt in den Lohn von Bettina Uhlmann geflossen, der Ehefrau von STR Michael Baumer, ohne Erhöhung ihres Pensums. So kann es nicht weitergehen. Es kann nicht sein, dass die bekommen, die laut sind, die die richtige Partei kennen oder einfach zuerst da waren. Es braucht eine Kultur für alle, und wir dürfen die kleinen Institutionen nicht vergessen. Darauf basiert das Postulat: Die Kriterien sollen für alle gelten. Es wird für alle Institutionen schwieriger, darum braucht es für alle eine Erhöhung.*

Stefan Urech (SVP): *Dass es einen rot-blauen Kulturfilz gibt, ist ein offenes Geheimnis. Danke, dass du das erwähnst. Ich weiss nur nicht, wie der Vorstoss das lösen soll, wenn man noch mehr Geld auf den Filz schüttet. Urs Riklin (Grüne) sagte, ich hätte von einer Machtergreifung in der Kultur gesprochen. Die Macht haben Sie schon lange, das ist*

keine Machtergreifung, sondern eine Machtkonsolidierung. Weil die Linke längst die Macht in der Kultur hat, ärgert es mich, wenn Sie hier von Vielfalt erzählen. Kultur in der Stadt Zürich soll den eigenen Horizont erweitern, zur Auseinandersetzung mit anderen Meinungen anregen und irritieren. Ehrlich gesagt ist alles derselbe linke Einheitsbrei. In Theatern habe ich Flyer zu Abstimmungen für linke Anliegen gesehen. Im Schauspielhaus wurde in der Pause oder nach dem Stück mit aktiven Abstimmungsempfehlungen für links aufgerufen. Ich könnte Ihnen beliebig viele Beispiele zeigen, wie die Bühnen und Institutionen klar links geprägt sind. Das ist klar, sie wissen, woher das Geld kommt. Aber behaupten Sie bitte nicht, Sie würden sich im Theater mit anderen Meinungen auseinandersetzen. Sie gehen dorthin, um sich bestätigen und auf die Schulter klopfen zu lassen.

Përparim Avdili (FDP): *Ich muss das unanständige Votum der AL-Sprecherin mit aller Deutlichkeit zurückweisen, wonach die FDP wegen irgendwelcher Verbandelungen zu einem Kulturbeitrag motiviert gewesen sei. Die AL hat offenbar erst jetzt entdeckt, dass die FDP viel Kulturpolitik fördert und ihr auch viele nahestehende Leute im Kulturkuchen angehören – wie bei allen anderen Parteien auch. Damals waren andere Zeiten. Ihre pauschale Unterstellung trifft nicht zu. Wir werden auch nicht ausleuchten, wo Ihre Partnerinnen und Partner unterwegs sind und welche Beiträge Sie wem zusprechen. Ich hoffe nicht, dass das Teil der zukünftigen Debatte im Rat wird. Wie Roger Suter (FDP) gesagt hat: Kulturförderung ja, auch zukünftig, wenn es einen konkreten Antrag und einen konkreten Bedarf gibt. Dann behandelt der Rat, ob er notwendig und förderungswürdig ist, aber nicht mit einem Pauschalbetrag – und sicher nicht in einer finanziellen Notsituation und Zeitenwende, in der man nicht aus dem Vollen schöpfen kann. Die Zeiten sind vorbei, in denen man Kulturbeiträge überproportional erhöhte. Von Kürzungen spricht ja niemand. Wir haben das Kulturbudget in den vergangenen Jahren laufend erhöht, immer verhältnismässig. Die FDP wird weiterhin für die Kulturförderung einstehen, so wie wir es beim Kunsthaus Zürich gemacht haben. Blankoschecks sprechen wir aber nicht. Der Vorstoss wurde im Januar 2026 mitten im Wahlkampf eingereicht, um ein paar Wählerstimmen zu bekommen. Liebe GLP, die Rechnung ist nicht aufgegangen, wie Sie wissen. Und es ist eine teure Rechnung, wenn man auf Kosten der Steuerzahler Stimmen holen will. Diese Rechnung wird auch finanziell nicht aufgehen, darum lehnt die FDP den Vorstoss ab. Sie vertrauen zudem dem eigenen Stadtrat zu wenig, der sagt: «Wir haben ein finanzielles Problem und wissen nicht, wo wir sparen können.» Es geht nicht ums Sparen, sondern darum, dass wir diese vorgeschlagenen Kulturbeiträge finanziell nicht tragen können. Wenn wir das machen, werden wir künftig wahrscheinlich grössere Institutionen schliessen müssen. Ob ihr diese Verantwortung übernehmen wollt, bezweifle ich.*

Sven Sobernheim (GLP): *Meine ehemalige Fraktionskollegin, die das Postulat hauptsächlich verfasst hat, war sicher nicht im Wahlkampf. Sie hat nicht mehr kandidiert und ist deshalb nicht mehr im Rat. Die GLP hat immer gesagt, dass es nicht sein kann, dass wir bei den Kleinen sparen und die Grossen immer mehr bekommen. Das war in diesem Rat stets ein umstrittener Grundsatz. Man hat immer den Grossen gegeben, und die Kleinen haben die Brosamen erhalten. Das Postulat ist ein Grundsatzentscheid: Wir setzen einen Kostenrahmen für die Kultur. Tun wir das nicht, bekommen das Kunsthaus, die Tonhalle und die anderen Grossen zuerst, weil sie über funktionierende Abteilungen verfügen. Am Schluss reden wir dann wieder über einen unkuratierten Raum, der statt 250 000 Franken 350 000 Franken erhalten soll. Dann wird es eng, und wir müssen den Rotstift ansetzen. Es geht um die Grundsatzfrage: Wie viel ist uns die Kultur in der Stadt wert? Wie wollen wir das neue Bedürfnis der Kultur nach Netto-Null und fairen Löhnen finanzieren? Das mag überraschend sein, aber wir nehmen dieses Bedürfnis ernst. Die Umstellung in der Tanz- und Theaterlandschaft hat gezeigt, dass wir einen Grundsatz beschliessen und nicht über einzelne Institutionen reden sollten. So vermeiden wir ein Pingpong darüber, ob das Zurich Jazz Orchestra oder das Theater Rigiblick wegen einer*

Person mehr Subventionen bekommt. Das ist der Kostenrahmen. Lieber Stadtrat, lieber Stadtpräsident: Liefern Sie dafür Vielfalt, faire Löhne und Netto-Null. Und wenn wir hören, es gebe in dieser Stadt nur noch linke Kultur, zitiere ich den Tages-Anzeiger vom August 2023 zum Zürcher Theater Spektakel: «Nette junge Männer brüllen rechte Parolen und das Publikum muss zuhören.» Ob das bei der Linken gut ankam, sieht man in der Kommentarspalte. Es hat provoziert und angeregt. Genau das macht Kultur, selbst wenn sie uns nicht passt. Kultur kann auch Danger Dan heute im Volkshaus Zürich sein.

Sophie Blaser (AL): *Përparim Avdili (FDP) scheint vergessen zu haben, was wir in den letzten drei Jahren über Kultur debattiert haben. Sven Sobernheim (GLP) hat in der Debatte zugehört. Die FDP hat damals den Antrag gestellt, die Gelder zu erhöhen. Wenn man nicht den Anschein erwecken will, es sei für ein paar Parteikollegen gewesen, hätte man den Antrag nicht stellen sollen. Oder man könnte stattdessen für eine allgemeine Erhöhung sein, denn es geht darum, dass nicht die bekommen, die am lautesten sind, die die grössten Marketingabteilungen haben oder die richtigen Leute kennen. Wir haben nie einen solchen Antrag gestellt und machen das auch heute nicht. Ich kenne nicht viele Leute, die eine Kulturinstitution leiten. Die Beiträge sollen aus fachlich fundierten Kreisen gesprochen werden, darum geht es im Postulat. Wer die Debatte der letzten Jahre ernsthaft verfolgt hat, weiss, dass es nicht um Wahlkampf geht. Wir haben letztes Jahr, als es um die Grossen ging, angekündigt, dass wir zähneknirschend mitstimmen, wenn man auch für die anderen erhöht. Ich bitte auch die FDP um Aufmerksamkeit beim Thema.*

Das Postulat wird mit 76 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

845. 2026/6
Postulat von Leah Heuri (SP), Dr. Jonas Keller (SP) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 07.01.2026:
Einführung eines Online-Gebärdensprachdolmetschdienstes an analogen Schaltern

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Stadtpräsident namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Leah Heuri (SP) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5660/2026): Eine ganz alltägliche Situation: Man braucht den Ausdruck einer Rechnung oder eine andere Dienstleistung an einen Schalter der Stadt Zürich. Wir erklären unser Anliegen, stellen Rückfragen und führen ein Gespräch. Was für die meisten völlig unkompliziert ist, kann für Menschen mit einer Gehörbehinderung schnell zu einer grossen Hürde werden. An den Schaltern der Stadt Zürich arbeitet verständlicherweise in der Regel niemand, der z. B. die Deutschschweizer Gebärdensprache beherrscht. Man kann sich teilweise zwar schriftlich verständigen, das ersetzt aber kein Gespräch. Die Deutschschweizer und alle anderen Gebärdensprachen sind eigenständige Sprachen. Für viele Menschen mit einer Gehörbehinderung ist sie die Sprache, in der sie sich am sichersten und präzisesten ausdrücken können. Wie können wir dafür sorgen, dass ein spontaner Gang an einen städtischen Schalter für Menschen mit einer Gehörbehinderung möglichst selbstständig und barrierearm möglich ist? Unser Postulat schlägt deshalb vor, dass der Stadtrat prüft, wie an solchen Schaltern bei Bedarf kurzfristig ein Online-Dolmetscherdienst für Gebärdensprache zugeschaltet werden kann. Die Idee ist einfach: Braucht eine Person mit Gehörbehinderung am Schalter Unterstützung, kann man per Smartphone, Tablet oder ein anderes Gerät eine professionelle Dolmetscherin oder einen professionellen Dolmetscher*

per Video zuschalten. Damit können die Person am Schalter und die städtischen Mitarbeitenden direkt miteinander kommunizieren, ohne dass vorher mit grossem Aufwand ein Dolmetschertermin organisiert werden muss. Genau diese Spontanität ist uns wichtig. Heute muss man einen solchen Behördengang Tage im Voraus planen. Wenn eine neue Frage auftaucht, muss man jemanden organisieren, der mitkommt und dolmetscht, oder man muss sich schriftlich verständigen. Eine barrierearme Kommunikation am Schalter sollte eine Selbstverständlichkeit sein, auch für Menschen mit einer Gehörbehinderung. Solche Lösungen sind nichts Neues. Online-Dolmetscherdienste werden bereits in anderen Gemeinden und Institutionen eingesetzt, unter anderem in der Stadtverwaltung Olten. Die technischen Möglichkeiten, die diese Lücke schliessen, bestehen bereits.

***Stefan Urech (SVP)** begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 21. Januar 2026 gestellten Textänderungsantrag: Wir haben das Postulat in der Fraktion besprochen und waren uns einig, dass es ein gutes Anliegen ist, gegen das niemand etwas einwenden kann. Dann sagte ein Fraktionsmitglied, dass die künstliche Intelligenz (KI) das Übersetzen inzwischen auch beherrsche. Ich habe die KI gefragt, ob sie das kann. Sie antwortete: «Ja, ich kann es schon fast.» Damit war sie ehrlich, denn es gibt tatsächlich ein, zwei Dienste, die beinahe so weit sind, dass sie live übersetzen können. Vielleicht sind sie noch nicht ganz so gut wie ein Mensch, aber sie haben fast aufgeholt. Wir alle wissen, wie schnell sich diese Technik entwickelt. Darum haben wir ganz ohne KI den folgenden Textänderungsantrag formuliert: «Dabei soll insbesondere geprüft werden, inwiefern die Übersetzung durch den Einsatz künstlicher Intelligenz automatisiert und ohne den Beizug menschlicher Dolmetscher erfolgen kann.» Das ist vergleichbar mit den automatisch erstellten Untertiteln, die heute selbstverständlich sind und die Sie von Social Media kennen. Früher oder später wird auch das normal sein.*

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie an analogen Schaltern ein Online-Gebärdensprachdolmetschdienst eingeführt werden kann, der bei Bedarf kurzfristig zugeschaltet wird. Dabei soll insbesondere geprüft werden, inwiefern die Übersetzung durch den Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) automatisiert und ohne den Beizug menschlicher Dolmetscher erfolgen kann. D~~, d~~amit die barrierefreie Kommunikation auch analog an Schaltern ermöglicht wird.

Weitere Wortmeldungen:

***Roger Suter (FDP):** Wir hatten zuerst den Ablehnungsantrag gestellt. Die SVP hat uns nun umgestimmt. Wir sind mit dem KI-Vorschlag einverstanden und stimmen deshalb zu.*

***Karin Weyermann (Die Mitte):** Die Die Mitte begrüsst den Vorstoss mit oder ohne Textänderung. Wir sehen durchaus Sinn darin, die KI gleich mitzuprüfen. Wie weit sie bereits ist, kann ich nicht beurteilen. In den Ferien setze ich sie schon sehr gut für einfache Übersetzungen ein – wenn sich alle daran halten, nur dann zu sprechen, wenn die KI es zulässt. Ich bin überzeugt, dass sich die KI so weiterentwickeln wird, dass dies auch hier möglich ist. Vor allem bin ich überzeugt, dass der Vorstoss sehr sinnvoll ist. Er schafft ein Angebot aufbauend auf bestehenden Strukturen ohne massive zusätzliche Kosten.*

***Leah Heuri (SP)** ist mit der Textänderung nicht einverstanden: Danke, dass Sie mitdenken und einen Vorschlag einbringen. Für uns ist aber die persönliche Interaktion bei der Kommunikation am Schalter sehr wichtig. Bei der KI besteht die Gefahr, dass teilweise falsch übersetzt wird, weil sie noch nicht weit genug fortgeschritten ist. Wenn man über Kosten diskutieren will: Auch die KI müsste etwas kosten. Bei Procom, dem Angebot, das es heute schon gibt, bezahlt man 500 Franken Benutzergebühr pro Jahr und dann sechs Franken pro Minute für die Kommunikation. Ich glaube nicht, dass die KI das viel günstiger machen kann. Bei uns stehen die Bedürfnisse der Menschen mit Gehörbehinderung und die persönliche Kommunikation im Vordergrund. Man könnte sonst auch einfach mit Stift und Papier kommunizieren, wenn man das mit KI machen würde. Deshalb*

lehnen wir den Textänderungsantrag ab, hoffen aber, Sie dem Postulat trotzdem zu.

Isabel Maiorano (AL): *Wir unterstützen das Postulat ohne die Textänderung. Auf das Postulat selbst will ich nicht mehr eingehen, dazu wurde schon viel gesagt. Teilhabe an der Gesellschaft und der Zugang zu Informationen sollen selbstverständlich so niederschwellig wie möglich sein. Die KI ist grundsätzlich eine gute Sache und für vieles nützlich, birgt aber auch grundsätzliche Risiken. Beim Übersetzen und Dolmetschen geht es nicht nur darum, Wörter zu übertragen. In meinem Berufsalltag berate ich immer wieder Menschen, die nicht gut Deutsch sprechen oder deren Sprache ich nicht gut verstehe. Ich bin also auf Dolmetscherinnen und Dolmetscher angewiesen. Seit vielen Jahren erlebe ich dabei, dass es nicht nur um die Worte geht, wenn man zwischenmenschliche Anliegen bespricht, sondern auch um Feinheiten, die man nur erkennt, wenn ein Mensch gegenübersitzt. Darum funktioniert eine automatische Übersetzung nicht.*

Roger Suter (FDP): *Ich bedaure, dass Sie auf der linken Seite etwas Sinnvolles ablehnen, nur weil es von der SVP kommt. Wir haben zugesagt, dem Postulat zuzustimmen, wenn die Textänderung angenommen wird. Ohne sie lehnen wir es ab. Eigentlich wären wir dafür gewesen, einen einzigen Schalter einzurichten, den alle aufsuchen können. Die KI bringt viele Vorteile, nicht zuletzt, weil sie viele verschiedene Sprachen spricht. Darum bitten wir Sie, die Textänderung anzunehmen, damit wir zustimmen können.*

Dr. Jonas Keller (SP): *Wenn ich die KI frage, ob sie etwas kann, sagt sie immer ja. Darum finde ich den Vorschlag etwas voreilig. Vielleicht kann sie es in drei Monaten, vielleicht in zwei Jahren, vielleicht nie. Wir wissen es nicht. Bei einer KI-Lösung muss man sich auch Gedanken zum Datenschutz machen. Die Kommunikation zwischen zwei Menschen lässt sich technisch problemlos absichern. Wohin die KI die eingegebenen Daten weiterleitet, weiss niemand. Das ist ein weiterer Grund, die Textänderung nicht zu unterstützen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie das Postulat ohne Textänderung ablehnen.*

Martina Zürcher (FDP): *Warum reichen Sie eigentlich ein Postulat ein, wenn Sie schon alles wissen? Ein Postulat ist ein Prüfauftrag an den Stadtrat. Wenn steht, es solle auch geprüft werden, ob das mit KI möglich ist, heisst das nicht, dass es am Ende so gemacht wird. Offenbar verbannen Sie aus Ihrer Realität, dass das funktionieren könnte. Vielleicht funktioniert es nicht, vielleicht sagt der Stadtrat, es gehe nicht. Aber lassen Sie die Variante doch prüfen. Es ist engstirnig gedacht, wenn Sie die Textänderung nicht annehmen.*

Das Postulat wird mit 84 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

846. 2026/157
Postulat von Stephan Iten (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 08.04.2026: Eingrenzung der Anzahl städtischer Abstimmungsvorlagen sowie zeitgleiche Publikation mit den kantonalen Vorlagen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Stadtpräsident namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 6075/2026): Sie erinnern sich: Wir hatten am 8. März 2026 Gemeinderatswahlen und wegen des Legislaturwechsels mussten wir sehr viele Weisungen abschliessen. Die Parlamentsdienste ha-*

ben uns zusätzlich unter Druck gesetzt, die angefangenen Weisungen vor dem Legislaturwechsel zu erledigen. Am 14. Juni 2026 standen dann 13 städtische Vorlagen zur Abstimmung, dazu kamen kantonale und eidgenössische Vorlagen. Insgesamt musste die Bevölkerung über 20 Vorlagen entscheiden. Weil am 8. März 2026 wegen der Gemeinderatswahlen keine städtischen Abstimmungen stattfanden, hat sich alles so aufgestaut. Ich bin zufällig dem Briefträger begegnet und habe ihm zugeschaut, wie er mein Abstimmungscouvert in den Briefkasten gezwängt hat. Er wusste fast nicht, wie er es hineinbekommen sollte. Das Couvert war auch etwas eingerissen. Ich habe von anderen Leuten Rückmeldungen erhalten, dass sie ein zerrissenes Couvert bekommen haben. Es war ein dicker Stapel, den wir da erhielten. Abgesehen davon wissen Sie, was das bedeutet. Es beginnt damit, dass die Fraktionen recht viele Weisungen in kürzester Zeit abschliessen müssen, sodass der Diskurs dazu relativ knapp ausfällt. Dann werden die Weisungen im Gemeinderat behandelt. Weil es so viele gab, konnten wir kaum noch Vorstösse behandeln, obwohl wir bis spät in den Abend Sitzungen durchgeführt haben. Als Nächstes müssen wir Minderheits- und Mehrheitsstandpunkte für die Abstimmungszeitung verfassen. Teilweise blieben uns nur zwei Tage. Das hat auch die Stadtkanzlei an ihre Grenzen gebracht. Jede Partei weiss, was eine Abstimmung bedeutet. Der Stadtrat lehnt sich zurück, wenn die Weisung abgeschlossen ist, aber die Parteien haben noch eine Menge Arbeit. Die Parolen müssen gefasst werden. Bei so vielen Unterlagen ist es unmöglich, sie wirklich gut zu behandeln. Dann wollen wir einen Abstimmungskampf führen, was bei so vielen Vorlagen recht schwierig ist. Dafür braucht es auch finanzielle Mittel, aber bei so vielen Vorlagen muss man Prioritäten setzen. Auch das verunmöglicht den öffentlichen Diskurs. Darum sind wir der Meinung, dass 13 Abstimmungsvorlagen zu viel sind. Wir haben im Vorstoss absichtlich keine Zahl festgelegt. Wir geben dem Stadtrat einen Prüfauftrag. Man könnte die Zahl aber eingrenzen, z. B. indem man die städtischen Vorlagen zusammen mit den kantonalen publiziert. Dann könnte der Stadtrat nicht mehr so kurzfristig Beschlüsse zur Abstimmung bringen. Ich erinnere Sie daran, dass viele der Vorlagen gar nicht so dringend vors Volk gehörten, bspw. das Tram Affoltern oder die Volksinitiative «Parkplatz-Kompromiss JA». Die hätte man verschieben können. Ein anderer Vorschlag wäre, nach Wahlen oder wenn viele Vorlagen abstimmungsreif sind, einen zusätzlichen Abstimmungssonntag anzusetzen – wie es der Stadtrat jetzt, wo es das Postulat gibt, plötzlich auch ins Auge fasst. Wir bitten den Stadtrat und Sie als Gemeinderäte, die Bevölkerung und auch uns nicht zu überbelasten. Wir sind mit so vielen Vorlagen gefordert, wenn nicht sogar überfordert. Wir sollten 13 Vorlagen aufteilen.

***Roger Meier (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 20. Mai 2026 gestellten Ablehnungsantrag: Das Anliegen des Postulats ist auf den ersten Blick nachvollziehbar. 20 Vorlagen an einem Abstimmungswochenende – 13 städtische, 5 kantonale und 2 nationale – sind tatsächlich sehr viel. Eine solche Häufung erschwert die öffentliche Debatte, die Meinungsbildung und letztlich auch die Arbeit der Parteien. Es droht eine Überforderung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Trotzdem lehnen wir das Postulat ab. Es setzt am falschen Ort an und birgt erhebliche demokratiepolitische Risiken. Wir möchten dem Stadtrat nicht den Auftrag erteilen, die Zahl der Abstimmungen politisch zu optimieren. Dann würde der Stadtrat letztlich bestimmen, welche Geschäfte gemeinsam zur Abstimmung kommen und welche getrennt werden. Er könnte durch die Bildung vermeintlich passender Abstimmungspakete die Ausgangslage beeinflussen. Die Vorlagen können sich gegenseitig mobilisieren, konkurrenzieren oder in den Hintergrund drängen. Was wir als «Gerrymandering» kennen, also die gezielte Einteilung von Wahlkreisen, könnte man so auch bei der Themenwahl und Paketbildung betreiben. Eine solche Gestaltungsmacht sollten wir dem Stadtrat nicht übertragen. Besonders problematisch wäre eine zahlenmässige Begrenzung bei Volksinitiativen und Referenden. Sie sind ein zentrales Recht der Stimmberechtigten und ein wichtiges Mittel der politischen Opposition. Die Behandlung dieser Geschäfte darf nicht hinausgeschoben oder erschwert werden,*

nur weil ein Abstimmungssonntag aus Sicht der Behörden schon ziemlich voll ist. Die Regierung darf auch nicht darüber entscheiden, wann etwas zur Abstimmung kommt oder ob es verschoben wird, nur weil es unliebsam ist. Wir anerkennen aber das Problem der Überlastung einzelner Urnengänge. Der vorgeschlagene Weg ist nicht geeignet, es zu lösen. Prüfenswert erscheint uns höchstens eine Trennung der kommunalen Wahlen von den Abstimmungswochenenden. Die Wahlen verlangen schon für sich allein hohe Aufmerksamkeit von den Stimmberechtigten, den Parteien und der Verwaltung. Eine klare Trennung wäre allenfalls ein Ansatzpunkt, um dem Problem zu begegnen.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP) *stellt folgenden Textänderungsantrag: Bevor ich zu unserer Textänderung komme, muss ich ein paar Dinge aus der Vergangenheit aufarbeiten. Dass wir im März gewählt haben, war nicht der Wille der GLP. Wir waren relativ allein, als wir uns für den Februar-Wahltermin eingesetzt haben, an dem kein Abstimmungstermin gewesen wäre. Alle, die sich jetzt beschweren – Stephan Iten (SVP), Roger Meier (FDP), von der SP wäre es sicher auch noch gekommen –, dass wir an einem Abstimmungstermin gewählt haben: Wir waren dagegen. Wenn Stephan Iten (SVP) sich beschwert, er habe zu wenig Zeit gehabt, um einen Minderheitsstandpunkt zu schreiben: Der Stadtrat hat uns gefragt, ob er den Minderheitsstandpunkt schreiben und uns einen Vorschlag machen soll, den wir kommentieren. Alle ausser der GLP haben gesagt: «Nein, das wollen wir nicht.» Man kann sich nicht beschweren, zu viel Arbeit mit dem Abstimmungstermin zu haben, und sich gleichzeitig dafür einsetzen, dass der Stadtrat oder die Verwaltung einem die Arbeit nicht abnimmt. Es ist aber so – das hat Roger Meier (FDP) gut ausgeführt –, dass der Stadtrat Massnahmen ergriffen und das Problem erkannt hat. Das ist auch der Grund für unsere Textänderung. Das Einzige, das wir im Postulat noch für nötig halten, ist die bessere Abstimmung mit dem Kanton. An diesem Wochenende mit den vielen städtischen Vorlagen hatten wir auch die kantonalen Vorlagen – und das waren allesamt brisante Vorlagen. Die Kombination aus brisanten kantonalen Vorlagen, ein paar schwierigen städtischen Geschäften und sehr vielen städtischen Vorlagen ist dann zu viel. Darum würde der Postulatstext mit unserer Änderung am Schluss nur noch lauten: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die städtischen Abstimmungsvorlagen mit den kantonalen Vorlagen abgestimmt werden können.» Das ist die einzige Forderung, die noch im Raum steht, bei der der Stadtrat nicht Handlungsbedarf anerkannt hat. Dafür braucht er das Zeichen des Parlaments. Alles andere – also eine Anzahl vorzuschreiben, taktisch vorzugehen und weitere Ideen – lehnen wir ab. Vergessen Sie nicht, was Sie in den letzten 24 Monaten alles entschieden haben.*

Urs Riklin (Grüne): *Ich fahre mit der Vergangenheitsbewältigung und der Therapiesitzung fort. Stephan Iten (SVP) hat fünfeinhalb Minuten lang erklärt, warum es legitim war, dass Gemeinderätinnen und Gemeinderäte eine höhere Entschädigung bekommen, weil es so viel Arbeit gibt – aber das hat die SVP bekämpft. Ich drehe genüsslich das Rad der Zeit noch etwas weiter zurück. Nicht alle erinnern sich, denn nicht alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte waren schon geboren. Es geht ins Jahr 2000 zur sogenannten Denner-Initiative, die Karl Schweri lanciert hat, der übrigens in Witikon seine letzte Ruhestätte gefunden hat. Damals war Ueli Maurer Präsident einer Regionalpartei und die Zürcher SVP hat die Ja-Parole zu einer Initiative gefasst, die verlangte, dass Volksinitiativen spätestens nach zwölf Monaten zur Abstimmung kommen müssen. Es wurde das Narrativ aufgebaut, unter anderem von Ulrich Schlüer, dass die SVP eine ganz arme politische Minderheit sei; Opfer einer versteckten politischen Agenda der Regierung, die steuert, wann Abstimmungsvorlagen zur Abstimmung gelangen. Deshalb hat sie, man muss es ehrlicherweise sagen, durchgesetzt, dass die Ja-Parole zu dieser Denner-Initiative gefasst wurde. Wir müssen nicht länger in dieser Vergangenheit herumwühlen. Gut ist, wenn man eine gewisse Konsistenz in seiner politischen Meinung hat. Kommen wir zur*

Gegenwart: Hier sehen wir das wahrscheinlich alle ähnlich, dass es herausfordernd, aber auch ein bisschen überfordernd sein kann, wenn man mehr als 20 Abstimmungsvorlagen hat. Bei gewissen Vorlagen gibt es zudem einen Vorschlag, einen Gegenvorschlag und eine Präferenzfrage. Man muss dann ziemlich viele Kreuze bei Ja und Nein setzen. Das ist selbst für versierte Personen, die sich mit Politik auseinandersetzen, vielleicht ein bisschen viel verlangt. Was ist die Lösung? Es gibt verschiedene Wege. Eine Variante, die jetzt auch diskutiert wird: Man kann weniger Abstimmungen auslösen, indem man die Ausgabenkompetenz des Parlaments erhöht. Dann gibt es automatisch weniger Abstimmungsvorlagen, es sei denn, es wird ein Referendum ergriffen. Soweit ich richtig informiert bin, folgt der Stadtrat der Maxime, dass eine fertig beratene Vorlage so schnell wie möglich zur Abstimmung geführt wird. Das ist im Sinn eines effizienten politischen Prozesses. Es ist sicher sinnvoll, dass politische Geschäfte, die zur Abstimmung gelangen sollen, nicht lange im politischen Universum herumkreisen. Die Lösungsfindung ist auf dem Weg. Den Vorstoss lehnen wir leider ab, wegen der Vergangenheitsbewältigung.

Karin Weyermann (Die Mitte): *Ich mache keine grosse Geschichtsstunde, aber erwähne zwei Dinge: Die Die Mitte hat mit der GLP nicht nur für den Februar-Termin gestimmt, sondern sich auch dafür ausgesprochen, dass mindestens beim Minderheitsstandpunkt Handlungsbedarf besteht. Die GLP war also nicht ganz allein, was von der Anzahl her aber nicht relevant ist. Selbstverständlich war der bekannte Abstimmungssonntag mit der Anzahl der Vorlagen mehr als unglücklich. Es wurde aber schon erwähnt, dass die Lösungsfindung im Gang ist. So absolut, wie es hier formuliert ist, kann die Lösung nicht sein. Der Textänderungsantrag der GLP lag mir leider nicht schriftlich vor, aber wenn ich es richtig verstanden habe, streicht er alles und fordert nur noch die Abstimmung mit dem Kanton. Warum nicht? Das macht sicher Sinn. Es ist auch nicht mehr so strikt, dass man eine absolute Begrenzung will, denn die ist, wie schon erwähnt, wegen der verschiedenen gesetzlich vorgegebenen Behandlungsfristen nicht ganz einfach. Es ist aber klar, dass man schauen muss, dass sich ein solcher Abstimmungssonntag nicht wiederholt. Wir lehnen den Vorstoss ab, sehen das Problem aber als gegeben.*

Moritz Bögli (AL): *Von einigen Vorredner*innen haben wir schon sehr gute Gründe gehört, den Vorstoss abzulehnen. Wir folgen ihnen, auch wenn wir durchaus einsehen, dass eine sehr hohe Anzahl von Abstimmungen schwierig sein kann. Gleichzeitig muss man der Bevölkerung vertrauen, worauf sonst auch die SVP viel Wert legt. Man muss aufs Volk hören. Wir sagen, dass sich die jetzige Handhabung durch den Stadtrat grundsätzlich bewährt hat. Es ist nicht so einfach, Sachen nachträglich zu verschieben, wie wir bereits gehört haben. Das gilt nicht nur bei Volksabstimmungen. Die grossen Mengen, über die wir abstimmen, sind oft Bauprojekte, die meist mit über 80 Prozent angenommen werden. Man könnte sie vielleicht verschieben, aber das hätte massive Kosten zur Folge, wenn man die Projekte nicht beginnen kann. Für uns ist deshalb klar, dass das kein gangbarer Weg ist. Wenn man daran etwas ändern will, müsste man wahrscheinlich die Kompetenzen des Gemeinderats anpassen. Das ist eine Diskussion, der wir offen gegenüberstehen. Wir haben mehrfach gehört, man hätte die Wahlen nicht an einem Abstimmungssonntag durchführen sollen. Das finde ich undemokratisch, wenn man die Stimmbeteiligung an Terminen ansieht, an denen keine nationalen Abstimmungen stattfinden. Bei der Gemeinderatswahl in der Stadt Zürich bspw., die bekanntlich zusammen mit nationalen und kantonalen Abstimmungen stattgefunden hat, lag die Stimmbeteiligung leicht über 50 Prozent. In unserer Nachbargemeinde Dübendorf, die ihre Gemeinderatswahlen im April 2026 und damit nicht an einem nationalen Abstimmungssonntag durchgeführt hat, lag die Wahlbeteiligung bei 26 Prozent. Wenn alle Parteien das Ziel haben, dass sich möglichst viele Menschen an Volksabstimmungen und Wahlen beteiligen, halte ich es für absolut fehlgeleitet, Wahlen oder Abstimmungen an einem Sonntag durchzuführen, an dem keine nationalen oder kantonalen Abstimmungen stattfinden. Das ist für mich ein Grundsatz. Eine hohe Beteiligung erreicht man, wenn man sie zusammen*

mit nationalen Wahlen durchführt. Deshalb halten wir an der Praxis fest und lehnen den Vorstoss ab. Die Textänderung der GLP können wir aber nachvollziehen. Wie bereits erwähnt, wäre so etwas sinnvoll, weil man sonst auf die Entscheidung des Kantonsrats warten muss. Mit der Textänderung würden wir dem Vorstoss zustimmen.

Lisa Diggelmann (SP): *Wir sind überrascht über die Textänderung, die uns vorgängig nicht vorlag. Die SP-Fraktion wird sich deshalb in der Frage enthalten.*

Stephan Iten (SVP) *ist mit der Textänderung einverstanden: Wir nehmen die Textänderung an. Sie entspricht dem, was wir als Beispiel aufgezeigt haben: Wir können die Zahl der Abstimmungsunterlagen etwas eingrenzen, denn bei den 13 Vorlagen fanden ein paar hastige Übungen statt. Die Änderung entspricht also dem, was wir gefordert haben.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die ~~Anzahl~~ städtischen Abstimmungsvorlagen ~~eingegrenzt und die Publikationen jeweils zeitgleich mit den kantonalen Vorlagen publiziert werden können.~~mit den kantonalen Vorlagen abgestimmt werden können.

Das geänderte Postulat wird mit 45 gegen 36 Stimmen (bei 41 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

847. 2026/303
Postulat von Dr. Emanuel Tschannen (FDP) und Serap Kahriman (GLP) vom 17.06.2026:
Konzentrierung der Friedensrichterämter an einem zentralen Standort

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Stadtpräsident namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 248/2026): Mit dem Postulat regen wir an, bei den Friedensrichterämtern, die über die Stadtkreise verteilt sind, zu prüfen, ob eine gewisse räumliche Zentralisierung Synergien räumlicher und personeller Art ermöglichen würde, ohne dass der lokale Charakter der Friedensrichterämter verloren geht. Die örtliche Verwurzelung und die Wahl der Friedensrichterinnen und Friedensrichter in den einzelnen Stadtkreisen finden wir gut. Das möchten wir beibehalten und daran nichts ändern. Wir haben aber das Gefühl, dass sich gewisse Synergien nutzen liessen. Es wäre für die Friedensrichterinnen und Friedensrichter vielleicht gar nicht schlecht, sich ab und zu für einen kollegialen Austausch zu treffen. Im Sekretariat könnte man Prozesse administrativ vereinfachen und vielleicht auch räumlich zentralisieren, sodass die Kosten etwas tiefer wären. Vielleicht gäbe es dann nicht einen einzigen Standort, sondern zwei oder drei in der Stadt Zürich. Wir haben aber nicht das Gefühl, dass es bei dieser völlig dezentralen Struktur bleiben muss.*

Moritz Bögli (AL) *begründet den von Sophie Blaser (AL) namens der AL-Fraktion am 19. August 2026 gestellten Ablehnungsantrag: Die Friedensrichterämter sind der niederschwelligste Zugang zu unserem Rechtssystem. Für uns ist deshalb klar, dass sie möglichst niederschwellig zugänglich sein sollten. Das hängt stark mit der Verankerung im Quartier zusammen. Wir haben vorhin gehört, dass auch den Postulanten die Verankerung wichtig sei und es ihnen nur darum gehe, Synergien zu nutzen. Daran haben wir Zweifel. Eine Zentralisierung würde die grossen Parteien bevorzugen, was wir ablehnen. Uns ist ausserdem nicht klar, woher der Effizienzgewinn kommen soll. Die Postulanten*

sagen, sie wollten die Ämter zusammenlegen, doch weiter unten in der Begründung heisst es sinngemäss: Wenn es einen Quartierbezug gibt, dann soll doch im Quartier verhandelt werden. Das heisst zwei Standorte pro Friedensrichteramt. Das kann nicht die Lösung sein. Wo liegt der Effizienzgewinn, wenn man zentralisiert und gleichzeitig sagt, die Verhandlungen fänden trotzdem vor Ort statt? Die Intention des Vorstosses ist vielleicht gut gemeint. Wir glauben aber, dass er die Verankerung, die wir als sehr zentral erachten, klar schmälern würde. Es gäbe nur noch einen zentralen Ort, vielleicht zwei, aber auch das ist für uns ein No-Go. Deshalb lehnen wir den Vorstoss ab.

Weitere Wortmeldungen:

Sascha Rüegg (SVP): *Die SVP unterstützt das Postulat. Auch die Stadt Zürich muss regelmässig prüfen, wo sie effizienter, effektiver und günstiger arbeiten kann. Es geht um Steuergelder, mit denen wir sorgsam haushalten sollten. Wir können nicht nur über steigende Ausgaben sprechen, sondern müssen auch bereit sein, bestehende Strukturen zu hinterfragen. Die Friedensrichterämter leisten wichtige Arbeit. Sie helfen, Streitigkeiten möglichst unkompliziert und ohne langwierige Gerichtsverfahren zu lösen. Das ist für die Bevölkerung wichtig und entlastet die Gerichte. Aber müssen die Ämter tatsächlich an verschiedenen Standorten sein? Können wir mit einer Zusammenlegung Ressourcen besser organisieren, die Infrastruktur effizienter nutzen und Büroflächen sparen? Wenn wir Stellvertretungen einfacher organisieren und die Geschäftslast besser verteilen können, ist das sicher auch ein Vorteil. Genau das muss man seriös prüfen. Eine Zentralisierung darf nicht zum Selbstzweck werden. Der Stadtrat soll deshalb offenlegen, was sich tatsächlich einsparen lässt und welche Kosten ein Umzug oder eine Zusammenlegung verursacht. Am Schluss müssen die Zahlen stimmen. Wichtig ist der SVP auch, dass der Bezug zu den Quartieren nicht verloren geht. Die Friedensrichterinnen und Friedensrichter sollen weiterhin in ihrem Stadtkreis gewählt werden. Bürgernähe und Vertrauen in die gewählten Personen müssen erhalten bleiben. Wir wollen eine gute und funktionierende Verwaltung, aber keine Doppelspurigkeiten und unnötige Kosten. Wenn man mit einer besseren Organisation dasselbe Ziel günstiger erreichen kann, sollten wir das tun.*

Dr. Patricia Petermann Loewe (SP): *Die SP lehnt das Postulat ab. Auch für uns wäre die Konzentration der Friedensrichterämter ein Abbau des Service public, wenn die Friedensrichterinnen und Friedensrichter zentral organisiert sind und sich nicht mehr direkt im Quartier bei der Bevölkerung befinden. Zweitens bearbeiten die Friedensrichterämter jährlich rund 2500 Fälle, verteilt auf sechs Ämter. Das ist eine recht grosse Anzahl Fälle. Wenn beim Kanzleipersonal gespart wird, wird der Pendenzenberg einfach noch höher. Eine Einsparung sehen wir dann nicht wirklich. Das will niemand, vor allem die Bevölkerung nicht. Wir sind auch überzeugt, dass die Friedensrichterinnen und Friedensrichter einen Weg finden, sich auszutauschen. Dafür müssen sie nicht Tür an Tür arbeiten.*

Dr. Emanuel Tschannen (FDP): *Lieber Moritz Bögli (AL), ich habe deine Vorbehalte wohl entkräftet. Du musst keine Angst haben. Wir verlangen nicht, dass man zwei Standorte hat, einen im Quartier für die Verhandlung und einen für die Administration. Wir wollen den Quartierbezug erhalten. Die Friedensrichter sollen im Quartier gewählt werden, um die Quartieranliegen behandeln zu können. Wo das örtlich stattfindet, ist für uns nicht so wichtig. Wir sind ja nicht in New York oder Tokio, wo man zehn Stunden braucht, um eine Kreisgrenze zu überschreiten. Ich war letzte Woche in einer Schlichtungsverhandlung in einer Gemeinde ausserhalb von Zürich, in der die beiden Parteien kaum einen Bezug zum Ort hatten. Der eine kam aus dem Aargau, der andere aus dem Kanton Zürich. Nicht alle Geschäfte der Friedensrichterämter haben einen starken Quartierbezug. In den Kreisen 1, 2, 7 und 8 gibt es relativ grosse Unternehmen, die auch Streitigkeiten mit bspw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern austragen, die in anderen Zürcher Gemeinden oder ausserkantonal wohnen. In der Realität gibt es deshalb überhaupt kein*

Problem. Der Quartierbezug ist wichtig, darum sollen die Friedensrichterinnen und Friedensrichter in den Quartieren gewählt werden. Wir sollten prüfen, ob es wirklich in allen Wahlkreisen Büros und administratives Personal braucht. Hier liegen Synergien. Die SP wehrt sich ein wenig dagegen. Das ist verständlich, denn sie stellt die meisten Friedensrichterinnen und Friedensrichter und befürchtet wohl, dass etwas wegfallen könnte. Die Stadt könnte es aber trotzdem prüfen. Vielleicht ergibt sich, dass sich nichts optimieren lässt. Optimierungen zu prüfen, halte ich in der heutigen Finanzlage nicht für abwegig.

Karin Weyermann (Die Mitte): *Auch für die Die Mitte ist der Vorstoss sinnvoll, wir unterstützen ihn selbstverständlich. Es lohnt sich auf jeden Fall, die Sache noch einmal anzuschauen und zu klären, ob sich Synergien nutzen und die Ämter allenfalls zentralisieren lassen. Für uns ist aber auch klar, dass der Standort zentral liegen und von allen Seiten gut erreichbar sein muss. Ansonsten sehen wir kein Problem. Beim Ablehnungsantrag habe ich gedacht, dass im Vorteil ist, wer lesen kann. Im Postulat steht nämlich nirgends, dass im Quartier verhandelt werden soll. Dort steht «behandeln»: Wenn Friedensrichter einen Quartierbezug haben, behandeln die im jeweiligen Kreis gewählten Personen die Streitigkeiten. Noch ein Wort zur Aussage, die Ämter müssten sehr einfach und quartierbezogen sein und dort liegen, wo die Menschen sind. Die Friedensrichterämter sind ein Bestandteil der Justiz. Mietschlichtungen finden z. B. nicht in den einzelnen Quartieren statt. Dort geht man an einen zentralen Standort, und zwar je nach Bezirk. In Zürich ist der Bezirk mit der Stadt identisch. In anderen Bezirken ausserhalb der Stadt Zürich ist ein solcher Weg ebenfalls zumutbar, denn die Menschen können ihn mit dem öffentlichen Verkehr ohne Weiteres auf sich nehmen. Eine Einschränkung stellt das nicht dar.*

Das Postulat wird mit 60 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

848. 2026/351
Postulat von Alice Kohli (SP), Yves Henz (Grüne) und Tanja Maag (AL) vom 01.07.2026:
Verbesserung des Zugangs zum Einbürgerungsprozess für in Zürich lebende ausländische Personen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Stadtschreiber namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Alice Kohli (SP) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 357/2026): Wir alle sind Anfang Mai 2026 demokratisch in dieses Gremium gewählt worden. Wir repräsentieren aber weniger als zwei Drittel aller Einwohner*innen dieser Stadt. Im Jahr 2025 betrug der Anteil der Ausländer*innen in der Stadt Zürich 33,9 Prozent. Jede dritte Person, die in dieser Stadt lebt, die Kinder in die Schule schickt, arbeitet und Steuern zahlt, darf nicht mitbestimmen, wer in diesem Gremium sitzt. Sie darf nicht mitbestimmen, in welche Richtung sich unsere Stadt politisch entwickelt – das ist ein riesiges Demokratiedefizit. Im Ständerat hat Lisa Mazzone von den Grünen ein Postulat eingereicht, in dem sie fordert, den tiefen Einbürgerungszahlen auf den Grund zu gehen. Dieses Problem betrifft die ganze Schweiz, deren Ausländeranteil im Jahr 2025 landesweit bei 27,7 Prozent lag. Der Bericht ist letztes Jahr erschienen. Die Studie zeigt, dass mehr als die Hälfte der in der Schweiz lebenden Ausländer*innen sämtliche Einbürgerungskriterien erfüllt. Und das, obwohl die Schweiz zu den Ländern mit den strengsten Einbürgerungskriterien der Welt gehört. Die Wohnsitzfristen sind lang, die Einbürgerung ist für Menschen der zweiten und dritten Generation alles andere als selbstverständlich, und die Kosten sind hoch. Die antragsberechtigten Menschen, die die Studie erfasst hat, wünschen sich mehrheitlich eine*

*Einbürgerung, werden aber von den komplexen Verfahren und hohen Kosten abgeschreckt. Das kann ich aus Erfahrung bestätigen. Wir von der SP haben am zweiten Samstagnachmittag im September 2025 einbürgerungswillige Menschen in den Kreisen 6 und 10 eingeladen, sich von juristischen Expert*innen zur Einbürgerung beraten zu lassen. Wir haben über 100 Menschen beraten und unser Fazit war: Die allermeisten erfüllen sämtliche Kriterien, haben aber verschiedene Probleme. Die einen müssten Dokumente in Ländern beschaffen, in denen sie noch nie waren. Manche sprechen nicht einmal die Sprache, die sie dort bräuchten, weil sie in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind. Andere sind mit den Informationen auf der Webseite der Stadt völlig überfordert. Wieder andere haben bisher nie Zeit gefunden, sich eingehender mit dem Thema zu befassen, weil sie arbeiteten oder Angehörige betreuten. Andere sind über Berichte zu missglückten Einbürgerungen in gewissen Gemeinden irritiert, in denen wegen fehlender Vereinszugehörigkeit oder einer bestimmten Namensendung Einbürgerungen verweigert worden sind. Sie wussten nicht, dass die Stadt Zürich da wenigstens etwas menschlichere Kriterien hat. Zwei ältere Damen sind in die Beratung gekommen, um Informationen nicht für sich selbst zu holen, sondern zur Weitergabe an ihre Spitex-Pflegepersonen. Vor unserem Beratungslokal haben sich zeitweise Schlangen gebildet. Ich habe es als beschämend empfunden, die Menschen an Berater*innen verweisen zu müssen, von denen sie sich lang und breit erklären lassen mussten, wie viele Formulare und Tests sie abgeben und absolvieren müssen. Während ich selbst für meinen Schweizer Pass rein gar nichts getan habe. Unser Land ist eine Willensnation. Wir definieren uns über unsere Vielsprachigkeit und Vielfalt. Menschen, die sich einbürgern lassen wollen und notabene alle strengen Kriterien erfüllen, denen dürfen wir nicht Steine in den Weg legen, sondern müssen ihnen unsere Arme entgegenstrecken. Mit unserem Postulat möchten wir, dass die Stadt aktiv auf Menschen zugeht, von denen sie weiss, dass sie mindestens die Wohnsitzkriterien erfüllen. Mit einem automatisierten Anschreiben kann man sie auf das Beratungsangebot hinweisen und die wichtigsten Eckpunkte einer Einbürgerung erklären. Das Beratungsangebot sollte ausgeweitet und stärker beworben werden. Ich will den Ausländer*innenanteil in der Stadt verringern. Nur eine unnötig komplizierte Formalität verhindert zurzeit, dass viele Menschen, die wir Ausländer*innen nennen, das werden, was sie nicht anders sind als wir: Schweizerinnen und Schweizer.*

***Michele Romagnolo (SVP)** begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. August 2026 gestellten Ablehnungsantrag: Die SVP lehnt das Postulat ab. Es verlangt, den Zugang zum Einbürgerungsverfahren weiter zu erleichtern, bestehende Beratungsangebote besser bekannt zu machen und zu prüfen, ob die Stadt die Menschen künftig automatisch anschreiben soll, um sie auf einen möglichen Einbürgerungsanspruch aufmerksam zu machen. Aus unserer Sicht behandelt der linke Stadtrat den Schweizer Pass wie ein Produkt, das man möglichst breit unter die Leute bringen muss. Die Stadt Zürich bietet schon eine persönliche Einbürgerungsberatung an, das hält auch das Postulat fest. Die Einbürgerung ist heute bereits sehr niederschwellig: Wer die Voraussetzungen erfüllt, kommt praktisch auf dem Silbertablett zum Schweizer Pass. Die Stadt soll daher nicht zusätzlich aktiv auf die Menschen zugehen und sie zur Einbürgerung motivieren. Ist das bestehende Angebot zu wenig bekannt, muss die erste Frage lauten, wie man es besser bekannt machen und nutzen kann, und nicht, ob die Stadt zusätzliche Strukturen, Kampagnen oder automatisierte Anschreiben schaffen soll. Besonders kritisch steht die SVP dem Vorschlag automatisch verschickter Briefe gegenüber. Die Einbürgerung ist ein wichtiger persönlicher Schritt. Wer Schweizerin oder Schweizer werden will, soll das aus eigener Überzeugung und eigenem Willen tun. Die geltenden Voraussetzungen sind kein lästiges Hindernis, das man möglichst schnell aus dem Weg räumt, sondern bewusst Teil unseres Einbürgerungsverfahrens und müssen für alle gleichermassen gelten. Wer die Landessprache nicht ausreichend beherrscht, erfüllt unter Umständen wichtige Voraussetzungen nicht. Es kann nicht darum gehen, die Anforderungen immer weiter zu senken, nur damit möglichst viele Menschen den Schweizer*

Pass erhalten. Der Schweizer Pass ist weltweit begehrt und ein sehr wertvolles Gut. Wo kommen wir hin, wenn wir ihn wie frische Weggli verschenken? Er ist kein Werbeartikel, die Einbürgerung ist keine Marketingkampagne. Das im Postulat erwähnte Beratungsangebot der SP der Kreise 6 und 10 mit rund 100 Personen rechtfertigt aus unserer Sicht keinen weiteren Ausbau staatlicher Leistungen. Dass die Menschen Fragen zur Einbürgerung haben, ist verständlich. Daraus folgt aber nicht, dass die Stadt alle potenziell Berechtigten aktiv kontaktieren muss. Die Eigenverantwortung spielt beim Einbürgerungsverfahren eine wichtige Rolle. Wer sich für die Einbürgerung interessiert, kann und soll sich bei der Stadtverwaltung informieren und bei Bedarf für eine Beratung anmelden. Die Stadt stellt Informationen und Beratungen zur Verfügung. Es ist an den Interessierten, das Angebot zu nutzen. Wir brauchen keine staatliche Rundumbetreuung. Das Postulat verlangt einen weiteren Ausbau staatlicher Aktivitäten, obwohl es bereits ein Beratungsangebot gibt. Das ist für die SVP nicht nötig, sondern ein weiterer Schritt zum Abgrund. Wenn wir in diesem Stil weitermachen, müssen wir uns ernsthaft fragen, ob wir in zehn Jahren unsere schöne, unabhängige und neutrale Schweiz nur noch aus der Erinnerung kennen. Wer Schweizerin oder Schweizer werden will, soll selbst aktiv werden, sich informieren und den Schritt bewusst tun – und nicht darauf warten, dass die Stadtverwaltung an die Tür klopft. Ich appelliere an Ihre Vernunft und Treue zu unserem Land und den Schweizer Werten. Denken wir an Wilhelm Tell, der für die Freiheit eingestanden ist.

Weitere Wortmeldungen:

Martina Zürcher (FDP): *Zum Votum meines Vorredners möchte ich bemerken: Die Kriterien für die Einbürgerung legen nicht wir in der Stadt Zürich fest, sie gelten überall gleich. Darum geht es nicht im Vorstoss. Die Postulantinnen und Postulanten fordern vielmehr einen niederschwelligen Zugang zu den Informationen über die Einbürgerung. Ich habe «Einbürgerung Stadt Zürich» bei Google eingegeben und im Nu war eine wunderschön strukturierte Webseite der Stadt Zürich da, auf der alles steht. Wir haben einen Link «Online einreichen» gefunden, Telefonnummern für die Beratung und übersichtliche Informationen zu den Kriterien und was es alles braucht. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass zwei Sekunden Suchaufwand bei Google durchaus ein niederschwelliger Zugang zu den Informationen sind. Wir haben in der Vergangenheit auch schon über Einbürgerungen diskutiert und damals den Vorstoss mitunterstützt, bei jungen Leuten die städtische Gebühr zu erlassen. Für solche Dinge sind wir durchaus zu haben. Wenn man aber alle anschreibt, stiftet das mehr Verwirrung: Wenn man sehr vielen Menschen schreibt, sie erfüllten vielleicht die Kriterien für die Einbürgerung und sie erfüllen sie dann gar nicht. Wer sich einbürgern lassen möchte, findet die Informationen schnell und einfach und kann sich telefonisch informieren. Das genügt unseres Erachtens, wir lehnen das Postulat ab.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Der Vorstoss gab bei uns einiges zu reden, denn selbstverständlich unterstützen wir es, dass die Einbürgerungsquote erhöht wird. Auch wir würden es begrüssen, wenn mehr Menschen in unserer Stadt politisch teilhaben könnten. Nicht umsonst hat die Die Mitte auch das Ausländerstimmrecht für die Stadt Zürich unterstützt. Jetzt geht es aber darum, wie wir Menschen, die sich einbürgern lassen wollen oder könnten, motivieren, den Schritt tatsächlich zu tun. Es gibt durchaus einige, die bewusst darauf verzichten. Wie viele aber würden eigentlich gerne, haben aber irgendein Hindernis, obwohl sie die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen? Sie könnten eigentlich, aber etwas in ihrem persönlichen Umfeld hindert sie daran. Die Erfahrung der SP ist offensichtlich, dass es viele sind. Wir teilen diese Auffassung nicht unbedingt. Auch den Nutzen des Schreibens sehen wir nur sehr bedingt. Damit hätten wir jedoch leben können. Insgesamt geht der Vorstoss für uns aber in die Richtung, jeder Person in der Stadt Zürich einen Verwaltungsbeamten zur Seite zu stellen, der sie an der Hand nimmt und zu allen Besorgungen begleitet. Das widerspricht unserem Konzept mündiger Bürger, und*

das sind durchaus auch diejenigen, die sich einbürgern lassen wollen. Wir sind wie Martina Zürcher (FDP) auch überzeugt, dass man die Informationen sehr einfach findet. Die Stadt Zürich bietet bereits viel, man kann sich ohne grossen Aufwand beraten lassen. Wir sehen die Niederschwelligkeit daher als erfüllt an und lehnen das Postulat ab.

Attila Kipfer (SVP): *Zuerst zu Martina Zürcher (FDP), die gesagt hat, die Einbürgerung sei bundesrechtlich geregelt. Das stimmt. Jede Gemeinde kann aber zusätzliche Bestimmungen festlegen, wie sie die Einbürgerung gestaltet. Viele tun das. In kleineren Gemeinden, auch im Kanton Zürich, muss man sich noch an einer Gemeindeversammlung vorstellen. Es gibt Gemeinden, die eine Mindestwohnzeit oder ein bestimmtes Sprachniveau verlangen. Es ist also auch ein kommunales Thema. Im Postulat geht es darum, dass die SP, die AL und die Grünen den Zugang zum Einbürgerungsprozess in der Stadt Zürich ausbauen und vereinfachen wollen. Was auf den ersten Blick nach einer guten Unterstützung aussieht, ist bei genauem Hinsehen ein weiterer Versuch, die Einbürgerung politisch zu fördern und die Stadt Zürich zum aktiven Werber für den Schweizer Pass zu machen. Für die SVP ist klar: Die Einbürgerung ist kein staatliches Förderprogramm, sondern der Abschluss eines erfolgreichen Integrationsprozesses. Der Schweizer Pass ist keine SIM-Karte, die man jedem hinterherwerfen soll. Die Einbürgerung ist grundsätzlich eine Hol- und keine Bringschuld. Wer Schweizer werden möchte, soll das aus eigenem Antrieb tun und sich mit unserem Land, unserer Gesellschaft, den politischen Institutionen und den nötigen Voraussetzungen auseinandersetzen. Es ist zu 100 Prozent zumutbar, dass eine Person sich eigenständig über die nötigen Schritte informiert. Denn sie will etwas von uns und nicht umgekehrt. Eigeninitiative, Selbstverantwortung und die Bereitschaft, sich mit dem Verfahren der Schweizer Behörden auseinanderzusetzen, sind ein wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen Integration. Wer nicht bereit ist, sich über die Einbürgerung zu informieren oder einen Beratungstermin zu vereinbaren, muss sich zumindest die Gegenfrage gefallen lassen, wie gross das Interesse an einer Staatsbürgerschaft wirklich ist. Die Stadt Zürich hat bereits ein Beratungsangebot und damit eine Anlaufstelle. Warum sollen die Verwaltungsleistungen weiter ausgebaut werden, wenn wir diese Struktur schon haben? Wir lehnen die automatisierte Einbürgerungswerbung durch die Stadt Zürich entschieden ab. Die Stadt Zürich soll ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen und die Bevölkerung sachlich informieren. Sie soll nicht aktiv dafür werben, dass möglichst viele Personen den Schweizer Pass beantragen. Der Schweizer Pass gibt seinen Bürgerinnen und Bürgern ein besonderes Privileg, nämlich die politische Teilhabe. Wir haben ein ziemlich einzigartiges System und ein besonderes Verständnis der Demokratie in der Schweiz und davon, wie wir Freiheit leben. Unser demokratisches System gibt es sonst nirgends. Wir müssen ihm Sorge tragen. Darum müssen wir auch darauf achten, dass die richtigen Leute eingebürgert werden – nämlich nur, wer sich von sich aus gut in unser System integriert hat. Wir lehnen den Vorstoss ab.*

Christine Huber (GLP): *Einbürgerung bedeutet Zugehörigkeit und politische Teilhabe. Wer in Zürich lebt, soll Verantwortung übernehmen. Wer sich langfristig zu unserer Stadt bekennt, soll die Möglichkeit haben, den Weg zum Schweizer Bürgerrecht nachvollziehbar und niederschwellig einzuschlagen. Die Einbürgerung ist an gesetzliche Voraussetzungen wie die Aufenthaltsdauer, Sprachkenntnisse und Integration gebunden. Diese Anforderungen werden durch das Postulat nicht infrage gestellt. Es geht darum, Hindernisse beim Zugang zu Informationen und zum Verfahren abzubauen. Gerade für Personen mit geringen administrativen Kenntnissen oder ohne breites soziales Netzwerk kann der Ablauf komplex und schwer verständlich sein. Wer die Voraussetzungen erfüllt, soll nicht an mangelnden Informationen oder unübersichtlichen Prozessen scheitern. Die Stadt Zürich hat ein Interesse daran, Interessierte auf dem Weg zu unterstützen. Das Postulat verlangt weder eine automatische Einbürgerung noch eine Senkung der Anforderungen. Es fordert die Prüfung, wie der Zugang zum Verfahren verbessert werden kann. Der Prüfauftrag ist verhältnismässig, darum stimmt die GLP der Vorlage zu.*

Tanja Maag (AL): *Die Haltung der AL ist klar: Wo nötig, sollen Massnahmen für einen besseren Einbürgerungsprozess ergriffen werden. Der Schweizer Pass muss unter die Leute gebracht werden. Warum? Weil die Menschen ein Recht auf den Pass haben. Sie haben dieses Recht, weil sie hier leben und arbeiten. Es bedeutet, zu unseren demokratischen Strukturen Sorge zu tragen, wenn wir den Pass verteilen. Alles andere ist das Gegenteil. Die Schweiz hat eines der restriktivsten Einbürgerungsrechte in Europa. Das führt zur fragwürdigen Situation, dass im Verhältnis immer mehr Menschen hier wohnen, aber weniger politisch mitbestimmen können. Das ist ein Demokratiedefizit. Das betrifft nicht ein paar Hunderttausend Menschen, sondern rund 2,5 Millionen, die bei uns leben, arbeiten und nicht politisch mitentscheiden können. Das entspricht der Bevölkerung mehrerer Kantone. Das muss man sich vor Augen führen. Deshalb hat die Aktion Viertel die Volksinitiative «Für ein modernes Bürgerrecht (Demokratie-Initiative)» lanciert. Sie verlangt, dass, wer hier lebt, ein Grundrecht auf Einbürgerung hat. Das Verfahren soll so ausgestaltet sein, dass für Willkür kein Platz bleibt. Attila Kipfer (SVP) hat meiner Meinung nach nur in einem Punkt recht: Die Einbürgerungsverfahren sind je nach Gemeinde unterschiedlich. Wen es ganz schlimm erwischt, der muss sich vor der Gemeindeversammlung vorstellen und Fragen beantworten. Das heutige Verfahren zielt auf Selektion und beruht auf dem Verdacht, dass jemand etwas verlangen könnte, was ihm oder ihr nicht zusteht. In der Stadt Zürich sind wir zum Glück an einem anderen Punkt. Das Verfahren ist vom Gemeinderat standardisiert, vereinfacht und preislich angepasst worden. Dennoch gibt es Lücken. Wenn wir feststellen, dass die Grundlagen den Bedarf noch nicht abdecken, zögern wir nicht, sie zu verbessern. Es ist herablassend zu sagen: «Das genügt. Ich sehe ja alles, es ist super präsentiert.» Wer so spricht, geht von sich als weisse Frau oder weisser Mann aus, die oder der die Sprache beherrscht. Es geht in erster Linie darum, das Angebot bekannter zu machen. Wir müssen auch noch einmal überprüfen, wo sich Prozessschritte vereinfachen lassen. Wo nötig, sollen Personen zur Verfügung stehen, an die sich die Menschen wenden können. Für die Stärkung der Demokratie sollte uns jede Bemühung zur Verringerung des Demokratiedefizits wert sein.*

Yves Henz (Grüne): *Für uns Grüne ist klar: Wer hier lebt, wer Zürcherin oder Zürcher ist, soll auch mitbestimmen können. Max Frisch sagte: «Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.» Ich möchte diesen Satz weiterschreiben: Es sind Menschen gekommen, sie sind Zürcher*innen geworden, haben Kinder bekommen, Geschäfte eröffnet, Trams gefahren und Spitalbetten gemacht. Ganz viele von ihnen könnten heute Bürgerinnen und Bürger sein, doch es wird ihnen schwer gemacht. Viele leben schon länger in dieser Stadt als manche Mitglieder des Rats. Jede dritte Person, die in dieser Stadt wohnt, hat keinen Schweizer Pass. Gesamtschweizerisch betrachtet, würde die Hälfte von ihnen die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen. Warum stellen sie kein Gesuch? Nicht, weil sie nicht wollen, sondern weil sie nicht wissen, wie oder weil sie der Druck des Lebens im Kapitalismus zu sehr belastet, um sich auch noch darum zu kümmern. Das ist nicht ihr Versäumnis, sondern unseres. Jetzt kommt aber das Schöne: Die Stadt weiss bereits, wie man anfangen kann, das zu ändern. Sie hat es selbst bewiesen. Im Jahr 2017 hat das Stadtpräsidium ungefähr 40 000 Personen einen Brief geschrieben. Die ETH hat diese Massnahme wissenschaftlich ausgewertet: Mit dem Brief sind die Gesuche um über 70 Prozent gestiegen. Wenige Massnahmen der Stadt haben so kosteneffizient so viel gebracht. Die ETH hat aber auch etwas Unangenehmes festgestellt: Der Brief hat vor allem denen geholfen, die ohnehin die kleinsten Hürden zu überwinden hatten. Darum geht das Postulat einen Schritt weiter. Zusätzlich zum Hinweis per Brief fordert es, die Beratung zu verbessern. Auch Menschen in Schichtarbeit, mit zwei Jobs oder ohne die Zeit, am Mittwoch um 10 Uhr anzurufen, sollen eine Stelle haben, wo sie sich beraten lassen können. Die Forschung ist klar: Am meisten profitieren die Menschen und die Gesellschaft davon, wenn genau diejenigen eingebürgert werden, denen traditionell am meisten Hürden in den Weg gestellt werden. Ich bin auch über die Arroganz von*

*rechts bis zur Mitte gestolpert. Sie lässt sich am ehesten mit der Arroganz des Adels vergleichen, der ein Geburtsrecht hat und über jene ohne Geburtsrecht redet. Das können wir nicht tolerieren, und es zeigt umso mehr, dass es diese Massnahmen und eine verstärkte Einbürgerung braucht. Ich möchte den Satz von Frisch zum Schluss anders formulieren: «Es sind Zürcher*innen gewesen, und sie sind Bürger*innen geworden.»*

Das Postulat wird mit 76 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

849. 2026/352
Postulat von Tanja Maag (AL), Alice Kohli (SP) und Yves Henz (Grüne) vom 01.07.2026:
Ausländerinnen- und Ausländerbeirat, Umbenennung und wirksamere Einbindung in politische Prozesse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Stadtpräsident namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Tanja Maag (AL) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 358/2026): Ich stelle das Postulat zum Ausländer*innenbeirat vor. Zuerst möchte ich das Engagement der Beiratsmitglieder würdigen. Der Beirat hat letzten Herbst sein 25-jähriges Jubiläum gefeiert. Mein Dank gilt den 25 Mitgliedern der letzten Legislatur ebenso wie dem neu zusammengesetzten Gremium. Sie investieren ihre Freizeit in den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Verständigung. Dabei trauen sie sich, sich zu exponieren, und nehmen eine Aufgabe wahr, die sie eigentlich wieder loswerden wollen, nämlich durch ihre Einbürgerung. Der Vorstoss soll das Gremium keineswegs infrage stellen. Im Gegenteil, er soll dem Beirat mehr Sichtbarkeit und Gewicht verleihen. Heute ist der Beirat eine beratende Kommission des Stadtrats und organisiert sich selbst in thematischen Arbeitsgruppen. Er vermittelt dem Stadtrat die Anliegen und Bedürfnisse der ausländischen Wohnbevölkerung Zürichs, unterstützt ihn in integrationspolitischen Fragen und trifft sich einmal pro Jahr mit ihm. Für diese gesellschaftlich so wichtige Brückenfunktion wünsche ich mir mehr Gewicht und ein Austauschgefäss mit dem Gemeinderat. Mit einer stärkeren Einbindung und besseren Sichtbarkeit zeigen wir indirekt auch den Menschen ohne Stimm- und Wahlrecht, dass sie wichtig sind und dazugehören. Uns ist wichtig, dass der Beirat in einen solchen Prozess einbezogen wird. Bei dieser Gelegenheit soll, wie es das Postulat anregt, auch der Name des Rats kritisch geprüft werden. Der aktuelle Name schafft eine sprachliche Trennung zwischen innen und aussen, zwischen Inländer*innen und Ausländer*innen. Gerade diesen Graben wollen wir überwinden und auf eine inklusive Willkommenskultur hinarbeiten. Dafür gibt es sicher geeignetere Namen.*

Stefan Urech (SVP) *begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. August 2026 gestellten Ablehnungsantrag: Das Postulat ist ein Mischmasch aus vagen Aussagen und «Woke- und Social-Justice-Slogans», die auch in der mündlichen Begründung nicht konkret werden. Der Beirat soll etwas mehr in politische Prozesse einbezogen werden. Was heisst das? Einen konkreten Vorschlag habe ich nicht gehört. Vielleicht wissen Sie eben, dass es heikel ist, wenn der Stadtrat irgendwelche Leute für ein Gremium auswählt, das dann in den politischen Prozess einbezogen wird. Das klingt nicht sehr demokratisch. Ich bin gespannt, ob die nachfolgenden Redner*innen konkreter sagen können, wie sie sich das vorstellen. Die Umbenennung des Beirats ist sehr herzig. Auch dafür haben Sie einen oder zwei Vorschläge, etwa «Beirat für Menschen mit internationalem Wohnhintergrund». Es ist typisch für linkes Gedankengut, zu*

meinen, dass man die Realität mit Sprache verändern könne. Vielleicht versucht ihr einmal, nicht mehr von der SVP zu sprechen, sondern von den «Sünnelis». Vielleicht mögt ihr uns dann eher. Macht doch nachher noch ein, zwei Vorschläge. Ich bin gespannt.

Weitere Wortmeldungen:

Alice Kohli (SP): *Wie ich vorhin schon gesagt habe, ist der Ausländerinnen- und Ausländerbeirat ein Beirat von Menschen, denen es unheimlich schwer gemacht wird, die gleichen Rechte wie wir im Gemeinderat auszuüben. Als beratendes Gremium des Stadtrats hat er eigentlich nur dann etwas zu sagen, wenn der Stadtrat Lust hat, ihm zuzuhören. Jugendliche hingegen können bspw. im Rahmen des Jugendparlaments Postulate einreichen. Es wäre begrüssenswert, wenn der Ausländerinnen- und Ausländerbeirat dieses Recht ebenfalls erhielte – samt dem Recht, seine Postulate im Gemeinderat vorzustellen. Das wäre ein konkreter Vorschlag. Ausserdem sollte der Beirat bei Geschäften, die Migrantinnen und Migranten direkt betreffen, ein Anhörungsrecht erhalten. Seine Legitimation würde zusätzlich gestärkt, wenn ihn die ausländische Wohnbevölkerung direkt wählen könnte. All diese Vorschläge liessen sich einfach umsetzen und würden das Zürcher Demokratiedefizit zumindest ein bisschen verringern. Sprache bewirkt sehr viel. Ein Name, der die Mitglieder des Beirats über das definiert, was sie oft unfreiwillig nicht sind, nämlich Schweizer Bürgerinnen und Bürger, ist ausgrenzend. Wie wäre es zum Beispiel mit einem Mitwirkungsrat oder einfach mit einem Einwohner*innenbeirat? Oder wir fragen die Mitglieder des Beirats selbst, wie sie heissen und sich einbringen wollen. Wir freuen uns auf jeden Fall auf die Vorschläge des Stadtrats, wenn das Postulat überwiesen ist.*

Përparim Avdili (FDP): *Mir geht es ehrlich gesagt ähnlich wie Stefan Urech (SVP): Ich verstehe beim besten Willen nicht, was ihr mit diesem Vorstoss genau wollt. Wie ihr wisst, bin ich da persönlich sehr offen. Das gilt auch für meine Fraktion. Ich habe selbst mehrfach Vorstösse eingereicht, um besser zu verstehen, wie man die ausländische Wohnbevölkerung integrieren kann oder wie wir den Einbürgerungsprozess vereinfachen könnten, sofern das wirksam ist. Martina Zürcher (FDP) hat es beim vorherigen Vorstoss gesagt: Wir müssen aufpassen, dass wir keine Alibiübung veranstalten und keine falschen Hoffnungen wecken. Genau danach sieht dieser Vorstoss für mich aus. In zwei Voten haben wir einen einzigen konkreten Vorschlag gehört, nämlich ein Antragsrecht für Ausländerinnen und Ausländer. Das hat der Gemeinderat im Rahmen einer Idee, an der ich auch beteiligt war, schon einmal prüfen lassen. Damals wollte man eine Art Bevölkerungsantrag einführen, mit dem sich ähnlich wie beim Jugendvorstoss ein Antrag zuhanden der Geschäftsleitung formulieren liesse. Natürlich nicht gleichgestellt mit dem Gemeinderat, sonst würden wir diese Rolle ja missbrauchen. Es wurde rechtlich abgeklärt und wir haben festgestellt, dass das kantonale Gesetz es verunmöglicht. Ich hinterfrage zwar immer wieder, wie viel Wirkung der Ausländerbeirat erzielt, aber er macht meiner Meinung nach keinen schlechten Job. Ich habe auch schon an seinen Veranstaltungen teilgenommen. Er kann sich bereits heute konkret einbringen, nämlich als beratendes Gremium, das vom Stadtrat angehört wird. Einen anderen politischen Prozess, in den er sich einbringen könnte, gibt es rechtlich nicht. Will man sich anders einbringen können, müssten wir das Stimm- und Wahlrecht ändern. Das wäre keine Alibiübung mehr, sondern eine ganz andere Übung. Dazu gibt es auch in meiner Partei unterschiedliche Positionen. Diese Diskussion muss man aber ehrlich und direkt führen – nicht mit einem Vorstoss, der dann auch noch eine neue Bezeichnung fordert, weil der heutige Name die Menschen ausgrenze. Wenn, dann grenzt der Name Schweizer aus. Und natürlich grenzt er diese aus, denn sie haben ja bereits eine Vertretung im Gemeinderat, weil sie wählen können. Darum ist es eben wichtig, dass der Ausländerbeirat für Ausländerinnen und Ausländer da ist. Etwas dazwischen gibt es rechtlich nicht. Ich will keine Trennung zwischen den einen und den anderen Ausländern machen, genauso wenig wie zwischen Schweizern mit und ohne Migrationshintergrund oder zwischen Schweizern, die Fussball*

mögen, und solchen, die ihn nicht mögen. Es gibt Ausländer, und es gibt Schweizer. Das ist der rechtliche Status und damit wollen wir arbeiten. Wie wir die ausländische Wohnbevölkerung besser einbinden können, kann man in den Gremien diskutieren, aber nicht im Gemeinderat. Möglichkeiten gibt es heute schon, und sie stehen allen offen. In der FDP zum Beispiel kann man als Ausländer oder Ausländerin Mitglied werden und sich als Mitglied oder Delegierte in den politischen Prozess der Partei einbringen. Zur Wahl stellen kann man sich nicht, dieser Schritt bleibt Schweizerinnen und Schweizern vorbehalten. Man integriert sich über das gesellschaftliche Leben, über die Arbeit oder indem man ein Unternehmen gründet, und nimmt so aktiv am politischen und gesellschaftlichen Leben teil. Was wir heute gehört haben, ist nicht konkret. Es klingt für mich nach einem sehr seltsamen Menschenbild der anderen Ratsseite. Man hat ständig das Gefühl, die ausländische Wohnbevölkerung sei nicht schlau genug, um sich ebenbürtig einzubringen. Vorhin hiess es sogar, weisse Menschen seien privilegiert. Was ist das für ein Menschenbild, wenn man meint, nicht weisse Menschen könnten sich nicht genauso gut informieren? Davon müssen wir wegkommen. Man kann den Prozess vielleicht vereinfachen, aber man muss die Leute nicht an die Hand nehmen und bemuttern.

Attila Kipfer (SVP): *Mit dem vorliegenden Postulat verlangen SP, AL und Grüne, dass der Ausländerbeirat der Stadt Zürich umbenannt und stärker in politische Entscheidungsprozesse eingebunden wird. Für uns ist das Postulat völlig unnötig, schafft falsche Erwartungen und wirft grundlegende demokratiepolitische Fragen auf. Wir lehnen es aus mehreren Gründen ab. Erstens sind unsere demokratischen Institutionen klar definiert. In der Schweiz beruhen politische Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte auf demokratisch legitimierten Strukturen. Der Gemeinderat wird von den Stimmberechtigten im jeweiligen Stadtkreis gewählt. Wir Ratsmitglieder tragen entsprechend Verantwortung für unsere Wähler und die Bevölkerung dieser Stadt. Der Ausländerbeirat hingegen ist eine beratende Kommission des Stadtrats. Er verfügt weder über ein demokratisches Mandat der gesamten ausländischen Wohnbevölkerung noch über eine Legitimation wie ein gewähltes Parlament. Wenn er nun stärker in politische Prozesse eingebunden werden soll, stellt sich zwangsläufig die Frage, welche Einflussmöglichkeiten konkret geschaffen werden sollen. Politische Entscheidungsprozesse müssen transparent bleiben und die demokratische Legitimation respektieren. Eine institutionelle Sonderstellung für eine einzelne Interessengruppe lehnen wir ab. Zweitens ist politische Mitwirkung schon heute möglich. Wie Përparim Avdili (FDP) gesagt hat, können Menschen ohne Schweizer Bürgerrecht ihre Anliegen auf vielfältige Weise einbringen. Sie können sich in einem Quartierverein, einem politischen Verein, in Verbänden, Interessengruppen und vielem mehr engagieren. Sie können sich für eine Initiative einsetzen und beim Unterschriftensammeln helfen, auch wenn sie selbst nicht unterschreiben dürfen. Dafür braucht es keine institutionelle Aufwertung des Beirats. Wer die vollen politischen Rechte in Zürich ausüben möchte, muss das Bürgerrecht erwerben. Das ist richtig und sinnvoll, denn so ist sichergestellt, dass die richtigen Leute über die Zukunft unseres Landes und unserer Stadt entscheiden. Drittens brauchen wir keine Parallelstrukturen. Die Stadt hat bereits unzählige Fachstellen, Kommissionen, Mitwirkungsgruppen und andere Möglichkeiten, bestimmte Interessen gezielt zu vertreten. Statt immer neue Gefässe zu schaffen, sollte sie sich lieber um ihre Kernaufgaben kümmern. Das sagen wir immer wieder. Wir brauchen keine zusätzlichen Parallelstrukturen. Erst recht nicht, wenn deren demokratische Legitimation fragwürdig ist und kein echter Mehrwert entsteht. Viertens gilt für uns Gleichbehandlung statt Sonderbehandlung. Die Stadt soll die Anliegen der ganzen Bevölkerung wahrnehmen und nicht nur jene einer einzelnen Gruppe. Viele Bevölkerungsgruppen haben besondere Interessen und Bedürfnisse, aber daraus lässt sich nicht ableiten, dass jede ein eigenes Gefäss erhält. So müsste es aber sein, denn sonst wäre eine Gruppe bevorteilt, und das wäre allen anderen gegenüber ungerecht. Die Stadt sollte sich wieder am Gemeinwohl orientieren, statt immer mehr Sonderrechte zu schaffen. Das Postulat bringt der Bevölkerung der Stadt Zürich keinen Mehrwert. Wir von der SVP lehnen es ab.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Ich habe es heute schon einmal gesagt: Die Die Mitte unterstützt das Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer in der Stadt Zürich. Dennoch lehnen wir den Vorstoss ab, weil er sehr unklar ist. Der Vorschlag, der vorhin doch noch gekommen ist, funktioniert vielfach nicht. Es wäre schön, wenn es eine Art Jugendparlament für Ausländerinnen und Ausländer gäbe, aber wir sehen dafür die rechtlichen Möglichkeiten nicht. Wie man den Beirat weiter in den politischen Prozess einbinden soll, sehen wir leider auch nicht. Es wurde jedoch schon verschiedentlich erwähnt, wie man sich heute auch ohne Schweizer Pass politisch engagieren kann. Der Umbenennung stehen wir noch skeptischer gegenüber. Nehmen wir zum Beispiel den Vorschlag mit dem Einwohnerbeirat: Ich fühle mich auch als Einwohnerin der Stadt Zürich. Ich weiss nicht, ob man dann wirklich mich fragen will, wenn es um migrantische Themen geht. Insgesamt erachten wir den Vorstoss als zu wenig konkret und rechtlich nicht ganz umsetzbar.*

Yves Henz (Grüne): *Ich fange mit einer Zahl an. Ein Drittel der Zürcherinnen und Zürcher hat keinen Schweizer Pass und ist damit formell und rechtlich davon ausgeschlossen, zu wählen und gewählt zu werden. Das hat nichts mit dem zu tun, was vorhin bezüglich Menschenbilds behauptet wurde. Es ist eine Tatsache, dass eine Zürcherin ohne Schweizer Pass nicht gewählt werden kann. Sie wollen offenbar zwischen Zürcher*innen mit weniger und solchen mit mehr Rechten unterscheiden. Wir unterstützen das nicht. Wir stehen für die Gleichstellung aller Zürcherinnen und Zürcher und damit auch dafür, dass Menschen ohne Schweizer Pass am politischen Prozess teilhaben und mitbestimmen können. So soll das Postulat gelesen werden. Seltsam ist auch die Behauptung, das sei eine neue Entwicklung. Zürich war schon immer multikulturell und wurde schon immer von allen möglichen Menschen geprägt und stark gemacht. Nutzen wir diese Stärke unserer Stadt auch auf politischer Ebene. Es ist absurd, dass jede dritte Person in diesem Saal nicht repräsentiert ist. Stellen Sie sich einmal vor, wie viele Menschen das sind. Es sind Geschwister, Verwandte, Menschen, die arbeiten und Steuern zahlen, aber politisch nichts zu sagen haben. Zum KI-Votum der SVP möchte ich noch anfügen: Überprüft eure Begriffe. Man kann doch nicht mit Gemeinwohl, Gleichbehandlung und Demokratie begründen, warum man ein Drittel der Bevölkerung von der Teilnahme ausschliessen will. Absurder geht es kaum. So etwas kommt eben heraus, wenn man seine KI-Texte nicht richtig reflektiert. Es spricht alles für die Annahme dieses Postulats.*

Christine Huber (GLP): *Das Postulat bringt einen wichtigen Punkt auf den Tisch: Wie können wir die Mitwirkung von Personen ohne Schweizer Pass in unserer Stadt stärken und ihre Anliegen besser in politische Entscheidungsprozesse einbringen? Es ist sinnvoll, bestehende Mitwirkungsgefässe wie den Ausländer*innenbeirat regelmässig darauf zu überprüfen, ob sie ihren Zweck erfüllen und ob sie der heutigen gesellschaftlichen Realität noch entsprechen. Das Postulat verlangt weder die Schaffung neuer politischer Rechte noch eine grundlegende Umgestaltung unserer demokratischen Institutionen. Es fordert eine Prüfung, wie der Beirat wirksamer eingebunden werden kann und ob seine Bezeichnung noch zeitgemäss ist. Ein zeitgemässer Name kann dazu beitragen, die Rolle des Gremiums klarer zu definieren und seine Funktion als Vertretung und Ansprechpartner für Menschen mit internationaler Biografie besser sichtbar zu machen. Noch wichtiger ist die Frage, wie die Erfahrungen und Perspektiven des Beirats frühzeitig in politische Diskussionen einfliessen können. Daher stimmt die GLP dem Postulat zu.*

Tanja Maag (AL): *Abgesehen vom sehr klaren Votum der GLP und den Voten der Befürworter*innen ist das eine seltsame Debatte. Es heisst, der Vorstoss sei vage, man wisse nicht, was er wolle, man verstehe ihn nicht. Sobald ein konkretes Beispiel genannt wird, passt das aber auch nicht. Es sei rechtlich nicht machbar, oder man fühle sich selbst ja auch als Einwohnerin. Offenbar können Sie es nicht aushalten, dass man etwas offenlässt. Die Frage nach dem Namen des Beirats habe ich bewusst offengelassen. Es gibt*

Beispiele wie etwa einen Beirat für Migrationsfragen oder einen Beirat für Partizipationsfragen. Aber der Punkt ist, dass nicht wir das entscheiden oder Vorschläge machen sollen. Es ist ein Prüfauftrag, wo zusammen mit den Leuten vom Beirat angeschaut werden soll, welche Möglichkeiten es gibt. Das habe ich explizit gesagt. Vielleicht ist der Name schon gut so. Dann haben wir es immerhin geprüft. Dasselbe gilt für die Frage, wie sich der Beirat noch stärker einbringen könnte. Selbstverständlich ist gemeint, dass dies im Rahmen der demokratischen Legitimation stattfinden soll. Wir wollen sicher kein Gremium schaffen, das demokratisch nicht legitimiert ist. Zu dem Beispiel der FDP mit dem Antragsrecht haben wir recherchiert und gesehen, was in der Vergangenheit schon geprüft wurde und was rechtlich nicht geht. Darum haben wir auch dort bewusst auf etwas Konkretes verzichtet. Es freut mich, dass es Einzelne verstanden haben.

Martina Zürcher (FDP): *Ich habe dieser Debatte gut zugehört und vor allem Voten zum Ausländerstimmrecht gehört. Man kann dafür oder dagegen sein, und wir können gerne im Rat darüber sprechen. Es liegt aber nicht in unseren Händen und darum geht es in diesem Vorstoss auch nicht. Es geht um den Ausländer*innenbeirat und um den politischen Prozess. Ich fange mit dem Wort «Mitwirkung» an. Bei partizipativen Veranstaltungen, zu denen etwa das Tiefbauamt hin und wieder einlädt, spielt die Staatsbürgerschaft gar keine Rolle. Jede und jeder kann sich einbringen. Im Vorstoss steht: «Der Stadtrat ist darum gefragt, auch einen Austausch zwischen Ausländer*innenbeirat und dem Gemeinderat zu ermöglichen.» Da muss ich sagen: Sie haben nicht ganz verstanden, wer der Gemeinderat ist. Wir vertreten die Stimmbevölkerung, die uns gewählt hat. Austauschen können wir uns gerne mit allen möglichen Gruppen. Aber der Beirat ist als beratende Kommission des Stadtrats richtig angesiedelt und gehört nicht an den Gemeinderat angebunden. Wie Përparim Avdili (FDP) gesagt hat, kann man sich auch anderweitig in den politischen Prozess einbringen. Als konkretes Beispiel ist der Wahlkampfleiter der FDP in meinem Kreis nicht Schweizer. Man kann sich also auch ohne Schweizer Pass vielfältig engagieren. Wir sind der Meinung, dass die bestehenden Strukturen gut sind.*

Das Postulat wird mit 77 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

850. 2026/374
Postulat von Christoph Riedweg (GLP), Serap Kahriman (GLP) und Rahel Hofstetter (GLP) vom 08.07.2026:
Erhöhung der Stimmbeteiligung bei Abstimmungen durch gezielte Massnahmen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Stadtpräsident namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Christoph Riedweg (GLP) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 406/2026): In dieser wunderschönen Halle haben wir heute schon oft das Loblied auf die Demokratie gesungen. Die schweizerische Spielart der Demokratie ist weltweit hoch angesehen, und wir können stolz darauf sein, wie sie funktioniert. Gerade mit unseren vielen Abstimmungen gelten wir als vorbildlich. Ein Problem haben wir allerdings: die Stimmbeteiligung. Im Vergleich zu anderen Ländern ist sie bei uns oft ziemlich tief, meistens etwas unter der Hälfte. Nur bei stark umstrittenen oder emotionalisierenden Vorlagen, wie kürzlich bei der 10-Millionen-Schweiz-Initiative oder der Individualbesteuerung, schaffen wir es auf 58 Prozent. Meistens dümpelt die Beteiligung zwischen 42 und 47 Prozent herum, mit einzelnen Ausschlägen nach unten bis auf 30 Prozent. Das kratzt an der Repräsentativität demokratischer Entscheide. Deshalb ist uns jede Massnahme willkommen, die die*

Stimmbeteiligung stärkt. Da setzt das Postulat an. Der Stadtrat soll prüfen, wie man insbesondere Kurzentschlossene in den letzten Tagen vor einer Abstimmung im öffentlichen Raum besser erreichen und für sie niederschwellige, rechtssichere Abgabemöglichkeiten schaffen könnte. Wir denken dabei vor allem an Knotenpunkte wie den Hauptbahnhof Zürich oder die Bahnhöfe Stadelhofen, Altstetten oder Oerlikon. Mit Hinweisplakaten könnte man diejenigen, die die Abstimmung vergessen haben, daran erinnern. Das kennt man von Gemeinden auf dem Land, wo mit dem Spruch «Diese Woche Abstimmung» an den Briefeinwurf erinnert wird. Die briefliche Stimmabgabe hat sich bewährt und macht es vielen sehr einfach. Trotzdem scheint es uns sinnvoll, in der Woche vor der Abstimmung gezielt jene zu erreichen, die ihr Kuvert aus welchem Grund auch immer liegen gelassen haben. Sichere offizielle Einwurfmöglichkeiten an Bahnhöfen würden die letzte praktische Hürde senken. Das wäre mit geringem Aufwand realisierbar und könnte eine stärkere Beteiligung der Stadtbevölkerung an demokratischen Entscheiden bewirken.

***Martina Zürcher (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 2. September 2026 gestellten Ablehnungsantrag: Bei der Abstimmung vom 14. Juni 2026 erreichte die Stadt Zürich eine Stimmbeteiligung von über 60 Prozent, in einigen Kreisen sogar über 70 Prozent. Die Leute gehen also abstimmen, wenn es ihnen wichtig ist. Wir von der FDP sehen darum keinen Bedarf für weitere Massnahmen zur Erhöhung der Stimmbeteiligung. Es braucht erst recht keine zusätzlichen Abstimmungsurnen. Die Möglichkeiten sind schon heute zahlreich. Für die briefliche Stimmabgabe hat man über drei Wochen Zeit und kann das Kuvert portofrei in die mehreren Hundert Briefkästen der Post in der ganzen Stadt werfen. Am Freitag und Samstag vor der Abstimmung kann man es tagsüber im Stadthaus abgeben, am Sonntagvormittag in den Stimmlokalen aller Kreise. Der Briefkasten des Stadthauses steht zudem rund um die Uhr bis am Abstimmungssonntag offen, also auch um 3 Uhr morgens auf dem Heimweg vom Ausgang. Sollen die Stimmunterlagen, wie es das Postulat fordert, noch an zahlreichen weiteren Orten abgegeben werden können, weckt das in meinen Augen eher Misstrauen, ob alles rund läuft und alle Kuverts tatsächlich zur Auszählung am richtigen Ort landen. Urnen an den grossen Bahnhöfen würden die vielen Pendlerinnen und Pendler aus den umliegenden Gemeinden wohl eher verwirren. Die FDP beantragt, das Postulat abzulehnen. Gegen Hinweisplakate mit der Aufschrift «Dieses Wochenende Abstimmung» hätten wir nichts einzuwenden. Zusätzliche Urnen wollen wir nicht. Es gibt schon mehr als genug Möglichkeiten und der 14. Juni hat gezeigt, dass die Leute Wege finden, um abzustimmen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Camille Roseau (SP):** Politik erreicht die Menschen heute seltener als noch vor einigen Jahren. Die Mediennutzung geht zurück. Damit fehlen viele Hinweise darauf, dass eine Abstimmung ansteht. Zudem haben die meisten von uns viel um die Ohren. Unzählige Akteure buhlen um unsere Aufmerksamkeit, allen voran die sozialen Medien. Sie absorbieren nachweislich einen grossen Teil dieser Aufmerksamkeit. Politik kommt dort nur so weit vor, wie es die Nutzer*innen und die Algorithmen wollen. Wer sich im Wahlkampf engagiert hat, merkt schnell: Selbst bei politisch interessierten Menschen sind Wahlen und Abstimmungen nicht immer präsent. Sie haben die Arbeit, Familie, Pflichten und To-dos aller Art im Kopf. Da kann ein Abstimmungstermin schnell vergessen gehen. Das ist kein Desinteresse, sondern Alltagsstress. Politische Beteiligung ist also auch eine Frage von Zeit und Kapazität und damit ein Stück weit ein Privileg. Das hat Folgen. Wenn vor allem jene abstimmen, die dafür Muse haben, bilden die Resultate nur einen Teil der Bevölkerung ab. Eine höhere Beteiligung macht Entscheide repräsentativer und verleiht ihnen mehr Legitimität, auch gegenüber den Unterlegenen. Wer sich beteiligt, fühlt sich eher gehört und bringt den Institutionen mehr Vertrauen entgegen. Davon profitiert die ganze Stadt. Hier setzt das Postulat an. Es braucht keine grossen neuen Instrumente, sondern Erinnerung und Erleichterung: ein gut sichtbares Plakat am HB und an den Bahnhöfen*

Stadelhofen, Oerlikon und Altstetten, dazu die Möglichkeit, das ausgefüllte Kuvert gleich vor Ort einzuwerfen. Was in kleineren Gemeinden selbstverständlich ist, sollte auch in der grössten Stadt der Schweiz möglich sein. Der Aufwand ist gering, der mögliche Nutzen gross. Ein verpasster Urnengang ist ärgerlich und hinterlässt ein fades Gefühl. Je klarer die Termine kommuniziert werden und je einfacher die Stimmabgabe ist, desto besser. Jede Massnahme, die die Stimm- und Wahlbeteiligung erhöht, ist willkommen.

Karin Weyermann (Die Mitte): *Wir teilen die Bedenken der FDP bezüglich Pendlerinnen und Pendlern, die nicht in der Stadt Zürich wohnen und ihr Stimmkuvert zum Beispiel am Stadelhofen einwerfen. Die positiven Seiten dieses Vorstosses überwiegen für uns aber. Auch wir sind überzeugt, dass eine solche Erinnerung am Schluss durchaus etwas bewirkt. Wie wir bereits gehört haben, geht das Abstimmen schnell einmal vergessen: Das Kuvert liegt zu Hause irgendwo herum, bald stapelt sich weitere Post und plötzlich ist Sonntag und man hat die Abstimmung vergessen. Deshalb unterstützen wir das Anliegen, einerseits Erinnerungsplakate aufzustellen und andererseits eine Lösung für alle zu finden, die den Posttermin verpasst haben. Sie sollen am Sonntagmorgen nicht zwingend ins Stadthaus oder eigene Abstimmungslokal gehen müssen, sondern ihr Kuvert auch an einigen Orten in der Stadt abgeben können. Die Umsetzung soll pragmatisch und ohne grossen Zusatzaufwand erfolgen. Zudem muss sichergestellt werden, dass Auswärtige diese Möglichkeit nicht nutzen können, um ihr Stimmkuvert einzuwerfen.*

Isabel Maiorano (AL): *Auch hier geht es um Teilhabe. Wir möchten, dass alle Leute niederschwellig Zugang zum Abstimmen und Wählen haben. Wie bereits gesagt wurde, geht im Alltag schnell unter, dass das Kuvert spätestens am Dienstag eingeworfen sein muss. Einzelne Abstimmungen, etwa jene vom 14. Juni 2026, hatten zwar eine sehr hohe Beteiligung. Wir wissen aber genau, dass die Zahlen sonst viel tiefer sind. Am Sonntag kann man noch abstimmen. Wer aber an der Langstrasse in den Ausgang geht und in Oerlikon wohnt, schafft es kaum vor 12 Uhr ins Stadthaus. Und wer Schicht arbeitet, kann oft gar nicht hingehen. Bis vor einigen Jahren konnte man im Kreisbüro, das notabene abgebaut wurde, eine ganze Woche lang an die Urne gehen. Ich selbst habe den Dienstag oft verpasst und bin dann dort noch vorbeigegangen. Dieser Abbau trägt sicher nicht dazu bei, dass mehr Leute abstimmen oder wählen gehen. Eine Tafel aufzustellen und eine Urne zu öffnen, ist ein kleiner Aufwand. Darum unterstützen wir das Postulat.*

Serap Kahriman (GLP): *Ich möchte kurz auf Martina Zürcher (FDP) eingehen. Du hast so gesprochen, als hätten wir eine Stimmbeteiligung von 80 oder 90 Prozent. Dabei lagen wir im März 2026 zum ersten Mal seit 50 Jahren wieder bei über 50 Prozent; im September 2026 waren es zwischen 45 und 47 Prozent. Meistens geht also mehr als die Hälfte nicht abstimmen. Ich verstehe wirklich nicht, weshalb es euch kein Anliegen ist, mehr Leute an die Urne zu bringen. Wie man sich als demokratisch legitimierte Partei in diesem Parlament gegen so etwas stellen kann, erschliesst sich mir nicht.*

Urs Riklin (Grüne): *Erinnerungstafeln sind schön und gut. Damit sich Menschen politisch beteiligen, müssen sie aber auch in einen öffentlichen Diskurs eingebunden sein. Camille Roseau (SP) hat den Ball bereits ins Rollen gebracht. Eine zentrale Rolle spielen die Medien. Es braucht qualitativ guten Journalismus und ein pluralistisches Mediensystem. Das kann die Stadt Zürich nicht allein ändern. Trotzdem sollte man aufhorchen, wenn man sieht, wie die Medien heute finanziert werden. Ich glaube, dieses Modell kommt irgendwann an sein Ende. Deshalb müssen wir uns gute Alternativen überlegen, wie ein öffentlicher Diskurs funktionieren kann, der der Aufklärung verpflichtet ist. Nur so können sich die Leute mit politischen Themen auseinandersetzen, informiert sein und sich eine fundierte Meinung bilden. Das ist nicht der einzige Punkt, über den man nachdenken sollte, aber ein wichtiger. Es geht nicht nur darum, eine Tafel aufzustellen.*

Martina Zürcher (FDP): *Serap Kahriman (GLP) hat mir eine Frage gestellt. Wir sind durchaus für demokratische Teilhabe, aber ebenso für selbstständig denkende Menschen und Eigenverantwortung. Wer nicht abstimmen will, muss das nicht tun. Das ist jedem selbst überlassen. Zudem sind das Abstimmen und das Wählen in der Schweiz sehr niederschwellig, verglichen mit anderen Ländern, in denen man sich jedes Mal registrieren muss. Bei uns kommt das Kuvert direkt nach Hause in den Briefkasten. Es sieht immer gleich aus, sodass man es schon aus 300 Metern Entfernung erkennt. Man muss sich also wirklich nicht gross bewegen und kann es einfach im nächsten Briefkasten einwerfen. Der 14. Juni 2026 hat gezeigt, dass die Leute teilnehmen, wenn sie es wollen und ein Thema sie interessiert. Darum braucht es keine zusätzlichen Massnahmen.*

Serap Kahriman (GLP): *Ich finde es wirklich seltsam, dass man als Politikerin sagt, es sei egal, ob die Leute abstimmen oder nicht. Ist das dein Anspruch an die Politik?*

Das Postulat wird mit 84 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

851. 2025/500
Postulat der Grüne-Fraktion vom 29.10.2025:
Unterstützung der nationalen Strategie zum Myalgische Enzephalomyelitis/Chronische-Fatigue-Syndrom

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Busekros (Grüne) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5324/2025): Vor fast genau einem Jahr haben wir dieses Postulat eingereicht. Für viele in der Stadt ist die Pandemie zum Glück vorbei, doch für viele Menschen ist sie es leider nicht. Die Anzahl Menschen wird gerne unterschätzt. Diese Betroffenen, ihre Familien und Bekannten leiden immens unter den Folgen der Corona-Pandemie oder anderer Erkrankungen, die Myalgische Enzephalomyelitis/Chronische-Fatigue-Syndrom (ME/CFS) auslösen können. Um sie zu unterstützen, haben wir bereits die Motion GR Nr. 2025/531 überwiesen. Sie fordert, dass die Sozialhilfe der Stadt Zürich die Betroffenen adäquat unterstützt, was heute leider nicht der Fall ist. Auch auf nationaler Ebene gab es Bestrebungen, darunter eine Motion, die von allen Parteien unterstützt wurde. Sie fordert eine nationale Strategie dazu, wie man dieser Herausforderung auf nationaler, kantonaler und lokaler Ebene mit allen involvierten Stakeholdern begegnen kann. Die Motion ging schnell durch alle Kommissionen und Räte. Aktuell erarbeitet das Bundesamt für Gesundheit (BAG) im Auftrag des Bundesrats eine solche Strategie. Der Bundesrat hat in seiner Begründung bereits auf das Entlastungspaket 27 und knappe Ressourcen verwiesen. Das ist eigentlich vermessen, wenn man den Leidensdruck der Betroffenen kennt. Jetzt mit einer solchen Strategie anzufangen, ist eigentlich sehr spät. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt Zürich sie nach Möglichkeit unterstützt, denn ihre Institutionen konnten in den letzten Jahren viel Erfahrung im Umgang mit dieser Krankheit sammeln. Wir fordern, dass sich die Stadt am nationalen Effort beteiligt und eine Vorreiterrolle einnimmt.*

Anthony Goldstein (FDP) *begründet den von Deborah Wettstein (FDP) namens der FDP-Fraktion am 12. November 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Die FDP-Fraktion unterstützt das Anliegen, die Situation von Menschen mit Long Covid und ME/CFS zu verbessern und anerkennt das grosse Leid vieler Betroffener und ihrer Angehörigen. Dennoch beantragen wir die Ablehnung des Postulats. Nicht, weil das Anliegen unwichtig*

wäre, sondern weil die Stadt Zürich ihren Beitrag bereits leistet und die zentralen Zuständigkeiten bei Bund und Kanton liegen. Das Stadtspital Zürich bietet schon heute ein spezialisiertes, interdisziplinäres Angebot für Long-Covid-Betroffene an. Wer von der Hausärztin oder vom Hausarzt zugewiesen wird, erhält dort eine umfassende Betreuung einschliesslich psychologischer Unterstützung. Gleichzeitig arbeitet der Bund intensiv an der Weiterentwicklung der Versorgung. Das BAG koordiniert die Massnahmen und erarbeitet gemeinsam mit den Kantonen Strategien, um die Versorgung und den Zugang zu Unterstützungsangeboten zu verbessern. Das Stadtspital ist in diese Arbeiten eingebunden. Das Postulat verlangt im Wesentlichen, was bereits geschieht. Das Postulat schafft keinen zusätzlichen Nutzen für die Betroffenen und keine neuen Handlungsmöglichkeiten.

Weitere Wortmeldungen:

Susan Wiget (AL): *Viele Menschen mit Long Covid tragen nicht nur die Last ihrer Krankheit. Sie kämpfen gleichzeitig um eine Diagnose, um medizinische Versorgung, um die Anerkennung ihrer Beschwerden und oft auch um ihre wirtschaftliche Existenz. Nicht selten hören sie, ihre Beschwerden seien psychosomatisch und finden keine spezialisierte Anlaufstelle mit dem nötigen Know-how. Mit den Sozialversicherungen müssen sie sich herumschlagen, obwohl sie schlicht und einfach krank sind. Das darf in einem solidarischen Gesundheitswesen nicht passieren. Eine nationale Strategie bewirkt zwar keine Wunder, aber sie sorgt dafür, dass die Forschung gefördert, Fachwissen aufgebaut wird und Betroffene Zugang zur richtigen Versorgung erhalten. Zudem ist sie ein Bekenntnis zu einem öffentlichen Gesundheitswesen, das niemanden zurücklässt. Eine Krankheit ist kein individuelles Versagen. Wer wegen Long Covid nicht mehr arbeiten kann, braucht Unterstützung statt Misstrauen. Eine Möglichkeit, die nationale Strategie auch vor Ort operativ gut umzusetzen, sehen wir im Pilotprojekt «Soziale Rezepte», das an den Stadtspitälern läuft. Wir unterstützen das Postulat, weil immer noch zu viele Menschen an Long Covid leiden. Auf kantonaler Ebene hat die SP auch einen Vorstoss lanciert, damit der Kanton Zürich nicht abwartet, bis der Bund seine Strategie umsetzt. Es ist wichtig, dass Bund, Kanton und Stadt im Gesundheitswesen koordiniert zusammenarbeiten.*

Markus Weidmann (SVP): *Die SVP-Fraktion stimmt dem Postulat zu. Die Betroffenen von ME/CFS oder Long Covid verdienen es, dass man ihre Anliegen ernst nimmt. Eine gute Versorgung benötigt fundiertes Fachwissen und eine sinnvolle Zusammenarbeit. Die Stadt Zürich verfügt mit ihren Spitälern und der Long-Covid-Sprechstunde über Erfahrungen, die für eine nationale Strategie wertvoll sein können. Es ist vernünftig zu prüfen, wie man dieses vorhandene Wissen gezielt einbringen kann. Für uns ist zentral, bestehende Strukturen zu nutzen, Doppelspurigkeiten zu vermeiden und die Zuständigkeiten von Bund, Kanton und Stadt zu respektieren. So setzen wir auch Steuergelder verantwortungsvoll ein. Wir unterstützen eine sachliche Abklärung.*

Anna Graff (SP): *Es kommt selten vor, aber ich kann mich den Worten meines Vorredners von der SVP anschliessen. Die Situation rund um ME/CFS und Long Covid ist auch bei uns in der Schweiz dramatisch. Es geht um eine ernsthafte, langwierige Erkrankung, die viel zu lange ignoriert wurde. Das hat Betroffene ohne die verdiente Anerkennung, Unterstützung und Perspektive zurückgelassen. In vielen Fällen ist das nach wie vor so. Wir von der SP-Fraktion sehen die Stadt Zürich hier ebenfalls in einer besonderen Verantwortung. Wir sehen auch eine bedeutende Chance: Mit den Stadtspitälern und der Long-Covid-Sprechstunde verfügt die Stadt über Know-how und Infrastruktur, um einen echten Beitrag zur nationalen Strategie zu leisten. Darum unterstützen wir das Postulat.*

Karin Stepinski (Die Mitte): *Wer Menschen mit diesem Krankheitsbild kennt, das übrigens nicht nur durch Corona, sondern auch durch andere Viruserkrankungen ausgelöst wird, weiss: Es ist ein grosses Leiden, auch für die Familien. Viele Erkrankte sind sehr*

jung und werden von ihren Eltern gepflegt. Das ist eine unglaubliche Aufgabe. Die Krankheit ist bis heute nicht heilbar. Umso wichtiger ist es, mehr Wissen und Erfahrung zusammenzubringen. Fortschritt entsteht in der Medizin nicht nur im Labor, sondern auch in der Praxis. Was Fachpersonen beobachten, kann für andere ein wichtiger Hinweis sein. Wenn man dieses Wissen teilt und die Erfahrungen der Betroffenen einbezieht, bringt uns das gerade bei einer solchen Erkrankung weiter. Zürich hat mit dem Stadtspital und der Long-Covid-Sprechstunde etwas beizutragen. Aus Sicht der Die Mitte-Fraktion funktioniert eine nationale Strategie vor allem dann, wenn auch andere Stellen mitmachen, die Menschen behandeln und täglich Erkenntnissen sammeln. Die Gegenargumente überzeugen mich nicht. Wer Doppelspurigkeiten verhindern will, muss die Zusammenarbeit verbessern. Wer Zuständigkeiten klären will, sollte eine solche Prüfung ermöglichen. Jede noch so kleine Erkenntnis, die den Betroffenen ein Stück Lebensqualität zurückgibt, ist ein grosser Erfolg. Wenn die eine oder der andere eine Ausbildung machen oder wieder ins Berufsleben einsteigen können, profitiert die ganze Gesellschaft. Die Die Mitte-Fraktion unterstützt den Vorstoss darum sehr gerne.

Martin Busekros (Grüne): *Vielen Dank für die Worte von Susan Wiget (AL), Markus Weidmann (SVP), Anna Graff (SP) und Karin Stepinski (Die Mitte). Dass die FDP einen Ablehnungsantrag stellt, finde ich schade Anthony Goldstein (FDP). Auf nationaler Ebene hat man es geschafft, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten. Wenn ihr wisst, dass das Anliegen bereits umgesetzt wird, wäre es keine grosse Sache, das Postulat laufen zu lassen. Wir hätten ein Jahr Zeit gespart und es dann mit Begründung abschreiben können. Wir hatten mit der Debatte etwa so viel Aufwand, wie ihn der Stadtrat gehabt hätte.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Long Covid und ME/CFS sind komplexe Krankheiten. Nach der Corona-Pandemie haben viele Spitäler eine Long-Covid-Sprechstunde aufgebaut. Mittlerweile ist das Stadtspital eines der wenigen, die noch eine solche Sprechstunde anbieten. Der Grund dafür ist in erster Linie die Tarifstruktur: Die Kosten dieser Sprechstunden sind schlicht nicht gedeckt. Wir bieten die Sprechstunde nicht nur weiterhin an, sondern bauen sie mit zusätzlichen Kapazitäten aus, um die langen Wartefristen zu verkürzen. Die Krankheit ist jedoch so komplex, dass sich das Problem nicht mit ein paar Sprechstunden lösen lässt. Es gibt auch viele soziale und finanzielle Aspekte, die man berücksichtigen muss und bei denen die Betroffenen Unterstützung brauchen. Wenn das BAG ein Konzept oder eine Strategie entwickeln will, helfen wir sehr gern mit. Bei solchen Themen werden wir ohnehin kontaktiert, weil wir praktisch die Einzigen sind, die dieses Angebot noch haben. Das Postulat ist wichtig, aber wir sind kurz davor, es zu erfüllen.*

Das Postulat wird mit 95 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

852. 2025/501
Postulat von Marco Denoth (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) und 58 Mitunterzeichnenden vom 29.10.2025:
Verbesserung und Sicherstellung der Gesundheitsversorgung für trans Personen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marco Denoth (SP) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5325/2025): Jetzt geht es um die Gesundheitsversorgung für trans Menschen. Mit diesem Postulat verlangen wir nichts Revolutionäres: keine sofortige neue Struktur, keine Blankoschecks und keine Symbolpolitik. Wir verlangen, dass der Stadtrat prüft und berichtet, wie sich die Gesundheitsversorgung für trans Menschen in Zürich verbessern und sicherstellen lässt. Das Anliegen steht nicht im luftleeren Raum. In seiner Antwort auf unsere dringliche Schriftliche Anfrage schreibt der Stadtrat selbst, dass sich die Stadt Zürich seit Jahren für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung queerer Menschen einsetzt. Er verweist auf den Gleichstellungsplan 2024–2027 und das ausdrückliche Ziel, allen Geschlechtern und Geschlechtsidentitäten einen gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung zu sichern. Genau darum geht es hier. Trans Menschen sind ein Teil dieser Stadt. Sie sind Jugendliche, Erwachsene, Eltern, Kolleg*innen, Freund*innen. Wie alle anderen Menschen haben sie Anspruch auf medizinische, psychologische und soziale Versorgung, die fachgerecht, respektvoll und diskriminierungsfrei ist. Dass Handlungsbedarf besteht, hat auch der Kanton in KR-Nr. 377/2020 bestätigt. Sogar der Regierungsrat hält darin fest, dass queere Menschen in der Gesundheitsversorgung Diskriminierung erleben und dass im öffentlichen Gesundheitswesen spezifisches Fachwissen fehlt. Wir wollen bei den städtischen Grundsätzen bleiben und darum genau hinschauen: Wo funktioniert die Versorgung, wo gibt es Lücken, wo braucht es bessere Information, Vernetzung und Sensibilisierung? Angebote gibt es bereits. Die Fachstelle für Gleichstellung (ZFG) informiert, berät und schult. Es gibt Broschüren für Fachpersonen, Eltern und Schulen. Sozialarbeit und Jugendberatung leisten wichtige niederschwellige Unterstützung, das Sozialdepartement setzt auf die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen sozialen und medizinischen Fachstellen. Das ist alles gut. Aber weil so viele Stellen beteiligt sind, braucht es eine Übersicht. Wer macht was? Wo landen Betroffene zuerst? Wie wird triagiert? Wo entstehen Wartezeiten? Hinzu kommt, dass etwa das Stadtspital Zürich (STZ) bei medizinischen Fragen zu diesen Themen wegen fehlender kantonaler Leistungsaufträge an das Kinderspital Zürich (Kispi) und das Universitätsspital Zürich (USZ) verweisen muss. Es geht um verletzliche Situationen, um Jugendliche, Familien und Erwachsene, die auf kompetente und ganzheitliche Unterstützung angewiesen sind und nicht von Pontius zu Pilatus geschickt werden sollen. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Das zeigt, dass die Forderungen machbar, sinnvoll und im Rahmen der städtischen Zuständigkeit prüfenswert sind. 61 Mitglieder dieses Parlaments haben den Vorstoss unterschrieben. Ich bitte die übrigen 64 Mitglieder, ihm zuzustimmen, nicht aus Symbolik, sondern aus Verantwortung für eine Stadt, die ihren eigenen Anspruch ernst nimmt: gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle.*

Brenda Mäder (FDP) *begründet den von Thomas Hofstetter (FDP) namens der FDP-Fraktion am 12. November 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Wir teilen natürlich das Grundziel: Alle Menschen sollen einen guten, niederschwelligen Zugang zur medizinischen, psychotherapeutischen oder psychiatrischen Versorgung haben. Es ist belastend, wenn etwas unklar ist oder man eine Dienstleistung nicht gleich erhält. Einmal mehr haben wir aber ein Postulat vor uns, das zwar gut gemeint ist und gute Ziele verfolgt, aber die Zuständigkeiten im Gesundheitswesen vermischt. Wir lehnen das Postulat aus drei Gründen ab. Erstens die Zuständigkeit. Für die bedarfsgerechte Planung der Gesundheitsversorgung aller Menschen, unabhängig vom individuellen Problem, sind Bund und Kanton zuständig. Die Stadt Zürich muss keinen Sonderweg gehen. Zweitens lässt sich vieles gar nicht vorschreiben, etwa die Vernetzung und Koordination von Fachpersonen oder die interdisziplinäre Arbeit. Das nehmen die Fachgesellschaften und die Spitäler wahr. Drittens gibt es schon ein Angebot. In der Stadt Zürich gibt es in der Prävention und bei den niederschwelligen Beratungsangeboten schon etwas für trans Personen. Auf kantonaler Ebene ist, wie erwähnt, das USZ zuständig, das innerhalb der Stadtgrenzen liegt. Ein zusätzliches spezifisches Angebot der Stadt ist nicht notwendig. Die Zuständigkeiten sind geregelt. Wir müssen uns nicht weiter in die Gesundheitspolitik einmischen.*

Weitere Wortmeldungen:

Yves Peier (SVP): *Ich gliedere mein Votum in zwei Teile, weil dieses Postulat zwei Schwerpunkte vermischt. Eine gute Gesundheitsversorgung ist der SVP wichtig, selbstverständlich auch für trans Personen. Die Frage ist nicht, ob diese gewährleistet sein soll, sondern ob das Postulat das richtige Instrument und die Stadt die zuständige Ebene ist. Die Gesundheitsversorgung liegt primär in der Zuständigkeit von Bund und Kanton, weshalb die Stadt die geforderten strukturellen Veränderungen nicht eigenständig umsetzen kann. Der Gemeinderat sollte sich darauf konzentrieren, gute Rahmenbedingungen für alle Einwohnerinnen und Einwohner zu schaffen, statt gesellschaftspolitische Fragen mit symbolischen Vorstössen zu beantworten. In der Schweiz richtet sich die Gesundheitsversorgung grundsätzlich nach dem medizinischen Bedarf und nicht nach der Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen. In Zürich gibt es zudem bereits spezialisierte Angebote für trans Personen, etwa am USZ sowie bei Fach- und Beratungsstellen. Das Postulat behauptet eine Versorgungslücke, ohne sie zu belegen. Es fordert zusätzliche Massnahmen, ohne aufzuzeigen, ob sie nötig sind, wie sie umgesetzt werden sollen und was sie kosten. Zentrale Begriffe wie Versorgungssicherheit, diskriminierungsfreie Versorgung oder Angebotsqualität bleiben unklar und nicht messbar. Damit ist weder das Problem klar definiert, noch lässt sich der Erfolg der Massnahmen überprüfen. Im zweiten Teil möchte ich auf einen Satz aus dem Postulat eingehen. Ich zitiere: «Ein solches pauschales Verbot würde nicht nur das Recht auf körperliche Selbstbestimmung von urteilsfähigen Jugendlichen verletzen, sondern widerspricht den Empfehlungen der nationalen Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin und internationalen Behandlungsstandards.» Insbesondere mit diesen «internationalen Behandlungsstandards» möchte ich mich auseinandersetzen. In den Jahren 2020–2025 haben mehrere westliche Länder, besonders in Europa, den Zugang von Minderjährigen zu geschlechtsangleichenden Behandlungen wie Pubertätsblockern oder Hormontherapien deutlich eingeschränkt. Grund dafür waren umfassende Evidenzprüfungen, die auf einen unklaren Nutzen, mögliche Risiken und fehlende Langzeitdaten hinwiesen. Diskutiert wurden die Auswirkungen auf Knochendichte, Fruchtbarkeit, kognitive Entwicklung und psychische Gesundheit. Heute liegt der Fokus stärker auf psychologischer Begleitung, sorgfältiger Diagnostik und individueller Abklärung. Medizinische Behandlungen werden vielfach nur noch in Ausnahmefällen angeboten. In Grossbritannien führte der Cass Review 2024 zu erheblichen Einschränkungen bei solchen Behandlungen für Minderjährige. Auch Frankreich empfiehlt grosse Zurückhaltung und setzt stärker auf multidisziplinäre und psychologische Betreuung. Insgesamt zeigt sich in mehreren europäischen Ländern ein Trend zu einem vorsichtigeren, stärker evidenzbasierten Umgang mit medizinischen Transitionen bei Minderjährigen. Der Zugang besteht teilweise zwar noch, aber unter deutlich strengeren Voraussetzungen. Kann man da wirklich von internationalen Standards sprechen, die frühe medizinische Interventionen befürworten? Die Entwicklung der letzten Jahre geht in die entgegengesetzte Richtung. Noch wichtiger ist die Frage der Autonomie Jugendlicher. Ein Entscheid kann nur dann als wirklich autonom gelten, wenn seine langfristigen Folgen ausreichend verstanden werden. Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren befinden sich mitten in einer psychischen, sozialen und körperlichen Entwicklungsphase. Es ist daher wahrscheinlich, dass sie die Tragweite irreversibler Eingriffe noch nicht vollständig abschätzen können. Bei geschlechtsangleichenden Operationen oder anderen dauerhaften Eingriffen ist besondere Vorsicht geboten, weil die Entscheide die künftigen Lebens- und Handlungsmöglichkeiten nachhaltig verändern können. Damit verwandt ist die Frage der persönlichen Identität. Die einen verstehen Identität als etwas, das früh erkannt und bestätigt werden soll, die anderen als lebenslangen Entwicklungsprozess. Aus dieser zweiten Perspektive wird befürchtet, dass irreversible medizinische Massnahmen eine Entwicklung festschreiben, die sich mit der Zeit anders entfalten würde. Das heisst nicht, dass Jugendliche ihre Geschlechtsidentität grundsätzlich nicht erkennen können. Ich will*

betonen, dass die Offenheit der persönlichen Entwicklung und die Möglichkeit von Veränderung besonderen Schutz verdienen. Schliesslich geht es um die Schutzpflicht des Staats gegenüber Minderjährigen. In liberalen Demokratien gelten Jugendliche bewusst nicht als vollständig autonome Erwachsene. Darum gibt es Altersgrenzen für Verträge, Alkoholkonsum und das Wahlrecht sowie spezielle Regelungen im Strafrecht. Weshalb sollte ausgerechnet für so weitreichende medizinische Eingriffe ein weniger strenger Schutzmassstab als in anderen Lebensbereichen gelten, in denen Minderjährige bewusst vor dauerhaften Entscheiden geschützt werden? Die SVP lehnt das Postulat dezidiert ab.

Johann Widmer (SVP): *Dieses Postulat verletzt mein moralisches Empfinden aufs Tiefste. Ich bitte euch, das zu respektieren. Wenn ich mich im Rat umschaue, erinnern sich wohl nur noch wenige an den Fall Waris Dirie aus dem Jahr 1997. Damals sprach das berühmte Model in einer feministischen Frauenzeitschrift öffentlich über ihre Genitalverstümmelung in Afrika. Der Aufschrei war gewaltig. Die Vereinten Nationen, Kofi Annan, internationale Frauenrechtsorganisationen wie Amnesty International, das deutsche feministische Magazin Emma, westliche Regierungen, Politiker in Europa und den USA, afrikanische Aktivistinnen und Ärzte und schlussendlich die breite Weltöffentlichkeit stellten sich gegen diese afrikanische Praxis. Die linke Szene hat sich damals vehement und zu Recht gegen die Verstümmelung von Mädchen und jungen Frauen in afrikanischen Stämmen aufgelehnt. So lang ist das nicht her. Wo sind all die Feministinnen von damals geblieben? Heute fordern sie aus ideologischen Gründen Genitalverstümmelung bei uns. Was ist mit euch passiert? Was ist der Unterschied? Hier werden junge Menschen verstümmelt, mit dem Argument, das sei ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung. Wer weiss schon mit 16 Jahren, wie das Leben später verlaufen wird? Mein Fazit: Wir sind heute barbarischer als jeder afrikanische Stamm, den ihr damals kritisiert habt. Pfui.*

Leonora Seiler (Grüne): *Ich habe für das, was gerade von der rechten Ratsseite gekommen ist, auch nur ein Wort: Pfui. Ein schneller und sicherer Zugang zur medizinischen Versorgung sollte für alle in Zürich selbstverständlich sein. Für trans Personen ist es das leider oft nicht. Sie warten häufig sehr lange auf medizinische oder psychologische Unterstützung. Das darf nicht sein. Für Menschen, die ohnehin besonders vulnerabel sind, können solche Wartezeiten eine enorme zusätzliche Belastung bedeuten. Gerade da ist die Solidarität innerhalb der LGBTQIA+-Community besonders wichtig. Wir dürfen nicht zulassen, dass bestehende Angebote wie der Checkpoint trotz der tollen Arbeit an ihre Grenzen stossen und allein gelassen werden. Wir brauchen mehr Kapazitäten und eine bessere Vernetzung der Fachstellen, von der Chirurgie bis zur Psychologie, damit sich niemand in diesem System verloren fühlt. Zentral ist auch die Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen, um fehlendem Wissen und Diskriminierung entgegenzuwirken. Wie nötig das ist, haben wir eben auf der rechten Ratsseite gesehen: Wissen ist dort nicht wirklich vorhanden, dafür umso mehr Diskriminierung. Wenn der Zugang zu diesen Behandlungen nicht gewährleistet ist, sind die Auswirkungen viel schlimmer.*

Jane Bailey (SVP): *Grundsätzlich finde ich es stossend, dass man Kinder und Jugendliche zusammen mit Erwachsenen in ein solches Postulat hineinquetscht. Das Postulat behauptet, ein pauschales Verbot geschlechtsangleichender Operationen würde das Recht urteilsfähiger Jugendlicher auf körperliche Selbstbestimmung verletzen. Wie stellt man denn bei einem derart massiven Eingriff die Urteilsfähigkeit fest? Und das in einer verletzlichen Phase, in der viele Jugendliche verunsichert, beeinflussbar und in ihrer Persönlichkeit noch nicht gefestigt sind. Seit wann haben Minderjährige ein Recht auf Amputationen, Kastrationen oder künstliche Körperausgänge nach schweren Operationskomplikationen? Mädchen die Brüste amputieren oder Jungen die Hoden entfernen zu lassen, ist keine Selbstbestimmung, sondern medizinische Kinderverstümmelung mit lebenslangen Folgen auf Staatskosten. Schon einmal von World Professional Association*

for Transgender Health (WPATH) gehört? Jahrzehntelang haben sie der Welt ihre sogenannten «standards of care» und die gefährliche affirmative Behandlungsmethode aufgezwungen. Im Jahr 2024 dann der Skandal: Es wurden Dokumente öffentlich, in denen WPATH-Mitglieder zugeben, dass weder Minderjährige noch ihre Eltern die lebenslangen Konsequenzen irreversibler Eingriffe vollständig erfassen und die schwerwiegenden Risiken verstehen können. Dieses Jahr muss sich WPATH in den USA wegen irreführender Aussagen über die Sicherheit, Wirksamkeit und medizinische Notwendigkeit von Pubertätsblockern, Hormonbehandlungen und geschlechtsangleichenden Eingriffen bei Minderjährigen vor Gericht verantworten. So viel zum Thema Selbstbestimmung. Der britische Cass Review aus dem Jahr 2024 und die finnische Registerstudie aus diesem Jahr weisen auf schwerwiegendste gesundheitliche Risiken und irreversible Schäden hin. Als Konsequenz haben zahlreiche Länder ihre medizinischen Richtlinien für Minderjährige massiv verschärft, bestimmte Behandlungen sogar als experimentell eingestuft und den Zugang erheblich erschwert. Das ist die heutige Realität der Behandlungsstandards, nicht das, was im Postulat gefaselt wird. Gerade die darin kritisierte RR Natalie Rickli hat auf diese internationalen Entwicklungen reagiert und zusätzliche Schutzmassnahmen für Minderjährige gefordert. Zürich will stattdessen als ideologischer Vorreiter die Kindesverstümmelung beschleunigen. Das ist ein absoluter Rückschritt gegenüber der heutigen Wissenschaft. Ganze 61 Ratsmitglieder haben bei diesem Wahnsinn mitgemacht. Mit Industrieslogans wie «Hilfe für trans Kinder» verharmlost man die Verstümmelung gesunder Kinderkörper aus ideologischer, wissenschaftsfremder Pseudofortschrittlichkeit.

Susan Wiget (AL): *Das war heftig. Wenn hier etwas ideologisch geprägt ist, dann das, was gerade von der anderen Ratsseite kam. Es geht nicht um Ideologien, sondern um Menschen und Grundrechte. Ich bin definitiv keine ideologische Person. Ich arbeite mit Jugendlichen und jungen Menschen und habe Erfahrung mit sehr vielen, die von dieser Thematik betroffen sind. Ich will nicht einmal sagen, dass sie nicht zu ihrem Recht kommen. Denn unsere Gesundheitsversorgung ist gut. Sie ist aber noch nicht gut genug. Wie das Postulat zeigt, müssen wir Menschen immer helfen, bevor sie in eine Krise geraten. Wenn es zu spät ist, ist es zu spät. Wichtig wäre, dass man diesen Menschen zuhört und sie ernst nimmt. In diesem Fall fühlen sich die Betroffenen in ihrem Körper nicht wohl. Das ist Realität. Sie brauchen möglichst schnell die richtige professionelle Hilfe, medizinisch, psychologisch und psychiatrisch, und sollten nicht ein Jahr darauf warten müssen. Ich kenne sehr viele Jugendliche, die extrem lange auf psychologische oder psychiatrische Unterstützung warten. Ein Jahr später ist alles viel schlimmer, als wenn man sofort hätte reagieren können. Das Postulat verlangt, dass es schnell geht und angemessene Anlaufstellen in der Nähe für die Behandlung gibt. Dafür müssen das spezifische Fachwissen und die interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Stadt Zürich verbessert werden. Eine adäquate Versorgung ist ein Grundrecht. Dieses steht allen Menschen zu, nicht nur der Mehrheitsgesellschaft, zu der wir im Gemeinderat vielleicht selbst gehören.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Eine gute und schnelle medizinische Versorgung ist wichtig, gerade für Jugendliche. Nicht umsonst hat die Die Junge Mitte vor ein paar Jahren eine Initiative zu genau diesem Thema eingereicht, die der Kantonsrat übrigens ohne Volksabstimmung umgesetzt hat. Trotzdem gibt es in diesem Bereich immer noch lange Wartezeiten. Bei der Gesundheitsversorgung für trans Personen sieht es nicht besser aus. Umso wichtiger ist es, genau hinzuschauen, damit eine gute Versorgung und psychologische Angebote zur Unterstützung der Betroffenen vorhanden sind. Die Bedenken der SVP teilen wir in keiner Art und Weise. Bei diesen Angeboten geht es nicht darum, dass man sofort unters Messer muss. Es geht darum, dass man bei all den Entscheidungen und der psychischen Belastung, die diese Thematik mit sich bringt, gut begleitet wird. So kann man mit seinen Entscheidungen, auch mit allfälligen medizinischen Eingriffen, psychisch stabil und zufrieden leben. Wir finden den Vorstoss unterstützungswürdig.*

Nicolas Cavalli (GLP): *Ich danke meinen beiden Vorrednerinnen, denen ich mich zu 100 Prozent anschliesse. Ich möchte den Blick etwas erweitern. Wir erleben gerade eine besorgniserregende Entwicklung: Die liberalen Gesellschaften und Demokratien sind auf dem Rückzug. Laut dem Democracy Report 2026 leben nur noch 7 Prozent der Weltbevölkerung in einer liberalen Demokratie. Wenn diese unter Druck geraten, geraten auch die Rechte von Minderheiten unter Druck, allen voran jene von trans Personen. Das sehen wir weltweit, in Europa und auch in der Schweiz. Für uns Grünliberale ist klar: Eine liberale Demokratie misst sich daran, wie sie ihre Minderheiten schützt. Selbstbestimmung ist ein sehr hohes Gut. Deshalb müssen wir, Yves Peier (SVP), die Rahmenbedingungen so gestalten, dass trans Personen ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft sind und sich auch so fühlen können. Vorhin hiess es, es fehlten Zahlen und es sei unklar, worauf wir uns abstützten. Die Berner Fachhochschule hat im Mai 2025 eine in Auftrag gegebene Studie publiziert, in der trans Personen befragt wurden. Knapp 29 Prozent gaben an, medizinische Behandlungen wegen administrativer oder finanzieller Hürden aufgeschoben oder ganz darauf verzichtet zu haben. Stellen Sie sich vor, alle 125 Mitglieder des Gemeinderats wären trans Personen. Dann würden die ganze FDP- und die SVP-Fraktion notwendige medizinische Massnahmen aufschieben oder darauf verzichten. Das ist frappant. Internationale Untersuchungen zeigen ausserdem, dass Diskriminierung und ein erschwerter Zugang zur medizinischen Versorgung Komorbiditäten wie Angst, Depressionen oder Suizidgedanken auslösen können. Das ist kein individuelles Problem, bei dem wir sagen können, es gehe uns nichts an. Es ist ein gesellschaftliches Problem und eine Frage der öffentlichen Gesundheit. Frühe Prävention, Unterstützung und eine gute Versorgung helfen menschlich, sozial, medizinisch und schlussendlich auch ökonomisch, weil Prävention vorbeugt. Wir haben uns mit Organisationen ausgetauscht, zugehört und gesehen, dass Handlungsbedarf besteht. Dieser Bedarf ist nicht ideologisch, sondern real. Trans Personen sind Teil unserer Gesellschaft. Wir müssen ihre Bedürfnisse selbstverständlich berücksichtigen. Den weltweiten Rückgang der liberalen Demokratie können wir nicht in Zürich stoppen. Aber im Gemeinderat können wir dafür sorgen, dass liberale Werte und Minderheitenschutz keine leeren Worte bleiben.*

Marco Denoth (SP): *Dass die SVP gegen diesen Vorstoss ist, habe ich angenommen. Yves Peier (SVP) hat diese Haltung sachlich und mit Anstand begründet. Bei dem, was danach kam, ist mir schlecht geworden. Was ihr gemacht habt, nämlich Genitalverstümmelung mit der Transition von trans Menschen zu vergleichen, ist menschenverachtend. Von den körperlichen Eingriffen bei einer Transition habt ihr offensichtlich keine Ahnung. Das hat man an euren Voten gemerkt. Wenn ihr keine Ahnung habt, schweigt einfach. Karin Weyermann (Die Mitte) hat mit sehr schönen Worten gesagt, warum eine ganzheitliche Gesundheitsversorgung für trans Menschen nötig ist. Dem ist nichts hinzuzufügen. Zum Schluss möchte ich noch einmal auf den Anstand zurückkommen. Am 3. September 2008 ist ein Mitglied des Gemeinderats aufgestanden und hat gesagt: Ich bin nicht mehr Frau Anja Recher, sondern Herr Alecs Recher. Auf diese persönliche Erklärung hin stand der damalige Fraktionspräsident der SVP auf, ging quer durch den Saal und gratulierte zu diesem Schritt und zum Mut, ihn im Parlament öffentlich zu machen. Nehmt euch doch ein Vorbild an eurem damaligen Fraktionspräsidenten. Das täte euch gut.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Um es gleich vorwegzunehmen: Im Unterschied zur Gesundheitsdirektorin RR Natalie Rickli bin ich gegen ein Verbot geschlechtsangleichender Eingriffe bei Jugendlichen. Für die Stadt und insbesondere für das Stadtspital ist selbstverständlich, dass alle den gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben müssen. Klar ist aber auch, dass trans Menschen und ganz besonders trans Jugendliche besonderen*

Schutz brauchen. Das bedeutet, wie mehrfach gesagt wurde, neben der medizinischen Versorgung auch eine psychologische und psychiatrische Betreuung, damit sie in ihrer Entwicklung unterstützt werden und es nicht zu Fehleinschätzungen kommt. Ist ein Eingriff aufgrund der Lebenssituation notwendig, dürfen wir ihm nicht grundsätzlich im Weg stehen. Dafür setze ich mich ein. Gesundheitsversorgung für alle heisst aber nicht, dass das Stadtspital alles machen muss. Das Universitätsspital führt die wenigen Eingriffe, die es gibt, zufriedenstellend durch. Daneben bieten auch einzelne Spitäler in anderen Kantonen diese an. Wo wir können, unterstützen die Stadt und das Stadtspital diese Einrichtungen. Wir alle müssen uns für eine Gesundheitsversorgung für alle Menschen einsetzen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Geschlechtsidentität.

Das Postulat wird mit 83 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

853. 2025/520
Postulat von Nadina Diday (SP), Tanja Maag (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 05.11.2025:
Umsetzung des Modells «Community Health Workers (CHWs)» zur Verbesserung der psychischen Gesundheitsversorgung für Menschen mit Migrationshintergrund

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Nadina Diday (SP) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5359/2025): In diesem Postulat geht es um den Grundsatz, den STR Andreas Hauri in seinem vorherigen Schlussvotum genannt hat: eine Gesundheitsversorgung für alle in der Stadt Zürich. Konkret geht es um eine Lücke in der psychischen Gesundheitsversorgung von Menschen mit Migrationshintergrund und um ein erprobtes Modell, sie zu schliessen. 35 Prozent der Bevölkerung in der Schweiz geben an, in den letzten zwölf Monaten psychische Probleme erlebt zu haben. Auf das ganze Leben gesehen, erkrankt über die Hälfte irgendwann psychisch. Wir alle kennen also jemanden, der eine psychische Erkrankung erlebt oder erlebt hat. Auch hier im Saal wird es Menschen geben, die betroffen sind oder waren. Der Trend steigt: Laut dem Schweizerischen Gesundheitsobservatorium (Obsan), von dem diese Zahlen stammen, haben mittelschwere und schwere Depressionen in den letzten zehn Jahren um ein Drittel zugenommen. Das mag abstrakt wirken, aber hinter diesen Zahlen stehen Namen, Familien und Leben, die aus dem Gleichgewicht geraten sind. Menschen mit Migrationserfahrung erkranken überdurchschnittlich häufig psychisch. Zahlen für die Schweiz habe ich zwar keine gefunden, doch Zahlen aus Deutschland zeigen, dass sie doppelt so häufig betroffen sind, vor allem von Depressionen und Angststörungen. Trotzdem kommen sie viel später in Behandlung oder finden gar nicht erst ins System. Dies nicht, weil sie weniger leiden, sondern weil das System, das ihnen helfen soll, eine Sprache spricht, die sie nicht verstehen, und von einer Kultur geprägt ist, die nicht ihre eigene ist. Die überdurchschnittliche Betroffenheit hat nichts mit Migration an sich zu tun. Die Forschung nennt fünf gesellschaftliche und strukturelle Faktoren als Gründe: soziale Isolation, berufliche Ausgrenzung, Rassismus und Diskriminierung, finanzielle Unsicherheit und zum Teil ein fehlendes Bewusstsein für die eigene psychische Gesundheit. Mit diesem Postulat können wir einen ersten Schritt machen, um diese Lücke zu schliessen. Das geschieht mit einem Modell, das international wie auch in der Schweiz bereits erprobt ist: Community Health Workers (CHW). Das sind ausgebildete*

Personen aus den jeweiligen Communities, die deren Sprache sprechen, die Kultur verstehen und denen man vertraut, weil sie aus der eigenen Gemeinschaft stammen. Sie beraten, begleiten, vermitteln und bringen so Menschen in unser Versorgungsnetz, die den Weg sonst viel später oder nie gefunden hätten. The Lancet, eine der renommiertesten medizinischen Fachzeitschriften weltweit, hat letztes Jahr eine Untersuchung dieses Modells in mehreren Ländern publiziert. Das Ergebnis ist eindeutig: Wer von geschulten Laien aus der eigenen Gemeinschaft beraten und begleitet wird, zeigt signifikante Verbesserungen bei Depressionen, Angststörungen und der Fähigkeit, den Alltag zu bewältigen. Das deckt sich mit Erfahrungen aus Basel und Bern, aber auch aus Kanada und Grossbritannien. Ein weiteres Argument richtet sich vor allem an die bürgerliche Seite. Wer früh behandelt wird, wird nicht chronisch krank. Chronisch Kranke brauchen später mehr Unterstützung. Das kostet gesellschaftlich wie finanziell mehr. Ich sage das nicht, um Menschen zu Kostenstellen zu machen. Aber Vorsorge ist in den meisten Fällen günstiger als Nachsorge, wenn die Erkrankungen erst einmal virulent sind. Das ist Mathematik und keine Ideologie. Wer das Postulat nicht aus moralischer Überzeugung unterstützt, soll es bitte aus wirtschaftlicher Sicht tun. Das Ergebnis ist dasselbe. Das Postulat verlangt keinen fertigen Plan, sondern ein wissenschaftlich begleitetes Pilotprojekt, das testet, prüft und misst, wie ein solches System in Zürich funktionieren könnte.

***Markus Weidmann (SVP)** begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. Dezember 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Wer ein neues Problem entdeckt, findet mit Sicherheit auch ein neues Amt dafür. Heute heisst dieses Community Health Worker. Das klingt alles sehr schön, aber fangen wir mit den Zuständigkeiten an. Die psychiatrische Versorgung ist vor allem Sache des Kantons und wird über die Grundversicherung bezahlt. Für anspruchsvolle Gespräche mit Migrantinnen und Migranten gibt es bereits ein professionelles Angebot für interkulturelles Dolmetschen und Vermitteln. Wer eine Lücke sieht, soll sie dort schliessen, statt Doppelspurigkeiten aufzubauen. Man baut ja auch kein zweites Haus, nur weil im ersten ein Fenster klemmt. Auch inhaltlich überzeugt das Postulat nicht. Depressionen und Angststörungen sind ernsthafte Krankheiten und gehören in die Hände von Fachleuten, nicht von gut meinenden Laien. Eine gute Absicht ersetzt keine Diagnose. Sogar Kommentatoren der Studie warnen, dass es Schutzmechanismen braucht, damit die Rolle der Laien nicht ausufert. Kommen wir zu den Kosten. Wir wissen alle, wie es in der Stadt Zürich läuft: zuerst ein Pilotprojekt, dann eine wissenschaftliche Begleitung, dann die Verstetigung und am Schluss feste Stellen. Ein Pilotprojekt stirbt in dieser Stadt nie. Bei den aktuellen Stadtfinanzen können wir uns das nicht mehr leisten. Zum Schluss eine grundsätzliche Überlegung: Der beste Dolmetscher ist immer noch die eigene Sprache. Wer Deutsch lernt, findet den Weg zum Hausarzt oder zum Psychiater selbst und zwar auf Dauer. Integration heisst Aufnahme in die Regelstrukturen, nicht Sonderbetreuung nach Herkunft. Psychische Not kennt keinen Pass und verdient für alle die gleiche Versorgung. Die SVP sagt Nein.*

Weitere Wortmeldungen:

***Anthony Goldstein (FDP):** Dieser Vorstoss richtet sich an Menschen mit Migrationshintergrund. Doch weshalb soll der Zugang nach Herkunft statt nach Bedürftigkeit organisiert werden? So droht die Herkunft anstelle des individuellen Bedarfs zum zentralen Kriterium zu werden. Menschen mit Migrationshintergrund haben ganz unterschiedliche soziale und biografische Hintergründe. Nicht alle haben Probleme beim Zugang zu solchen Angeboten. Wer sprachliche Defizite hat und sozioökonomisch schlecht gestellt ist, hingegen schon – aber das trifft eben nicht auf alle Menschen mit Migrationshintergrund zu. Psychische Erkrankungen machen nicht an Herkunftsgrenzen halt. Neue Angebote sollten möglichst zielgenau auf konkrete Versorgungsdefizite ausgerichtet werden statt in erster Linie auf einzelne Bevölkerungsgruppen. Die FDP lehnt dieses Postulat ab.*

Janina Flückiger (Grüne): *Echte Solidarität und Chancengleichheit zeigen sich dort, wo man Hürden abbaut. Eine solche Hürde besteht heute beim Zugang zur Gesundheitsversorgung bei psychischer Belastung. Für viele Menschen mit Migrationserfahrung ist diese Hürde besonders hoch. Wird Unterstützung zu spät in Anspruch genommen, droht eine Chronifizierung, die Leid und Kosten mit sich bringt. Das Modell der CHW baut Hürden ab und schlägt eine Brücke zwischen den Klient*innen und dem Gesundheitssystem. Gerade bei der psychischen Gesundheit ist es unerlässlich, kultursensibel zu handeln. Menschen aus betroffenen Gemeinschaften auszubilden, ist deshalb für alle gewinnbringend und zudem eine Antwort auf den Fachkräftemangel, denn sie können Leute aus ihrer Community direkt abholen und unterstützen. Psychische Erkrankungen sind nach wie vor schambehaftet. Die Hemmschwelle, sich einzugestehen, dass man professionelle Hilfe braucht und diese auch zu suchen, ist leider immer noch gross. CHW durchbrechen die Isolation, bevor Betroffene im System verloren gehen. Sie fangen Menschen dort auf, wo das oft überlastete System nicht richtig hinkommt. Das Modell hat sich international bewährt und wurde wissenschaftlich begleitet. Die Durchführung eines wissenschaftlich begleiteten Pilotprojekts in Zürich liefert eine gute Grundlage, um danach eine langfristige Umsetzung planen zu können. Wir sagen Ja zum Postulat und einem verantwortungsvollen, zukunftsgerichteten Gesundheitssystem, das niemanden aussen vor lässt.*

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Ich bin ein bisschen irritiert. In der Begründung des Postulats steht, Studien zeigten, dass Menschen mit Migrationserfahrung in der Schweiz überdurchschnittlich häufig unter Depressionen und Angststörungen litten. Nadina Diday (SP) hat aber gesagt, es gebe keine Zahlen für die Schweiz. Was stimmt? Vielleicht habe ich es zu wenig genau gelesen, ich glaube aber, dass das nicht ganz widerspruchsfrei ist. Wir haben uns im Rat schon oft über verschiedene Zielgruppen unterhalten und dabei gesehen, dass es je nach Thema Abweichungen zwischen Gruppen gibt: Frauen und Männer, Einheimische und Zugezogene, Raucher und Nichtraucher, Schweizer und Deutsche. Da stellt sich die Frage, wo man die Grenze zieht. Man kann das unendlich weit diversifizieren und für jede überdurchschnittlich betroffene Gruppe eine Speziallösung suchen. Was ist nötig und was ergibt Sinn? Für die Die Mitte ist entscheidend, dass die Gesundheitsversorgung für alle Bewohnerinnen und Bewohner sichergestellt und gleichermassen zugänglich ist, unabhängig von Herkunft und Hintergrund. Bei den finanziellen Konsequenzen gebe ich dir allerdings recht, Nadina Diday (SP). Diese sind immer grösser, wenn man nur Nachsorge statt Vorsorge betreibt. Das sieht man auch bei der IV, deren finanzielle Schwierigkeiten stetig wachsen. Da bin ich ganz bei dir. Aber wenn, dann bitte für alle und nicht nur für wenige. Ich dachte, das sei das Motto der SP.*

Tanja Maag (AL): *Ich finde, einige haben sich in das Thema der Zielgruppe verbissen. Community Health ist nicht einfach eine Methode, sondern eine Grundhaltung dazu, wie man im Gesundheitswesen arbeiten könnte oder sollte. Ich rede bewusst im Konjunktiv, weil unsere Welt stark «medikalisiert» ist und unser Gesundheitssystem soziale, physische und psychische Aspekte nicht ganzheitlich betrachtet. Community Health ist ein interdisziplinärer, ganzheitlicher Ansatz, der den Gesundheitszustand einer Gemeinde oder eines Teils davon in den Blick nimmt. Er fördert die Zusammenarbeit zwischen Öffentlichkeit und privaten Akteur*innen. So entsteht ein Netz für eine sorgende Gemeinschaft, damit es gar nicht erst so weit kommt, dass jemand wegen einer psychischen Belastung in eine Klinik eingewiesen werden muss. Das überzeugt uns. Deshalb sehen wir auch gerade in dem Bereich Potenzial, wo psychische Erkrankung und Migrationshintergrund zusammenkommen. Das betrifft sicher nie alle, und es ist auch nicht gemeint, dass das eine das andere bedingt. Aber wo beide Faktoren zusammentreffen, muss man ganzheitlich vorgehen, soziale und gesundheitliche Faktoren prüfen und schauen, wie sich die Lebensqualität verbessern lässt. Dabei halten wir diesen Ansatz für wirksam.*

Das Postulat wird mit 75 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

854. 2026/2
Motion von Oliver Heimgartner (SP), Anna Graff (SP), Dominik Waser (Grüne) und 10 Mitunterzeichnenden vom 07.01.2026:
Abgabe eines Gutscheins für einen Interrail Global Pass für 7 Reisetage auf den 18. Geburtstag

Ausstand: Benedikt Gerth (Die Mitte)

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Oliver Heimgartner (SP) *begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 5656/2026): Die SP und die Grünen fordern mit dieser Motion, dass künftig alle 18-Jährigen in der Stadt einen Gutschein für einen Interrail-Pass erhalten. Damit wollen wir einen kleinen Beitrag leisten, damit sich alle jungen Erwachsenen eine erste Ferienreise leisten können und vor allem auch einen Beitrag dazu, unseren Klimaschutzzielen näherzukommen. Billigflüge werden immer billiger, während internationale Bahnreisen häufig teurer sind und viele, die das Reisen mit dem Zug nicht gewohnt sind, die Fahrdauer abschreckt. Der Gutschein wäre ein schönes, niederschwelliges Angebot, um zu erleben, wie toll eine Interrail-Reise sein kann. Es ist erwiesen, dass unsere Gewohnheiten stark beeinflussen, wie wir uns fortbewegen. Wer früh im Leben mit dem Zug in die Ferien fährt, tut das auch später eher. Das zeigt die Auswertung eines EU-Programms, das jedes Jahr 10 000 kostenlose Interrail-Pässe an 18-Jährige vergibt: 93 Prozent der Teilnehmenden gaben an, nach diesem Erlebnis häufiger Zug fahren zu wollen. Städte wie Hamburg oder Frankfurt haben mit kostenlosen Interrail-Pässen für junge Erwachsene sehr gute Erfahrungen gemacht. Neben dem Beitrag zum Klimaschutz fördern solche Programme nachweislich auch die Selbstständigkeit und die Sprachkompetenz. Ich richte eine Frage an die Rednerinnen und Redner der anderen Parteien, die den Vorstoss ablehnen und wohl sagen werden, er bringe nichts: Was ist denn euer Vorschlag, um die indirekten Emissionen der Stadtzürcher Bevölkerung zu senken? Wir haben bisher keinen realistischen Plan, um das von der Bevölkerung beschlossene Klimaziel bei den Emissionen zu erreichen, die die Bevölkerung ausserhalb des Stadtgebiets verursacht. Aus meiner Sicht müssen wir mutig sein und genau in diesem Bereich mit konkreten Ideen und Angeboten die Bevölkerung bei klimafreundlicherem Verhalten unterstützen. Natürlich wird dieser Vorstoss allein die indirekten Emissionen nicht ausreichend senken, aber er ist ein Beitrag. Dass ein vergünstigter öffentlicher Verkehr (ÖV) bei der Bevölkerung gut ankommt, hat die Annahme des 365-Franken-Jahresabos gezeigt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Wir beantragen, uns diesen Vorstoss als Postulat zu überweisen, damit wir weitere Abklärungen vornehmen können. Es ist richtig, dass das Fliegen das grösste Problem ist, wenn wir uns bei den indirekten Emissionen unserem Ziel annähern wollen. Nun stellt sich die Frage, wofür wir unser Geld einsetzen. Es ist ja nicht so, dass dies ein erster Beitrag wäre, denn wir tun im Bereich der Flugemissionen bereits einiges. Wir haben die Unterstützungen im Programm KlimUp und das Klimaforum, in dem*

wir mit Fachleuten zusammensitzen und nach Lösungen suchen. Zudem haben wir zusammen mit Zürich Tourismus eine Studie durchgeführt, in der Zukunftsszenarien für das internationale Reisen entwickelt wurden. Die Frage ist letztlich, was ein solcher Gutschein nachhaltig bringt. Weiter stellt sich die Frage, ob 18 Jahre das richtige Alter für eine solche Unterstützung ist, unabhängig davon, ob sie gratis ist oder nicht. Da noch viele Fragen offen sind, bitten wir Sie, das Anliegen als Postulat zu überweisen.

Weitere Wortmeldungen:

Thomas Hofstetter (FDP): *Ein Interrail-Ticket zum 18. Geburtstag, bezahlt von der Stadt Zürich, klingt auf den ersten Blick sympathisch. Die Frage ist nur, ob es Aufgabe der Stadt ist, ihren Einwohnerinnen und Einwohnern eine Europareise zu finanzieren. Fast eine Million Franken soll dieses Geschenk jährlich kosten, unabhängig davon, ob jemand auf finanzielle Unterstützung angewiesen ist oder nicht. Einmal mehr soll das Geld mit der Giesskanne verteilt werden, wie beim Abo für 365 Franken oder bei der 13. AHV-Rente. Dabei hat die Stadt Zürich kürzlich den ersten Verlust seit zehn Jahren geschrieben. Die Zukunft sieht nicht rosiger aus. Für das Jahr 2026 und die Folgejahre sind Verluste budgetiert. Gleichzeitig steigt die Verschuldung. Wir können nicht ständig über die angespannte Finanzlage diskutieren und gleichzeitig immer neue staatliche Geschenke verteilen. Die Befürworter begründen ihren Vorstoss mit dem Klimaschutz. Doch selbst STR Andreas Hauri kann nicht sagen, ob damit tatsächlich Flugreisen verhindert werden. Er weist sogar darauf hin, dass mit dem eingesparten Geld möglicherweise zusätzliche Reisen stattfinden. Wir geben also fast eine Million Franken aus und wissen nicht einmal, ob wir damit einen einzigen Flug einsparen. Mit 18 Jahren wird man volljährig und erhält neue Rechte, aber auch Pflichten. Dazu gehört für mich, Verantwortung für die eigenen Entscheide und Ausgaben zu übernehmen. Ich habe selbst eine Lehre gemacht und musste damals für meine Ausgaben und Entscheide geradestehen. Ich habe zu Hause Geld abgegeben, die Krankenkasse selbst bezahlt und den Rest zum Reisen oder für den Ausgang genutzt. Wer Europa mit dem Zug entdecken will, sollte das unbedingt tun. Ich habe es auch gemacht. Aber das muss nicht die Allgemeinheit finanzieren. Zürich hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Es ist höchste Zeit, Prioritäten zu setzen, statt das Geld der Steuerzahler mit der Giesskanne zu verteilen. Wir lehnen die Motion wie die Umwandlung in ein Postulat entschieden ab.*

Susan Wiget (AL): *Dass wir Stadtzürcher*innen zu viel fliegen, wissen wir spätestens seit dem Netto-Null-Zwischenbericht 2025: 84 Prozent aller Flüge finden in der Freizeit statt. Auf diese könnte man eigentlich verzichten. Flüge sind also der grösste Hebel, um Treibhausgase zu reduzieren. Darum verstehe ich, dass ihr diesen Vorschlag bringt. Aus unserer Sicht ist er aber einfach ein «Goodie», das nicht wirklich wirkt. Davon Gebrauch machen würden vor allem Jugendliche, die ohnehin sensibilisiert und vielleicht sogar ans Zugfahren gewöhnt sind. Verhaltensänderungen zu erreichen, ist schwierig. Wir können uns ja selbst einmal fragen, wie gut uns das gelingt. Ich glaube trotzdem – da sind sich in meiner Partei wohl nicht alle einig –, dass man über Erziehung, Aufklärung, Vorbildfunktion und letztlich auch über Regulierung und den Preis mehr erreichen könnte, auch wenn das schwierige Themen sind. Zudem stellt sich die Frage, weshalb Stadtzürcher Jugendliche gegenüber allen anderen jungen Menschen im Land bevorzugt werden sollen. Wir finden, dass das nichts bringt, und sind in diesem Fall gleicher Meinung wie Thomas Hofstetter (FDP): Das Geld wäre nicht gut investiert. Wie STR Andreas Hauri sagt, ist Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ) dafür zuständig und bereits an einem Massnahmenpaket dran. Auf dieser Ebene müsste noch mehr passieren. Auf städtischer Ebene ist es ohnehin schwierig. Wir lehnen Motion wie auch Postulat ab.*

Janina Flückiger (Grüne): *Susan Wiget (AL) hat den Netto-Null-Bericht erwähnt. Ich habe ebenfalls hineingeschaut und finde, die Zahlen müssen uns wirklich aufrütteln. Die*

flugbedingten Treibhausgasemissionen nehmen zu und machen den grössten Teil unserer indirekten Emissionen aus. Jede Stadtzürcherin und jeder Stadtzürcher fliegt im Durchschnitt unglaubliche 10 000 Kilometer pro Jahr – grösstenteils innerhalb Europas, wo es durchaus Alternativen gäbe. Wenn wir es mit unseren Klimazielen ernst meinen, müssen wir bei den Flugemissionen ansetzen und Verhaltensänderungen bewirken. Um Routinen aufzubrechen, helfen emotionale Schlüsselerlebnisse: Der 18. Geburtstag eignet sich bestens dafür mit einer ersten grossen, selbstständigen Reise per Interrail. Das kann darüber entscheiden, ob junge Menschen später ganz selbstverständlich ein Billigflugticket buchen oder sich aufgrund positiver Erfahrungen doch für den Zug entscheiden. Diese Massnahme ist darum eine Investition in die Klimakompetenz der nächsten Generation. Gerne würden wir den jungen Erwachsenen dieses nachhaltige Signal zum Geburtstag schenken. Da viele Parteien das leider ablehnen, bin ich auch sehr gespannt auf die vielen Vorschläge, wie Ihr die Flugemissionen senken wollt.

Karin Stepinski (Die Mitte): *Die Stadt steht aktuell vor wirklich grossen finanziellen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund halten wir diese zusätzliche Ausgabe für nicht vertretbar. Das Ziel, junge Menschen früher für den ÖV zu gewinnen, begrüssen wir. Alle Jugendlichen mit der Giesskanne zu unterstützen, ganz unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Familien, ist aus unserer Sicht aber definitiv nicht zielführend. Wir von Die Mitte setzen uns weiterhin konsequent dafür ein, dass Menschen dort Unterstützung erhalten, wo sie sie wirklich brauchen. Das ist bei diesem Geschenk nicht der Fall. Zudem würde die Motion den Zug gegenüber anderen Verkehrsmitteln wie etwa dem Fernbus bevorzugen. Für eine ökologisch sinnvolle Förderung müssten wir auch Alternativen berücksichtigen und die Umweltbilanz jeder einzelnen Verbindung anschauen. Wir unterstützen den Vorstoss darum nicht.*

Christine Huber (GLP): *Die vorliegende Motion ist sympathisch. Reisen erweitert den Horizont, fördert das Verständnis für andere Kulturen und vermittelt jungen Menschen wertvolle Erfahrungen. Daran besteht kein Zweifel. Erstens soll die Stadt Zürich aber definitiv keine privaten Freizeit- und Ferienreisen finanzieren. Ein Reisegutschein zum 18. Geburtstag mag attraktiv sein, ist aber keine städtische Aufgabe. Zweitens stellt sich die Frage der Gleichbehandlung. Nicht alle Jugendlichen haben dieselben Möglichkeiten oder Interessen. Einige würden den Interrail-Pass begeistert nutzen, andere könnten ihn aus familiären, gesundheitlichen, beruflichen oder finanziellen Gründen gar nicht einsetzen. Es ist fragwürdig, Steuergelder für eine Leistung auszugeben, deren Nutzen für einen erheblichen Teil der Zielgruppe ungewiss ist. Drittens würde ein solches Geschenk beträchtliche Kosten verursachen, selbst wenn nur ein Teil der Berechtigten den Gutschein einlöst. Angesichts der zahlreichen Herausforderungen, vor denen die Stadt steht, müssen wir genau überlegen, wo öffentliche Mittel die grösste Wirkung entfalten. Mir ist auch nach dem Votum von Janina Flückiger (Grüne) nicht klar, weshalb ausgerechnet die Volljährigkeit mit einem spezifischen Reiseangebot verbunden werden soll. Das Anliegen ist gut gemeint, doch eine gute Absicht allein genügt nicht, um eine solche Leistung einzuführen und zu finanzieren. Die GLP lehnt Motion und Postulat ab.*

Markus Weidmann (SVP): *Bravo GLP, es freut mich, dass ihr die richtige Antwort doch noch gefunden habt. Zuerst zu den Kosten, denn eines muss man sich merken: Gratis ist nie gratis. Der Stadtrat rechnet mit 970 000 Franken Kosten, also rund einer Million Franken – jedes Jahr, ohne Ende. Bezahlen müssten das die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, darunter viele Familien, Gewerbler und Lehrlinge, die sich ihre Ferien selbst verdienen. Wer verteilt, was er nicht verdient hat, ist kein Gönner, sondern spendiert mit fremdem Portemonnaie. Auch der versprochene Klimanutzen geht nicht auf, Oliver Heimgartner (SP). Der Stadtrat gibt selbst zu, dass die Massnahme zu mehr Reisen führen kann. Die Jungen fahren also nicht Zug, statt zu fliegen, sondern tun dies zusätzlich: im Sommer gratis mit Interrail und in den Herbstferien mit dem Flieger nach*

Mallorca. Für das Klima ist das nicht weniger, sondern mehr. Gut 60 Prozent der Flugemissionen stammen ohnehin von Interkontinentalflügen, und kein 18-Jähriger fährt mit Interrail nach Bali. Ausserdem gibt es das Angebot längst. Der Stadtrat zeigt selbst auf, wie attraktiv Interrail schon heute ist. Wer reisen will, kann das auch ohne Gutschein der Stadt. Eigenverantwortung ist kein Auslaufmodell. Das Postulat macht es nicht besser. Es verlangt eine teure Studie, um herauszufinden, ob eine teure Idee etwas bringt. Mit «Zürich fliegt anders», KlimUp, der Nachtzugstudie und dem Klimaforum hat die Stadt bereits einen ganzen Strauss von Projekten am Laufen. Wir brauchen keine neuen Abklärungen, sondern endlich Ausgabendisziplin. Darum sagt die SVP Nein zur Motion und zum Postulat. Die Stadt ist kein Reisebüro und der Steuerzahler nicht der Götti.

Serap Kahriman (GLP): *Dieser Rat überrascht mich immer wieder, heute auch Rot-Grün. Die Motion tut nämlich genau das, was ihr selbst immer wieder zu Recht anprangert: Sie macht den Klimawandel zum Problem des Einzelnen und schiebt die ganze Verantwortung auf den Verbraucher. Dabei wissen wir alle, dass das viel zu kurz greift, weil unsere gesamte gesellschaftliche und wirtschaftliche Infrastruktur auf fossiler Energie beruht. Das klassische Beispiel dafür ist der CO_2-Fussabdruck, den der Ölkonzern BP p.l.c. schon vor Jahren eingeführt hat. Er sorgt dafür, dass wir alle ein schlechtes Gewissen haben, wenn wir einfach unser Leben leben. Dazu führt auch dieser Vorstoss: Das Problem wird wieder auf die Einzelperson abgewälzt, nach dem Motto «Schau du, wie wir das lösen». Es braucht aber systemische Grundlagen und Veränderungen, keine Einzelpersonen, die das Problem mit Konsumverzicht lösen sollen. Denn es ist viel zu gross, als dass es damit gelöst wäre, dass jemand einmal nicht fliegt.*

Sven Sobernheim (GLP): *Wissen Sie, welche Reiseform ökologischer als der Zug ist? Der gut ausgelastete Fernbus. Genau diese Reiseform nutzen die 18- bis 21-Jährigen in der Stadt. Denn der Fernbus ist günstiger als ein Flug und die Geschwindigkeit ist in diesem Alter nicht der entscheidende Faktor. Wenn Sie also etwas fördern wollen, dann sorgen Sie dafür, dass der Carparkplatz für die Fernbusse erhalten bleibt. Das hilft den 18- bis 21-Jährigen in der Stadt für ihre Erlebnisse in Europa viel mehr.*

Stefan Urech (SVP): *Wer schon einmal mit mir auf Kommissionsreise war, weiss: Ich habe gar nichts gegen Nachtzüge. Ich bin jeweils einer der wenigen Bürgerlichen, die mit den Linken im Nachtzug fahren – egal, wohin es geht. Diesen Vorstoss finde ich aber wirklich stossend. Zuerst stört mich, wie schon STR Andreas Hauri, dass man behauptet, das solle ein erster Schritt Richtung Netto-Null sein. Ihr habt seit drei Jahrzehnten die Mehrheit im Parlament und euer erster Schritt ist ein Gratisbillett für Jugendliche. Ihr behauptet, damit fördere man ihre Selbstkompetenz. Das lenkt von den Fakten ab. Ihr wollt vom Flugverkehr wegkommen. Schauen wir uns die Destinationen an, die von Zürich aus täglich am häufigsten angeflogen werden: Mit Abstand an der Spitze liegt Frankfurt mit 20 Flügen pro Tag. Da sitzen keine Jugendlichen drin, die fliegen nicht freiwillig nach Frankfurt. Das sind Businesstrips. Kein einziger Geschäftsmann wird auf den Zug umsteigen. Auf Platz zwei folgt mit 17 Flügen pro Tag Palma de Mallorca. Erklärt mir bitte, wie man mit dem Zug nach Palma kommt. Danach kommt London: wieder Wochenend- und Businesstrips. Wollt ihr ernsthaft behaupten, dass da jemand auf eine neuneinhalbstündige Zugfahrt umsteigt? Das wird nicht passieren. Auch Pristina ist unter den Top Ten. Mit dem Zug nach Pristina kann man vergessen. Schaut euch die Dinge seriöser an. Zu eurer Frage nach unserem Vorschlag: Null Emissionen heisst null Spass. Wer keine Emissionen will, bleibt zu Hause und läuft auf den Uetliberg.*

Oliver Heimgartner (SP) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln:

Die Motion wird mit 54 gegen 63 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

855. 2026/3
Motion von Dominik Waser (Grüne), Anna Graff (SP), Oliver Heimgartner (SP) und 10 Mitunterzeichnenden vom 07.01.2026:
Auf- und Ausbau von konkurrenzfähigen Flugalternativen im internationalen Zug- und Busverkehr zur Vermeidung von Flugreisen

Ausstand: Benedikt Gerth (Die Mitte)

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Anna Graff (SP) *begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 5657/2026): Mit diesem Vorstoss fordern SP und Grüne, dass die Stadt konkurrenzfähige Alternativen zum Flugzeug im internationalen Bus- und Zugverkehr auf- und ausbaut sowie Massnahmen ergreift, um Flugreisen zu vermeiden. Im Wesentlichen geht es darum, das Massnahmenpaket M4 «Klimaschonender internationaler Personenverkehr» des städtischen Klimaschutzplans zu konkretisieren. Der Klimaschutzplan sieht bis zum Jahr 2035 unter anderem ein Monitoring des Flugverkehrs und die Entwicklung von Massnahmen vor, deren Stand sich im Netto-Null-Cockpit verfolgen lässt. Gestützt auf das Monitoring sollen Massnahmen zur Vermeidung, Verlagerung und Verbesserung des Flugverkehrs entwickelt und umgesetzt werden. Ich muss anmerken, dass die Entwicklung von Massnahmen als Massnahme natürlich enorm unkonkret ist. Solange nichts Konkretes dazu beiträgt, dass Zürcher*innen weniger fliegen, ist bei den Emissionen keine Verbesserung zu erwarten. An diesem Punkt droht das städtische Klimaziel zu scheitern, was STR Andreas Hauri in der vorherigen Diskussion bestätigt hat. Schauen wir uns die Zahlen an: Im Jahr 2024 verzeichnete Zürich pro Einwohner*in und Jahr 3,2 Tonnen Emissionen, die nur auf den Flugverkehr zurückgehen. Das ist ein Höchstwert und entspricht dem 3,4-fachen des Jahres 1990. Diese 3,2 Tonnen machen über 80 Prozent der Mobilitätsemissionen aus, die die Stadtbevölkerung ausserhalb des Stadtgebiets verursacht. Insgesamt betragen sie ausserdem das 1,5-fache der direkten Emissionen pro Person in der Stadt. Diese Emissionen müssen unbedingt sinken. Die Stadt muss konkret dazu beitragen, dass weniger geflogen wird. Wie wir vorhin schon gehört haben, zeigt der Netto-Null-Zwischenbericht, dass vor allem in der Freizeit geflogen wird. Etwa 84 Prozent der Flugdistanzen entfallen auf Ferien, Städtetrips oder Besuche, nicht Geschäftsreisen. Rund 70 Prozent der Flüge steuern ein Ziel innerhalb von Europa an. Ein Grossteil davon könnte und müsste künftig mit dem internationalen Zug- und allenfalls Busverkehr erreichbar sein. Das will diese Motion möglich machen. Die Stadt soll bei der weiteren Bearbeitung des Klimaschutzplans mit Nachdruck am Auf- und Ausbau konkurrenzfähiger Zug- und Busverbindungen arbeiten und dem Gemeinderat einen entsprechenden Massnahmenplan vorlegen. Wir denken insbesondere an schnelle Direkt- und Nachtzugverbindungen zu wichtigen Destinationen wie London, aber auch nach Spanien, Portugal oder Schweden, um nur einige zu nennen. Uns ist bewusst, dass die Förderung des internationalen Zugverkehrs inklusive Nachtzüge gemäss CO_2-Gesetz eigentlich Sache des Bundes ist. Doch weder der Bundesrat noch die Mehrheit im Bundeshaus nehmen diese Verantwortung wahr. Im Gegenteil flossen im letzten Bundesbudget bspw. 10 Millionen Franken, die für eine Nachtzugverbindung nach Malmö vorgesehen waren, stattdessen in die Luftfahrt. Das ist komplett absurd und in-*

akzeptabel. Städte wie Zürich, die von solchen Entscheiden direkt betroffen sind, müssen die Lücke schliessen, damit wir in einer Zeit dynamischer Entwicklungen den Anschluss an das internationale Zug- und Busnetz nicht verlieren. Für Zürich gilt das besonders, denn die Stadt hat nicht nur eine äusserst reisefreudige Bevölkerung, sondern ist als führender Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftsstandort auch eine wichtige Reisedestination. Das Potenzial ist riesig. Allein für Nachtzüge und Nachtbusse auf Distanzen bis 1500 Kilometern hat die Studie «Nachtsprung Zürich 2040» zehn strategische Potenziale festgestellt. Ich nenne einige Beispiele: ein europäisches Städtebündnis, ein Investitionsfonds für Nachtverbindungsinnovationen, aktive Destinationsentwicklung, die Integration von Angeboten in digitale Buchungsplattformen oder eine eigene Zürcher Flotte moderner, komfortabler Nachtbusse. Die Stadt hat also zahlreiche Möglichkeiten, konkret zu handeln, und wir wollen dazu rasch ein verbindliches Engagement.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Wie vorhin bereits diskutiert, sind Flugemissionen ein Problem. Wir suchen mit verschiedensten Aktivitäten und gemeinsam mit den Stakeholdern immer wieder nach Lösungen. Die Motion verlangt eine kreditschaffende Weisung und betont, dass insbesondere für schnelle Direktverbindungen zu Destinationen wie London ein Massnahmenpaket vorzulegen sei. Ich kann Ihnen sagen: Ein Massnahmenpaket zur finanziellen Unterstützung von Zugreisen nach London werden wir Ihnen nicht vorlegen. Das ergibt wirklich keinen Sinn. Wir haben auf Bundesebene ein Problem. Dort setzen wir uns ein, so gut es geht; sei es bei Vernehmlassungen oder in Fachgruppen, wo meine Fachleute dabei sind und nach Lösungen suchen. Das eigentliche Problem ist, dass Fliegen billig ist und es keine Vollkostenrechnung gibt. Zürich kann nicht selbst einen Zug nach London organisieren. Das geht technisch nicht und finanziell ist es auch Blödsinn. Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir uns überall, wo es geht, dafür einsetzen, die Flugemissionen zumindest etwas zu reduzieren.*

Weitere Wortmeldungen:

Christian Häberli (AL): *Unsere Fraktion teilt die Auffassung, dass ein konsequenter Verzicht auf Flugreisen eine der wirksamsten Massnahmen gegen den Ausstoss von Treibhausgasen ist und dass die Stadt prüfen soll, wie sich die Zahl der Flugreisen reduzieren lässt. Danach hört unsere Sympathie für die Motion aber schnell auf. Schon vor ziemlich genau zwei Jahren haben wir uns bei einem ganz ähnlichen Vorstoss gegen die Beschaffung von Nachtzugkompositionen durch die Stadt ausgesprochen. An dieser Position hat sich nichts geändert. Noch kritischer sehen wir die Forderung nach konkurrenzfähigen Flugalternativen im Busverkehr. Wie stellen sich die Motionär*innen ein Busangebot vor, das mit Billigflügen mithalten kann? Will man ernsthaft Firmen wie FlixBus fördern, die wegen ihrer Arbeitsbedingungen dauernd in der Kritik von Gewerkschaften, Medien und den Fahrern selbst stehen? Zudem ist der Vorstoss unvollständig. Wenn schon, müsste er verlangen, dass für jede neue Alternative eine Flugverbindung in Kloten gestrichen wird. Sonst greifen die Alternativen gar nicht, sondern erweitern einfach das Mobilitätsangebot. Würde man hingegen für jede Ersatzverbindung eine Flugbewegung streichen, gäbe es auch weniger Engpässe am Flughafen Kloten, und die Nachtruhe könnte endlich so sichergestellt werden, wie es die Gesetzgebung vorsieht. Aber die Nachtruhe-Initiative wurde im Kantonsrat ja nur von der AL unterstützt. Hinzu kommt, dass sich jede Staatsebene stufengerecht um ihren Verkehr kümmern soll: der Bund um die internationalen Fernverbindungen, der Kanton im Rahmen des Zürcher Verkehrsverbunds (ZVV) um den Regionalverkehr und die Stadt um den kommunalen öffentlichen Nahverkehr. Wir unterstützen die Umwandlung in ein Postulat mit folgender*

Textänderung: Der Teilsatz «den Auf- und Ausbau von konkurrenzfähigen Flugalternativen im internationalen Zug- und Busverkehr» wird gestrichen. Das Postulat würde dann lauten: «Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, mit der die Stadt im Rahmen des Massnahmenpakets M4 des städtischen Klimaschutzplans die Vermeidung von Flugreisen fördern kann.»

***Yves Peier (SVP)** stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat: Offenbar meint Rot-Grün, die Stadt Zürich solle neu für das gesamte europäische Schienennetz zuständig sein, weil Bern angeblich nicht spurt. Was kommt als Nächstes? Eine Zürcher Volksbahn mit blau-weiss lackierten Schlafwagen namens «Zürich West» und der Stadtrat verteilt persönlich vegane «Gipfeli» im Nachtzug nach Rom? Das wäre in meinen Augen eine bürokratische Geisterbahn. Denn es gibt ein kleines Problem, liebe links-grüne Traumtänzer: Die Stadt Zürich betreibt weder die SBB noch die Deutsche Bahn noch den Eurostar. Internationale Zugverbindungen sind primär Sache des Bundes und der Verkehrsunternehmen. Nach der Logik der Motionäre könnten wir auch gleich die Armee übernehmen, wenn uns die Beschaffung der Kampfjets zu langsam geht. Zürich hat genug eigene Aufgaben und genug eigene Ausgaben. Wer weniger fliegen will, kann schon heute den Zug nehmen. Dafür braucht es keinen städtischen Förderkredit. Der Stadtrat zählt in seiner Antwort zahlreiche Aktivitäten auf, die bereits laufen: das Programm KlimUp, das Klimaforum, Studien, Stakeholder-Plattformen und das paternalistische Projekt «Zürich fliegt anders». Neue internationale Zugverbindungen entstehen nicht durch zusätzliche Beschlüsse, Studien und Subventionen im Zürcher Rathaus, sondern durch Angebot, Nachfrage und eine gute Infrastruktur. Dass der Stadtrat die Motion ablehnt, ist kein politischer Mut, sondern das absolute Minimum an Vernunft. Dass Sie den Vorstoss aber als Postulat entgegennehmen wollen, führt jede politische Glaubwürdigkeit ad absurdum. Sie wissen genau, dass die Stadt weder internationale Bahnlinien bauen noch über deren Finanzierung oder Fahrplan bestimmen kann. Über diese Kompetenz verfügt sie einfach nicht. Offenbar fällt es dem Stadtrat leichter, die Verwaltung mit sinnlosen Abklärungen zu beschäftigen, als der Ratsmehrheit klar zu sagen, dass ihr Vorstoss utopisch ist. Politische Führung bedeutet nicht, jeden unrealistischen Wunsch mit einem Postulat zu besänftigen, sondern auch einmal Nein zu sagen. Wir brauchen keinen Bericht über internationale Schlafwagenromantik. Die SVP lehnt die Motion und eine Umwandlung in ein Postulat sowie die Textänderung der AL ab.*

***Brenda Mäder (FDP):** Etwas an dieser Motion finde ich sehr erfrischend: Sie sagt ganz offen, der Bund habe versagt und Zürich müsse einspringen. Genau das wollen wir aber nicht. Erstens müssen wir hier keine Bundesprobleme lösen. Wenn ihr mit dieser Politik unzufrieden sind, wendet euch an die Kolleginnen und Kollegen in Bern. Zweitens wurde bereits erwähnt, dass die Voraussetzungen dafür fehlen, dass Zürich ein Reisebüro eröffnet. Das viel besprochene Budget würde es auch nicht aufbessern. Drittens klingt die Idee nach sehr viel Geld und sehr wenig Wirkung. Wir erkennen nämlich auch einen Logikfehler. Wie der Stadtrat in seiner Antwort erwähnt, stammen 60 Prozent der Flugemissionen von interkontinentalen Flügen. Ein subventionierter Zug nach London wird also kaum jemanden davon abhalten, aus Bangkok zu uns zu fliegen. Eine schlaue Idee ist das nicht. Darum lehnen wir die Motion und auch die Umwandlung in ein Postulat ab. Da gibt es nicht viel zu prüfen, die Textänderung der AL macht es nicht besser.*

***Karin Stepinski (Die Mitte):** Die Klimaziele begründen einen Handlungsauftrag, den wir ernst nehmen müssen. Doch alles, was wir tun, muss machbar und finanzierbar bleiben, gerade angesichts der aktuellen finanziellen Lage der Stadt. Wie STR Andreas Hauri bereits gesagt hat, ist der Handlungsspielraum der Stadt bei diesem Anliegen sehr begrenzt, denn entscheidende Kompetenzen liegen beim Bund. Links-Grün mag ihm Untätigkeit vorwerfen, aber es ist nicht Aufgabe der Stadt Zürich und schon gar nicht der Zürcher Steuerzahler, dem Bund unter die Arme zu greifen. Zudem fördert die Stadt mit*

dem Programm KlimUp und Projekten wie «Zürich fliegt anders» bereits einen ganzen Haufen Alternativen zum Fliegen. Am Engagement fehlt es also definitiv nicht. Internationale Verbindungen ab Zürich dienen der ganzen Region und weit darüber hinaus. Warum sollen die Zürcher Steuerzahler ihren Ausbau allein finanzieren, wenn die halbe Schweiz davon profitiert? Dafür gibt es eine klare Aufgaben- und Kostenteilung sowie einen Leistungsauftrag an die SBB, den wir nicht auf der Ebene der Stadt präzisieren müssen. Gerade wenn die städtischen Finanzen unter Druck sind, brauchen wir keine parallele Förderpolitik. Wir lehnen die Motion, die Textänderung und das Postulat ab.

Jane Bailey (SVP): *Man kann es nicht lassen, die Bürger dauernd zu bevormunden, sie mit unnötigen Alternativen und Möglichkeiten zu beschallen und ihnen permanent vorzuschreiben, wie sie zu leben, sich fortzubewegen und gefälligst zu reisen haben. Der selbstständige Bürger, das geht ja gar nicht. Und schon wieder ist von der Vermeidung von Flugreisen die Rede. Jetzt soll die Stadt Zürich also auch noch internationale Zug- und Busverbindungen subventionieren. Die Förderung des internationalen Bahnverkehrs ist, wie meine Vorredner bereits gesagt haben, in erster Linie Sache des Bundes. Die Stadt Zürich hat bereits mehr als genug unnötige eigene Ausgaben und finanzielle Verpflichtungen. Sie muss nicht auch noch zur Ersatzkasse für Bundessubventionen werden. Das Loch im Budget wird immer grösser, nicht kleiner. Internationale Verkehrspolitik ist keine kommunale Aufgabe, der Zürcher Steuerzahler kein Blankoscheck.*

Janina Flückiger (Grüne): *Wer in Zürich für eine umweltfreundliche Reise in den Zug steigt, merkt schnell: Internationale Bahnreisen in Europa sind im Vergleich zu staatlich subventionierten Billigflügen oft teurer und komplizierter und es fehlt an Direkt- und Nachtzugverbindungen. Es wäre ja wunderbar, wenn Bundesbern seine Aufgabe wahrnehmen würde. Doch dort haben wir leider keine Mehrheit. Der Bund kümmert sich nicht um eine attraktive Anbindung der Schweiz an das europäische Schienennetz. Gelder werden sogar noch in die Luftfahrt umverteilt. Angesichts dieser Untätigkeit und der kontinuierlich steigenden Flugemissionen der Zürcher Bevölkerung darf die Stadt nicht länger tatenlos zusehen. Darum haben wir Grünen diese Motion miteingereicht. Wie gross das Potenzial ist, zeigt eine neue Studie: London ist mit 50 Flügen pro Tag das meist angeflogene Ziel. Dorthin könnte man direkt mit dem Zug oder dem Bus fahren. Wir fordern deshalb, im Rahmen des städtischen Klimaschutzplans gezielt konkurrenzfähige Alternativen zum Fliegen ab Zürich zu fördern. Der Stadtrat verweist in seiner Antwort auf diverse Projekte wie das Programm KlimUp oder Nachtbusangebote wie den Twiliner. Das anerkennen wir durchaus. Doch eine punktuelle Projektförderung genügt nicht, um die nötige Hebelwirkung gegen die übermächtigen Fluganbieter zu entfalten.*

Patrick Stählin (GLP): *Der zuständige Bundesrat verweigert auf Vorrat die Unterstützung der Nachtzüge, zu der der Bund laut dem CO_2-Gesetz verpflichtet wäre. Das können wir mit dieser Motion leider nicht ändern. Eine kreditschaffende Weisung auf städtischer Ebene sehen wir nicht. Das Massnahmenpaket M4 beinhaltet, wie bereits mehrfach gesagt wurde, schon mehrere Massnahmen. Wir verlangen vom Stadtrat natürlich, dass er diese umsetzt. Das geschieht auch. Das Paket M4 hängt aber mehrheitlich vom Willen der Leute ab. Verzicht zu predigen, funktioniert nicht. Das haben die letzten Abstimmungen auf nationaler Ebene gezeigt. Was aber funktioniert, ist ein breiteres und einfacheres Angebot. Wir erwarten, dass der Stadtrat dafür auf Bundesebene vorstellig wird. Den Betrieb einer eigenen Flotte oder eigener Züge sehen wir natürlich nicht. Darum werden wir den Vorstoss als Postulat annehmen, als Motion aber ablehnen.*

Jean-Marc Jung (SVP): *Sie wollen Flüge zugunsten des europäischen Zugverkehrs oder des Fernbusses reduzieren. Gut ausgelastete Fernbusse sind in etwa gleich klimaschonend wie Züge, zumal nicht alle internationalen Züge in Europa besonders klimaschonend angetrieben werden. In einigen Ländern ist der Anteil an Kohle- und Gas-*

strom hoch, die Züge fahren dort oft mit fossiler Energie. Bei der SBB haben wir quasi eine heile Welt: Dank eigener Wasserkraftwerke und eines eigenen Übertragungsnetzes fährt sie zu 100 Prozent mit klimafreundlicher Energie. In Deutschland ist der Strom dagegen nur zu 72 Prozent klimafreundlich. Der Rest stammt aus Kohle und Erdgas. Zudem haben nicht alle Strecken eine Oberleitung, was die Bilanz noch verschlechtert. In anderen europäischen Ländern sieht es nicht besser aus. Das Fliegen bleibt zwar eine CO_2-Schleuder und die Bahn ist tatsächlich besser, aber gut ist sie auch nicht. Beim Fernbusverkehr ist die Umrüstung auf Elektrofahrzeuge langsam im Gang. Diese sind zwar teurer in der Anschaffung, aber im Betrieb günstiger. Der Bus hat zudem den Vorteil, dass er die bestehende Strasseninfrastruktur nutzt, die allerdings vielerorts selbst übernutzt ist. Das gilt europaweit auch für das Schienennetz. Es ist massiv überlastet und in schlechtem Zustand. Der Bau von heute fehlenden Schienen, Tunnels und Brücken würde gigantische Mengen an Beton und Stahl verschlingen, was sehr CO_2-intensiv ist. Die Verlagerung vom Flugzeug auf Schiene oder Fernbus führt also zwangsläufig über eine gigantische CO_2-intensive Bauphase. Moderne Flugzeuge und auch Schiffe verbrauchen dank leichter Materialien wie Kohlefasern, aerodynamischer Flügel, effizienterer Triebwerke und neuer Treibstoffe immer weniger Energie. Der CO_2-Ausstoss pro Passagier sinkt laufend. Weil aber immer mehr geflogen wird, verpufft dieser Einspareffekt. Es ist ein weltweiter Wettlauf zwischen stetiger CO_2-Reduktion und wachsendem Mobilitätskonsum. Immer mehr Menschen drängen sich in überfüllte Züge, auf die Strassen, Wanderwege oder in Flugzeuge. Nur in der Luft hat es noch Platz. Das ist aus Ihrer Sicht nicht optimal, aber der technische Fortschritt beschleunigt sich weiter. Entweder setzen wir darauf, oder wir begraben unsere Reisegewohnheiten und streichen Marokko als Reiseziel. Dass die Stadt da etwas bewirken kann, ist Augenwischerei.

***Anna Graff (SP)** ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Ich finde es schade, dass dieser Vorstoss heute Abend als Motion keine Mehrheit findet. Es hätte einen verbindlicheren Fahrplan für das Massnahmenpaket M4 des Klimaschutzplans ermöglicht, bei dem wir im Rückstand sind. Wir sind darum bereit, ihn in ein Postulat umzuwandeln, damit wenigstens ein Prüfauftrag überwiesen wird. Den Textänderungsantrag der AL lehnen wir ab. Uns ist wichtig, dass der Auf- und Ausbau konkurrenzfähiger Alternativen zum Fliegen im internationalen Zug- und Busverkehr ausdrücklich Teil des Prüfauftrags bleibt, da sich auf innereuropäische Reisen nicht ganz verzichten lässt. Einer Textänderung, die zusätzlich die Streichung von Flügen ab Kloten gefordert hätte, wären wir offen gegenübergestanden. Eine Bemerkung zu einem wiederkehrenden Argument der Gegner*innen: Unterstützung muss nicht nur finanziell sein. Wir haben nicht verlangt, dass die Stadt ein internationales Zug- und Busnetz betreibt, sondern dass sie den Auf- und Ausbau solcher Alternativen fördert und Flugreisen vermeidet. In meinem Vorstellungsvotum habe ich dazu diverse Beispiele aus der Studie «Nachtsprung Zürich 2040» genannt. Diese Massnahmen beruhen viel mehr auf Know-how und Strategie als auf Geld und bauen höchstens in überschaubarem Rahmen auf Finanzierung. Beispiele sind der Aufbau und Einsatz in einem internationalen Städtebündnis, eine aktive Destinationsentwicklung unter Mitwirkung der Stadt und die Integration von Angeboten in digitale Buchungsplattformen, damit sich internationale Reisen einfacher buchen lassen. Ich empfehle auch der AL einen Blick in diese Studie. Sie zeigt, wie ein internationales Nachtbusnetz wesentlich zu einem überzeugenden Angebot beitragen könnte. Wir nehmen zur Kenntnis, dass sich die ablehnenden Fraktionen mit der Massnahme «Entwicklung von Massnahmen» zufriedengeben – trotz der lamentablen Situation beim Flugverkehr der Stadtzürcher Bevölkerung, was heute niemand in Frage gestellt hat.*

Das Postulat GR Nr. 2026/589 (statt Motion GR Nr. 2026/3, Umwandlung) wird mit 68 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

856. 2026/590
Postulat der AL-Fraktion vom 28.10.2026:
Abdeckung der rassifizierten Büsten in der Aula des Schulhauses Hirschengraben bei schulischen Anlässen sowie Zugänglichkeit der Aula für die Öffentlichkeit zur Wissensvermittlung

Von der AL-Fraktion ist am 28. Oktober 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die rassifizierten Büsten in der Aula Hirschengraben bei Schulnutzungen und schulischen Anlässen abgedeckt werden können. Die Aula soll für die Öffentlichkeit zur Wissensvermittlung der kolonialen Verstrickungen in der Vergangenheit der Stadt Zürich und der Rassismusprävention und Rassismussensibilisierung zugänglich gemacht werden.

Begründung:

In der Aula des Schulhauses Hirschengraben sind mehrere Figurenköpfe angebracht, die 16 Menschen in exotisierender Weise darstellen. Gemäss der städtischen Website «Rassismus im Stadtbild» zeigen sie auf stereotype Weise «fremde Völker» und beruhen auf einem rassistischen Weltbild. Schüler:innen, ihre Angehörigen sowie das Lehrpersonal der Schule Hirschengraben müssen in der Aula Schulanlässe besuchen und können sich den oft als rassistisch wahrgenommenen Darstellungen nicht entziehen.

Die Volksschule sollte Schüler:innen solchen Darstellungen nur im Rahmen einer gezielten Auseinandersetzung mit Rassismus im Unterricht aussetzen. Deshalb sollen die Büsten während der schulischen Nutzung der Aula abgedeckt werden.

Als Rassismusprävention und -sensibilisierung soll die die Aula aber der Öffentlichkeit in einem musealen Kontext zugänglich gemacht werden und dadurch zu einer rassismusfreien Gesellschaft beitragen. Sekundarklassen könnten sich in der Aula zudem stufengerecht mit dem Thema auseinandersetzen.

Mitteilung an den Stadtrat

857. 2026/591
Postulat von Nina Eggenschwiler (SP), Selina Walgis (Grüne) und Serap Kahriman (GLP) vom 28.10.2026:
Umsetzung eines einheitlichen und verbindlichen Recycling- und Entsorgungsstandards an sämtlichen Volksschulen

Von Nina Eggenschwiler (SP), Selina Walgis (Grüne) und Serap Kahriman (GLP) ist am 28. Oktober 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie an sämtlichen Volksschulen der Stadt Zürich ein einheitlicher und verbindlicher Recycling- und Entsorgungsstandard umgesetzt werden kann, mit welchem die Stoffkreisläufe wo möglich geschlossen werden und somit Ressourcen geschont werden können.

Begründung:

Die Stadt Zürich hat sich mit «Circular Zürich» zur Förderung der Kreislaufwirtschaft, zur Ressourcenschonung und zur Reduktion von Abfällen verpflichtet. Die Volksschulen sind dabei ein wichtiger Ort, um diese Ziele nicht nur zu vermitteln, sondern auch im täglichen Betrieb sichtbar umzusetzen und so mit gutem Beispiel voranzugehen.

Die Umsetzung des Entsorgungskonzepts für Abfälle und Wertstoffe ist an den einzelnen Schulen unterschiedlich geregelt. Auch die infrastrukturellen und personellen Voraussetzungen sowie die Zuständigkeiten sind nicht einheitlich definiert. Die Qualität des Recyclings sollte jedoch nicht vom Engagement oder den jeweiligen Möglichkeiten einzelner Schulen abhängen. Ein stadtweiter Mindeststandard soll klare Abläufe und Zuständigkeiten schaffen, das Schulpersonal somit entlasten und gleichzeitig eine bessere und einheitliche Wertstofftrennung ermöglichen. Dadurch können wiederverwertbare Ressourcen besser genutzt und vermeidbare Emissionen im Zusammenhang mit der Entsorgung vermindert werden.

Gleichzeitig bietet ein solcher stadtweit verbindlicher Recycling- und Entsorgungsstandard die Chance, Recycling und Umweltbildung miteinander zu verbinden. Die Stadt hat ihr Angebot des Abfall- und Ressourcenunterrichts bereits ausgebaut. Ein funktionierendes Recycling im eigenen Schulhaus macht die vermittelten Inhalte für Schüler*innen unmittelbar erlebbar.

Mit einem einheitlichen Recycling- und Entsorgungsstandard sowie mit dem Ziel, Stoffkreisläufe möglichst zu schliessen, kann die Stadt Zürich Kreislaufwirtschaft im eigenen Betrieb vorbildlich umsetzen, die Schulen entlasten und gleichzeitig die Umwelt- und Ressourcenbildung stärken.

Mitteilung an den Stadtrat

858. 2026/592
Postulat von Reto Brüesch (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 28.10.2026: Stärkung der internen Mobilität und Weiterentwicklung der städtischen Mitarbeitenden sowie bessere Nutzung des vorhandenen Arbeitskräftepotenzials

Von Reto Brüesch (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) ist am 28. Oktober 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die interne Mobilität und Weiterentwicklung der Mitarbeitenden der Stadt Zürich gestärkt und das bestehende Wissen sowie das vorhandene Arbeitskräftepotenzial besser genutzt werden können.

Offene Stellen sollen, sofern fachlich und betrieblich sinnvoll, vermehrt durch interne Stellenwechsel, Weiterbildungen oder Umschulungen besetzt werden. Bei neu zu schaffenden Stellen soll systematisch geprüft werden, ob diese langfristig benötigt werden oder ob der Personalbedarf durch den Abbau von Doppelspurigkeiten, eine klarere Aufgabenteilung, organisatorische Anpassungen, die Nutzung bestehender Ressourcen sowie durch Digitalisierung und Automatisierung reduziert werden kann.

Die Entwicklung der internen Mobilität und der Umschulungen soll stadtweit mit geeigneten Kennzahlen erfasst werden.

Begründung:

Die Antwort des Stadtrats auf die Schriftliche Anfrage GR Nr. 2026/333 zeigt, dass die Stadt Zürich in den drei Jahren 2023 bis 2025 insgesamt 10'961 Neuanstellungen verzeichnete. Gleichzeitig werden stadtweit keine Statistiken darüber geführt, wie viele Mitarbeitende intern umgeschult oder in andere Tätigkeitsbereiche versetzt wurden.

Bei einem Arbeitgeber dieser Grösse ist es sinnvoll, vorhandenes Fachwissen und bestehende personelle Ressourcen stärker zu nutzen. Interne Entwicklungsmöglichkeiten können Wissen erhalten, die Mitarbeitendenbindung fördern und den Aufwand für interne und externe Rekrutierungsverfahren reduzieren.

Vor der Schaffung zusätzlicher Stellen sollte zudem geprüft werden, ob Aufgaben innerhalb der Verwaltung mehrfach wahrgenommen werden oder unnötige Schnittstellen bestehen. Doppelspurigkeiten zwischen Dienstabteilungen oder Organisationseinheiten können zusätzlichen Koordinations- und Personalaufwand verursachen. Digitalisierung und Automatisierung bieten gleichzeitig Möglichkeiten, Abläufe zu vereinfachen und bestehende Ressourcen effizienter einzusetzen.

Angesichts des Fachkräftemangels, des technologischen und organisatorischen Wandels sowie des hohen Rekrutierungsbedarfs gewinnt die gezielte Weiterentwicklung bestehender Mitarbeitender zusätzlich an Bedeutung.

Neue Stellen schaffen langfristige personelle und finanzielle Verpflichtungen. Ein verbessertes Personalcontrolling soll deshalb aufzeigen, ob zusätzlicher Personalbedarf langfristig notwendig ist und welche Wirkung interne, organisatorische und technologische Massnahmen erzielen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die drei Postulate, werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

859. 2026/593

Dringliche Schriftliche Anfrage von Marita Verbali (FDP), Ariane Buchli (FDP), Karin Stepinski (Die Mitte) und 27 Mitunterzeichnenden vom 28.10.2026: Einführung der «Fallführungssoftware (FFS) citysoftnet» bei den Sozialen Diensten, Umfang der angehäuften Überstunden, zusätzliche Mehrkosten im Zusammenhang mit der Einführung und dem Betrieb der Software, Anzahl Fehlzahlungen, Auswirkungen der Mehrbelastungen auf das Personal und die Fluktuation, konkrete Massnahmen zum Schutz der Mitarbeitenden und Angaben zum aktuellen Betrieb sowie Lehren aus dieser Einführung

Von Marita Verbali (FDP), Ariane Buchli (FDP), Karin Stepinski (Die Mitte) und 27 Mitunterzeichnenden ist am 28. Oktober 2026 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Einführung der «Fallführungssoftware (FFS) citysoftnet» bei den Sozialen Diensten im Januar 2025 hat zu anhaltend hoher Arbeitsbelastung, technischen Mängeln und finanziellen Mehrbelastungen geführt. Medienberichte und der Ombudsmann verweisen zudem auf verzögerte oder nicht mögliche Rückforderungen zu Unrecht bezogener Beträge.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch ist der Umfang der seit Januar 2025 angehäuften Überstunden bei den Sozialen Diensten über alle Abteilungen hinweg, auch inklusive der Finanzabteilung des Sozialdepartements? Wie viele davon wurden kompensiert, wie viele bar ausbezahlt, und welche Kosten sind dadurch bisher entstanden oder noch offen?
2. Welche zusätzlichen Personal-, Support- und sonstigen Mehrkosten sind der Stadt Zürich im Zusammenhang mit der Einführung und dem Betrieb von FFS citysoftnet über den ursprünglichen Kreditrahmen von 26,4 Mio. Franken hinaus entstanden? Welche Nachkredite oder Budgetanpassungen sind erfolgt oder geplant?
3. Wie viele Fehlzahlungen (falsche Empfänger, Doppelzahlungen etc.) sind seit der Einführung aufgetreten, wie hoch ist das Volumen, und welcher Anteil konnte bisher zurückgefordert werden?
4. In welchem Umfang konnten Auszahlungen an Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, Rückforderungen von zu Unrecht bezogenen Sozialhilfeleistungen und Fehlzahlungen aufgrund fehlender oder unzureichender Systemfunktionen nicht oder nur verzögert durchgeführt werden? Wie hoch ist der geschätzte finanzielle Schaden bzw. die noch ausstehende Rückforderungssumme?
5. Welche Auswirkungen hat die anhaltende Mehrbelastung durch FFS citysoftnet auf Personalfluktuation, Krankschreibungen und die Arbeitsfähigkeit der Sozialen Dienste, und wie beurteilt der Stadtrat die mittelfristige Tragbarkeit?
6. Welche konkreten Massnahmen zum Schutz der Mitarbeitenden vor übermässiger Belastung (Arbeitnehmerschutz) hat das Sozialdepartement ergriffen oder plant es, insbesondere hinsichtlich Überstundenabbau, Gesundheitsvorsorge, Unterstützung bei systembedingter Überlastung und Verhinderung von Krankheitsausfällen?
7. Ist der Betrieb von FFS citysoftnet inzwischen stabil und sind die wesentlichen technischen und funktionalen Mängel behoben? Falls weiterhin Probleme bestehen, welche sind dies, welche konkreten Massnahmen hat der Stadtrat zu deren Behebung ergriffen oder geplant und bis wann ist mit einem vollständig funktionsfähigen und reibungslosen Betrieb zu rechnen?
8. Welche Lehren zieht der Stadtrat aus der Einführung von FFS citysoftnet für künftige grosse IT-Projekte der Stadt Zürich, insbesondere hinsichtlich Betriebsreife vor Inbetriebnahme, Kostenkontrolle und Schutz der Mitarbeitenden?

Mitteilung an den Stadtrat

860. 2026/594

Dringliche Schriftliche Anfrage von Marita Verbali (FDP), Përparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP) und 27 Mitunterzeichnenden vom 28.10.2026:
Beiträge an «Ärzte ohne Grenzen / Médecins sans frontières» für humanitäre Hilfsprojekte im Sudan und im Tschad, Kenntnisstand über die Missbrauchsvorwürfe, Hintergründe der Bewilligung und Auszahlung der Beiträge, finanzierte Projekte mit Missbrauchsfällen und Anforderungen hinsichtlich Prävention sowie vertragliche Verpflichtungen für unterstützte Organisationen

Von Marita Verbali (FDP), Përparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP) und 27 Mitunterzeichnenden ist am 28. Oktober 2026 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich hat «Ärzte ohne Grenzen / Médecins sans frontières, MSF» in den Jahren 2025 und 2026 mit insgesamt 800'000 Franken für humanitäre Hilfsprojekte im Sudan und im Tschad unterstützt.

Wie Medien berichteten, kam es bei Einsätzen von MSF im Tschad zu schwerwiegenden Fällen sexueller Ausbeutung von geflüchteten Frauen und Mädchen. MFS habe dabei die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) auch nicht rechtzeitig und umfassend über die Vorfälle informiert. Der Bund hat daraufhin Zahlungen von 1,25 Millionen Franken vorläufig zurückgehalten.

Die humanitäre Hilfe für Menschen in Krisengebieten ist unbestritten wichtig. Umso entscheidender ist, dass öffentliche Gelder verantwortungsvoll eingesetzt werden und die unterstützten Organisationen wirksame Massnahmen gegen sexuelle Ausbeutung und Missbrauch gewährleisten und bei schwerwiegenden Vorfällen transparent informieren. Die Stadt Zürich steht als Geldgeberin ebenfalls in der Verantwortung, entsprechende Risiken zu prüfen und bei schwerwiegenden Vorfällen angemessen zu reagieren.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Seit wann hat der Stadtrat Kenntnis von den Missbrauchsvorwürfen gegen Mitarbeitende von MSF im Tschad? Wann und durch wen wurde er darüber informiert?
2. Waren dem Stadtrat die Missbrauchsvorwürfe bei der Bewilligung des Beitrags von 600'000 Franken im Mai 2026 bekannt? Falls ja, weshalb wurde der Beitrag dennoch bewilligt?
3. Sind die für 2025 und 2026 bewilligten Beiträge bereits vollständig ausbezahlt worden? Falls nein, wird der Stadtrat ausstehende Zahlungen bis zur Klärung der Vorfälle zurückhalten?
4. Sind für die nächsten Jahre Beiträge an MSF geplant? Falls ja, wird der Stadtrat geplante zukünftige Zahlungen bis zur Klärung der Vorfälle zurückhalten?
5. Hat der Stadtrat abgeklärt, ob die von der Stadt Zürich finanzierten Projekte im Sudan und im Tschad von den Missbrauchsfällen betroffen waren beziehungsweise ob städtische Gelder in die betroffenen Projekte geflossen sind?
6. Welche Anforderungen stellt die Stadt Zürich an unterstützte Hilfsorganisationen hinsichtlich der Prävention sexueller Ausbeutung und des Schutzes besonders vulnerabler Personen? Wie wird die Einhaltung dieser Anforderungen überprüft?
7. Bestehen für die unterstützten Organisationen vertragliche Pflichten, schwerwiegende Vorfälle wie sexuelle Ausbeutung und Missbrauch unverzüglich und umfassend gegenüber der Stadt Zürich offenzulegen? Falls nein, weshalb nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

861. 2026/595

Schriftliche Anfrage von Jane Bailey (SVP), Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 28.10.2026:
Einsatzbereitschaft der Polizei bei Krawallen, Sicherheitsmassnahmen bei angekündigten Krawallen und Aktionen, Dispositiv bei nicht ausreichend verfügbaren Einsatzkräften sowie Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit

Von Jane Bailey (SVP), Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) ist am 28. Oktober 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In zahlreichen europäischen Städten kommt es unter dem Deckmantel sogenannter Studentenproteste zunehmend zu gewalttätigen Ausschreitungen. Gewaltbereite Gruppierungen versammeln sich unter dem Vorwand solcher Proteste und verwüsten ganze Innenstädte.

Auch in der Stadt Zürich kommt es regelmässig zu linksextremen Krawallen und die JUSO will die Proteste aus Frankreich in die Schweiz tragen. Dabei besteht auch die Gefahr, dass gewaltbereite Krawalltouristen aus anderen Städten und dem Ausland anreisen, um sich an möglichen Ausschreitungen zu beteiligen.

Die jüngsten Ereignisse am Lindenhof sowie die gewalttätigen Ausschreitungen am Hardplatz haben erhebliche Zweifel daran aufgeworfen, ob die Stadtpolizei Zürich mit den bestehenden personellen und operativen Mitteln in der Lage ist, solche Situationen unter Kontrolle zu halten und die Sicherheit der Bevölkerung, der Polizeikräfte sowie des öffentlichen und privaten Eigentums zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang wird der Stadtrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche konkreten Sicherheitsmassnahmen plant der Stadtrat bei jeweils angekündigten Krawallen, wie beispielsweise der für den 20. November 2026 am Paradeplatz angekündigten Aktionen verschiedener linksextremer Gruppierungen?
2. Welche zusätzlichen Massnahmen sind bei solchen Krawallen vorgesehen, falls die verfügbaren Einsatzkräfte der Stadtpolizei Zürich nicht ausreichen? Ist insbesondere die vorsorgliche Anforderung zusätzlicher Polizeikräfte der Kantonspolizei Zürich oder anderer Polizeikorps geplant?
3. Welche konkreten Konsequenzen zieht der Stadtrat aus den wiederholten gewalttätigen Ausschreitungen in der Stadt Zürich, und wie gedenkt er künftig sicherzustellen, dass die öffentliche Sicherheit auch bei weiteren angekündigten oder unangekündigten Krawallen gewährleistet wird?

Mitteilung an den Stadtrat

862. 2026/596
Schriftliche Anfrage von Isabel Maiorano (AL) vom 28.10.2026: Qualitätssicherung in den städtischen Schulen, Stellenprozente für Schulleitungen pro Schulkreis, Anzahl angestellte Schulleitungen, Hintergründe zu den Kündigungen, Krankschreibungen und verfügten Massnahmen sowie Beruhigung von Konfliktsituationen

Von Isabel Maiorano (AL) ist am 28. Oktober 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Für die Qualitätssicherung der städtischen Schulen und der Sicherstellung guten Unterrichts, braucht es qualitativ gut geführte Schulen. Die Schulleitungen müssen einem breiten und anspruchsvollen Anforderungsprofil entsprechen. Kompetente Leute sind gefragt, damit es wenig Konfliktsituationen Fluktuation gibt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viel Stellenprozente Schulleitung stehen pro Schulkreis zur Verfügung?
2. Wie viele Schulleitungen sind pro Schulkreis angestellt?
3. Wie viele Schulleitungen haben in den letzten vier Jahren in welchem Schulkreis gekündigt?
4. In wie vielen Fällen ist eine Krankschreibung vorausgegangen?
5. In wie vielen Fällen wurde von der KSB eine Massnahme verfügt?
6. Welche Massnahmen wurden verfügt? Bitte um genaue Auflistung
7. In wie vielen Fällen haben verfügte Massanahmen zu einer Beruhigung einer vorangegangenen Konfliktsituation geführt?
8. Wie lange braucht die KSB um eine vakante Stelle zu besetzen und warum?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 4. November 2026, 17.00 Uhr